

Bevölkerungs- schutz

Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



50 Jahre
Schutzkommission

3-01



BUNDESVERWALTUNGSAMT
Zentralstelle für Zivilschutz





*Liebe Leserinnen,
liebe Leser,*

als die Schutzkommission beim Bundesminister des Innern am 25. Mai in Freiburg ihre 50. Jahrestagung hielt (vgl. Beitrag S. 3), lag Tschernobyl gerade 15 Jahre zurück.

Das Ereignis markiert den Wechsel einer Risiko-Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit und die Politik. Vor 50 Jahren waren die namhaften Wissenschaftler der Schutzkommission gefordert, um die Regierung in Westdeutschland über die noch neuartige Bedrohung durch nukleare Waffen zu beraten. Dies leistete das Gremium vorbildlich und – wie auch später – ehrenamtlich. Ein paar Jahre später (1957) meldeten sich auch ihre führenden Köpfe im Göttinger Manifest gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr.

Das zeigt den weiten Bogen eines ungewöhnlichen ehrenamtlichen Einsatzes dieser Physiker, Mediziner, Biologen, Soziologen In Freiburg haben sie jetzt den Leitfaden „Katastrophenmedizin“ neu vorgelegt.

Der „Bericht über mögliche Gefahren für die Bevölkerung bei Großkatastrophen und im Verteidigungsfall“ („Gefahrenbericht“) wird gerade überarbeitet.

Im Jahr der Freiwilligen verdient diese Expertenschar besondere Anerkennung.

*Ihr
Hans-Walter Roth*

Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz

2

Politik und Gesellschaft

50 Jahre Schutzkommission

Eine eindrucksvolle Festveranstaltung in Freiburg im Breisgau

3

Neue europäische Luftrettungs-Arbeitsgemeinschaft

Gründung des „AirMed Network“ in Berlin

12

Aus der Praxis

Leitfaden „Katastrophenmedizin“ neu herausgegeben

Ärztliche Versorgung im Katastrophenfall

14

Das Werk des Oberspritzenkommissarius

150 Jahre Berliner Feuerwehr

15



Seit 50 Jahren berät die Schutzkommission die Bundesregierung in Fragen des Schutzes der Zivilbevölkerung. Über die Jubiläumsveranstaltung berichten wir ab Seite 3.

(Foto: Roth)

INHALT 3 2000

A + A 2001 in Düsseldorf

Sicherheitsingenieure informieren sich am Stand des Bundesverwaltungsamtes

18

Aus-und Weiterbildung

Vorbereitungen auf biologische Gefahren stehen erst am Anfang

Workshop an der AKNZ

19

Gefahrenabwehr bei Einsätzen mit Gefährlichen Stoffen und Gütern

Aufgabe für Sonder-Einsatz-Gruppe

24

Aus den Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund..... 30

Deutscher Feuerwehrverband..... 32

Deutsches Rotes Kreuz 34

Johanniter-Unfall-Hilfe..... 35

Malteser Hilfsdienst36

Verband der
Arbeitsgemeinschaften der Helfer
in den Regieeinheiten/-einrichtungen
des Katastrophenschutzes in der
Bundesrepublik Deutschland e.V..... 37

Technisches Hilfswerk..... 38

Rubriken

Rundblick..... 40

Leserbriefe..... 44

Für Sie gelesen 45

Kopfnuss..... 47

Termine 48

Zuletzt 49



150 Jahre Berufsfeuerwehr in Berlin. Das futuristisch anmutende Löschfahrzeug der Berliner Flughafengesellschaft war anlässlich des großen Feuerwehrfestes am Potsdamer Platz zu bestaunen. Mehr darüber lesen Sie ab Seite 15.

(Foto: Schramm)

Dietrich Löpke neuer Leiter der AkNZ

Die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler, die zur Zentralstelle für Zivilschutz des Bundesverwaltungsamtes gehört, hat seit 1. Juni 2001 einen neuen Leiter. Die Aufgabe wurde Dipl.-Ing. Dietrich Löpke übertragen.



Der neue Chef der AkNZ in Bad Neuenahr-Ahrweiler: Dipl.-Ing. Dietrich Löpke.

Über 20 Jahre Wirken in führenden Positionen einer Zivilschutzeinrichtung sowie die Mitgliedschaft in internationalen Vereinigungen zur Katastrophenvorbeugung und -abwehr kann Dietrich Löpke in seinen neuen Wirkungskreis einbringen.

Seit 1980 war der heute 50jährige Löpke in verschiedenen leitenden Funktionen im Technischen Hilfswerk (THW) tätig. Zunächst als stellvertretender Landesbeauftragter in Baden-Württemberg und seit 1988 bei der THW-Leitung in Bonn.

Internationale Erfahrungen in der Bewältigung von Großschadensereignissen sammelte Löpke zunächst als Leiter des Einsatzreferates und ab 1994 als Leiter der Fachabteilung

der THW-Führung. Vor allem durch die großen Auslandseinsätze des THW, die alle unter der operativen Gesamtleitung des neuen Leiters der AkNZ standen, hat die Organisation mit den blauen Fahrzeugen viel Anerkennung im In- und Ausland erhalten. Zur Umsetzung der Einsatzmöglichkeiten des THW kooperierte Löpke mit nationalen und internationalen Behörden und Organisationen.

Die drei Ziele, die sich Dietrich Löpke zunächst gesteckt hat, werden das hohe Ansehen der AkNZ weiter fördern: Löpke will eine noch bessere Zusammenarbeit der deutschen Hilfsorganisationen erreichen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Katastrophenschutzes verbessern und das zivile Krisenmanagement innerhalb der EU durch das Veranstalten internationaler Seminare an der AkNZ unterstützen. (rs)

Prof. Dr. Arthur Scharmann – Schutzkommission

Am 25. Mai 2001 feierte die Kommission zum Schutz der Zivilbevölkerung beim Bundesminister des Innern, kurz als Schutzkommission bezeichnet, ihr 50jähriges Bestehen. Die Würdigung dieses Ereignisses fand im Rahmen der 50. Jahrestagung der Kommission in Freiburg im Breisgau statt. (Bericht auf Seite 3)

Seit vielen Jahren ist das Beratungsgremium, das sich aus namhaften Wissenschaftlern zusammensetzt, eng mit dem Namen Prof. Dr. Arthur Scharmann verbunden. Seit 1987 ist, mit kurzer Unterbrechung 1994, der heute 73jährige Physiker mit dem Vorsitz der Schutzkommission betraut.

Der in Darmstadt geborene Scharmann studierte nach Kriegsende zunächst in Marburg und dann in Giessen. 1955 erlangte Scharmann die

Doktorwürde und 1959 die Habilitation an der Universität in Giessen. 1969 wurde er ordentlicher Professor und Direktor des I. Physikalischen Instituts der Universität Giessen.

Neben seiner wissenschaftlichen Hochschultätigkeit in Giessen engagierte sich der Wissenschaftler in einer Reihe von herausragenden Fachgremien. Neben seiner schon erwähnten Mitarbeit in der Schutzkommission war Prof. Dr. Scharmann unter anderem Mitglied im Beirat der Heraeus-Stiftung, Kurator der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, Mitglied der Strahlenschutzkommission beim BMU und Mitglied des Beirats des Bundesamtes für Strahlen-



Bereits seit 1987 führt Prof. Dr. Arthur Scharmann den Vorsitz in der Schutzkommission. (Foto: Roth)

schutz, davon sieben Jahre als Vorsitzender.

Für seine Verdienste wurde Prof. Dr. Scharmann mit dem Bundesverdienstkreuz, dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse, dem Großen Bundesverdienstkreuz und vier Ehrendoktorwürden ausgezeichnet.

Prof. Dr. Scharmann ist seit 1995 Ehrenmitglied des Joffe-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg. Außerdem erhielt er die Röntgenplakette der Stadt Remscheid und das Österreichische Strahlenschutzehrenzeichen in Gold.

50 Jahre Schutzkommission

Eine eindrucksvolle Festveranstaltung in Freiburg im Breisgau

Die Kommission zum Schutz der Zivilbevölkerung beim Bundesminister des Innern (Schutzkommission, nicht zu verwechseln mit der Strahlenschutzkommission beim BMU) feiert in diesem Jahr ihr 50jähriges Bestehen. Auf einer Festveranstaltung im Rahmen der 50. Jahrestagung der Kommission am 25. Mai 2001 in Freiburg hat der zuständige Abteilungsleiter im BMI, Ministerialdirektor Klaus-Henning Rosen, deren Arbeit gewürdigt.

Gegründet wurde die Schutzkommission als Beratungsgremium beim Deutschen Forschungsrat zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen kernphysikalische, chemische und biologische Angriffe. 1962 wurde das Gremium in eine Kommission des BMI umgewandelt.

Die Schutzkommission berät die Bundesregierung ehrenamtlich in wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fragen des Schutzes der Zivilbevölkerung. Sie setzt sich aus renommierten Fachleuten der Bereiche Naturwissenschaften und Technik, Medizin und Sozialwissenschaften zusammen.

Die Schutzkommission bearbeitet interdisziplinär Fragestellungen, die durch oder über das BMI an die Kommission herangetragen werden oder deren Bearbeitung sie selbst anregt. Sie ist gemeinsam mit den Ländern in alle Phasen des Managements der Zivil- und Katastrophenschutzforschung eingebunden, vom Planungsstadium bis hin zur Umsetzung der Ergebnisse der Forschungsvorhaben.

Nachfolgend werden auszugsweise die Ansprachen des Vorsitzenden der Schutzkommission, Prof. Dr. Arthur Scharmann, und von Ministerialdirektor Klaus-Henning Rosen wiedergegeben, die diese anlässlich der Festveranstaltung in Freiburg gehalten haben.

Professor Dr. Arthur Scharmann

Eröffnung der 50. Jahrestagung der Schutzkommission

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Mitglieder der Schutzkommission.

Vor 50 Jahren, in den Anfängen der Bundesrepublik, gab es keinen nennenswerten Schutz der Bevölkerung gegen mögliche Bedrohungen von außen. Die Selbstschutzorganisationen waren sämtlich nach Kriegsende aufgelöst worden. Bedrohungen von außen gab es aber genügend: die Machtblöcke in Ost und West hatten gerade mit dem atomaren Wettrüsten begonnen; im Jahr 1951 führten die USA bereits 18 atmosphärische Kernwaffenversuche durch, die UdSSR, die zwei Jahre zuvor das Monopol der USA auf diesem Ge-

biet gebrochen hatte, zog mit zwei Tests nach. Die Entwicklung im darauffolgenden Jahrzehnt war dramatisch mit immer mehr Kernwaffentests und immer größeren Kalibern - bereits 1952 bzw. 1953 wurden die ersten Wasserstoffbomben erprobt. Die Wirkungen dieser Massenvernichtungswaffen (Druckstoß, Wärmestrahlung und insbesondere die radioaktive Strahlung) waren damals weitgehend unbekannt. Selbst einfachste Nachweismethoden für die radioaktive Strahlung waren nicht verfügbar.

Aber nicht nur die Atomwaffen stellten eine Bedrohung dar: Es waren auch andere Entwicklungen auf dem Gebiet biologischer Waffen und chemischer Kampfstoffe erkennbar, die Anlass zur Sorgen gaben.

Die Wissenschaftler der Bundesrepublik waren zu dieser Zeit, kurz nach dem verlo-

renen Krieg, weitgehend von einschlägigen Informationen der Großmächte abgeschnitten. Eine Einschätzung der tatsächlichen Gefahren sowie von Möglichkeiten zur Gefahrenerfassung und zum Schutz der Menschen war nur durch eigene Forschungstätigkeit möglich. An dieser Situation änderte sich über viele Jahre hinweg nichts Wesentliches.

In dieser Situation wurde 1951 die Schutzkommission auf Anregung des Physikers Werner Heisenberg als Kommission der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (heute Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG) gegründet mit der "Aufgabe, das Bundesministerium des Innern durch namhafte und unabhängige Wissenschaftler in allen Fragen zu beraten, die mit der Abwehr von Schäden durch atomare, biologische und chemische Angriffe zusammenhängen".

An dieser Aufgabenstellung hat sich über die Jahrzehnte hinweg nichts Grundlegendes geändert.

Die Schutzkommission hat seit ihrem Bestehen bewegte Zeiten erlebt, sowohl in der Weltpolitik als auch in unserem Staat! Hier einige - sicherlich auch subjektiv gefärbte - Schlaglichter.

Atmosphärische Kernwaffentests wurden verfolgt

Bereits in den 50-er Jahren errichtete die Schutzkommission ein Netz von empfindlichen Messstationen, um die atmosphärischen Kernwaffentests zu verfolgen. Wenn Sie so wollen, waren diese Stationen über lange Zeit hinweg das einzige deutsche Fenster zur Verfolgung der Kernwaffenentwicklungen der Großmächte in Ost und West. Die entsprechenden Fragestellungen wurden im Fachausschuss "Radioaktive Niederschläge" verfolgt. Eine dieser Stationen hier auf dem Freiburger Hausberg, dem Schauinsland, hat die Jahrzehnte überstanden. Von dort aus wurden zunächst die Auswirkungen atmosphärischer Kernwaffentests, in den späteren Jahren vereinzelt auch die unterirdischer Tests, beobachtet. In den 70-er Jahren standen Freisetzungen von Wiederaufarbeitungsanlagen im Zentrum des Interesses mit dem Ziel, die Produktion von waffenfähigem Plutonium in Ost und West abzuschätzen. Seit den 70-er Jahren kamen Fragen der Überwachung von Kernkraftwerken hinzu - eine Frage, die hier in der "Regio" mit grenznahen Anlagen in Fessenheim und Leibstadt immer eine besondere Bedeutung hatte. Die Station Schauinsland hat trotz schwieriger Bedingungen zum Ende der 70-er und in den 80-er Jahren überlebt. Sie ist heute wichtiger Bestandteil sowohl des deutschen Überwachungssystems, das nach Tschernobyl aufgebaut wurde, als auch des globalen Überwachungssystems, das derzeit aufgebaut wird, um die

Mitglieder der Schutzkommission beim Festvortrag von Prof. Dr. Scharmann im Kaisersaal des Historischen Kaufhauses in Freiburg.

(Foto: Roth)



Einhaltung eines umfassenden Verbots aller Kernwaffentests zu überwachen. Zu berichten ist auch, dass das Institut für atmosphärische Radioaktivität im Rahmen einer von mir als damaligem Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats der Fachbereiche Strahlenhygiene und Strahlenschutz des BfS (als Nachfolger von Ludwig Feinendegen) angeregten internationalen Peer Review als international führendes Institut klassifiziert wurde.

Aber lassen Sie mich zurückkommen zu den Anfängen vor etwa 50 Jahren:

Die Anfänge vor 50 Jahren

Strahlenbiologische Untersuchungen der "Schulen" von Prof. Boris Rajewski und Prof. Hanns Langendorf führten bereits sehr früh zur Etablierung eines hohen Standards des Strahlenschutzes in unserem Lande. Die beiden "Schulen" haben Generationen überlebt, die Erinnerung an die dominierenden Gründerväter wirkt bis heute nach. Der Bedeutung der beiden Schulen und der Fragen des Strahlenschutzes entsprechend, lagen die Schwerpunkte der Arbeit der Schutzkommission lange Zeit in diesem Bereich. Es wurden zwei Fachausschüsse eingerichtet, die sich mit den

mehr grundlegenden Fragen der "Strahlendosis und Strahlenwirkung" sowie mit den mehr praxisorientierten Fragen von „Strahlenschäden und Strahlenkrankheit“ befassten. Lange bevor Deutschland wieder offiziell in die internationalen Fachgremien des Strahlenschutzes, wie z.B. das Wissenschaftskomitee der Vereinten Nationen UNSCEAR aufgenommen wurde, waren Mitglieder der Schutzkommission wie Prof. Otto Messerschmitt bereits international tätig, z.B. während seines Studienaufenthaltes in Japan in den Jahren 1957 und 1958.

Weitere Schwerpunkte der Arbeiten in den ersten beiden Jahrzehnten der Existenz der Schutzkommission:

- Schutzwirkungen von Bauten
- Pharmakologie, Toxikologie und Körperschutz
- Schutz vor Seuchen und Infektionskrankheiten
- Katastrophenmedizin
- Störung von Warnanlagen (EMP)
- Psychobiologie (Verhalten in Belastungssituationen).

Ich kann aus Zeitgründen nicht über alle diese Schwerpunkte berichten, möchte aber doch auf zwei Sachverhalte kurz eingehen, die mir interes-

sant erscheinen. Es ist bemerkenswert, dass die aus heutiger Sicht und insbesondere aus Sicht der Öffentlichkeit zentralen Fragen des Verhaltens in Belastungssituationen nicht von Anfang an Gegenstand der Arbeit der Schutzkommission war, sondern erst ab dem Jahr 1971.

Dies hat sicherlich damit zu tun, dass in den 50-er und 60-er Jahren die Diskussion von Fragen der Gefährdung und des Schutzes mehr unter dem Aspekt der Klärung von Sachfragen geführt wurde und weniger unter den Aspekten der Akzeptanz entsprechender Maßnahmen in der Bevölkerung. Hier hat sich vieles geändert. In Zukunft wird diesem Bereich sicherlich eine noch viel größere Bedeutung zukommen.

Der „Schutzwirkung von Bauten“ wurde über Jahrzehnte hinweg in der Schutzkommission und speziell auch hier am Ernst-Mach-Institut in Freiburg unter Heinz Reichenbach große Aufmerksamkeit gewidmet. Die diesen Arbeiten zugrunde liegende Idee, dass Schützen und damit das Vermeiden von Schäden sicher der bessere Weg ist als das Heilen von bereits aufgetretenen Schäden, ist einleuchtend. Verwunderlich ist es, dass es in Deutschland über Jahrzehnte hinweg nicht gelungen ist, diese einfache Idee in der Bevölkerung und bei den Politikern so verständlich zu machen, dass eine auch nur annähernd flächendeckende Versorgung mit Schutzräumen möglich war. An den Ergebnissen der Facharbeit lag es sicherlich nicht. Und in den Nachbarstaaten ist dies ja auch gelungen. Aus heutiger Sicht muss ich mich fragen: Was wurde hier falsch gemacht?

Unabhängige Kommission

Entscheidend für die erfolgreiche Arbeit der Kommission über die Jahrzehnte hinweg war die Unabhängigkeit der Fachwissenschaftler von politischen Einflussnahmen. Nur

auf diese Weise war und ist es möglich, auch mahnend und fordernd aufzutreten. Dies mag für die zu Beratenden nicht immer angenehm gewesen sein, ist aber nach meiner Überzeugung eine ganz zentrale Bindung für die Arbeit der Schutzkommission, auf die wir auch in Zukunft nicht verzichten können. Wenn ich in diesem Zusammenhang manchmal bezüglich unserer Schutzkommission von einer „königlichen Kommission“ spreche, bedeutet dies immer den Anspruch, den wir an uns selbst stellen müssen. Ich möchte als Beispiele für mahnendes und forderndes Auftreten der Schutzkommission nur zwei Beispiele nennen: die Denkschrift von 1961 und den Gefahrenbericht aus dem Jahr 1996. Beide Schriften bringen die Sorge zum Ausdruck, dass zum Schutze der Bevölkerung zu wenig getan wird und zeigen konkreten Handlungsbedarf auf. Die Bedrohungsannahmen haben sich zwar zwischen 1961 und 1996 grundlegend geändert, die Besorgnis ist aber geblieben.

Es war immer eine Ehre, in der Schutzkommission mitarbeiten zu dürfen. Aufgrund des ehrenamtlichen Engagements für die Schutzkommission und damit für die Bürger in unserem Lande konnte diese Unabhängigkeit trotz wechselhafter Zeiten bis heute erhalten werden. Dass diese Tugenden und insbesondere die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, in unserem inzwischen immer mehr kommerzialisierten Forschungssystem rar geworden sind, ist nicht zu verkennen. Es muss deshalb alles getan werden, um die Prinzipien der Unabhängigkeit und des Ehrenamts in der Schutzkommission zu erhalten.

Im Verlaufe der letzten 50 Jahre hat sich die Welt sowohl macht- und sicherheitspolitisch wie auch gesellschaftlich völlig verändert. Zu Beginn gab es klare Bedrohungen durch wohl geordnete Machtblöcke; der Bedarf zum Schutz

war politisch und in der Gesellschaft anerkannt - schließlich waren die Erinnerungen an den Krieg noch allgegenwärtig. Es herrschte Aufbau- und Aufbruchstimmung. Die Balance zwischen den Machtblöcken wurde trotz ständiger Anstrengungen, sich durch Aufrüstung einseitig Vorteile zu verschaffen, über Jahrzehnte hinweg stabil aufrecht erhalten. Die nukleare Option war eine Garantie dafür, dass Kriege nur ganz weit entfernt vom unmittelbaren Einflussbereich der Machtblöcke - und dazu gehörte Europa - geführt wurden. Die Bedrohung wurde bald nicht mehr als Realität angesehen, zumal mit dem Heranwachsen einer neuen Generation im Wohlstand auch die Erinnerung an den Krieg und die Bereitschaft, sich mit „theoretischen“ Gefahren auseinanderzusetzen, stark zurückging. Trotz erheblicher Überkapazitäten an Massenvernichtungswaffen konnten wir mit der immer mehr „virtuell“ erscheinenden Bedrohung gut leben. Hinzu kam, dass das Vertrauen in Wissenschaft und Technik und der Glaube an moderne Technologien noch ungebrochen waren. Die 70-er und 80-er Jahre waren aus diesen Gründen für die Schutzkommission eine existenziell schwierige Zeit.

Die öffentliche Einschätzung von technologischen Gefahren änderte sich schlagartig im April 1986: Der Unfall in Tschernobyl führte nicht nur zur Verbreitung von Radioaktivität über weite Teile Europas und damit zu Problemen des Strahlenschutzes. Er führte auch zu einer Neubewertung der Risikoeinschätzung von Großtechnologien und in breiten Teilen der Gesellschaft zu einer Erschütterung der bis zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Vertrauensbasis. Tschernobyl ist im übrigen noch kein Beweis gegen die Kernenergie, sondern der Beleg dafür, dass ein falsches politisches System mit einem falschen Reaktor die falschen Experimente gemacht hat.

Europa im Wandel

Die Jahre danach brachten noch dramatischere Ereignisse, die z.T. bis heute Nachwirkungen haben. Die Union der Sowjetischen Republiken zerbrach in viele Einzelteile, der Ostblock löste sich auf, Grenzen fielen, der Eiserner Vorhang riss auf, Deutschland wurde wieder vereint, das geteilte Berlin wurde Bundeshauptstadt.

Neben diesen erfreulichen Entwicklungen gibt es aber auch Unerfreuliches zu berichten, darunter an erster Stelle: Kriege in Mitteleuropa sind wieder möglich geworden, auch wenn viele es nicht wagen, das Wort Krieg zu verwenden, mit allen Konsequenzen für die Zivilbevölkerung! Wir haben von Lars Clausen gelernt, dass es künftig nie mehr Krieg, aber auch nie mehr Frieden geben wird, vielmehr alle Zustände dazwischen.

Mit diesen grundlegenden Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage verbunden waren weitreichende staatliche Entscheidungen zum Abbau von Maßnahmen und Vorhaltungen zur militärischen Verteidigung und des Zivilschutzes und zur Neuordnung dieser Bereiche. Dass dabei manchmal ein wenig zuviel getan wurde, wie z.B. mit dem Abbau der Sirenen in Deutschland, ist bedauerlich, aber im Nachhinein nicht mehr zu ändern. Positiv ist, dass mit den Bemühungen zur Neuordnung des Zivilschutzes Prinzipien aufgegriffen wurden, die die Schutzkommission seit ihrem Bestehen immer vertreten hat: Schutz- und Vorsorgemaßnahmen in Ausnahmesituationen müssen auf Ressourcen und Strukturen aufbauen, die auch in normalen Zeiten genutzt und durch ständigen Einsatz erprobt werden. Dass ein solches Vorgehen in einem föderalen System wie der Bundesrepublik mit ganz unterschiedlichen Interessen und Verantwortlichkeiten des Bundes und der Länder nicht im-

mer einfach zu realisieren ist, leuchtet ein. Dass ein solches Vorgehen aber nach wie vor zumindest auf der Ebene der Koordination erhebliche Anstrengungen des Bundes erfordert, erscheint mir leider noch nicht in allen Fällen akzeptiert zu sein. In diesem Bereich zu viel einsparen zu wollen, kann zu einem großen Risiko für das gesamte Vorsorgesystem werden.

Einschneidende Veränderungen, wie wir sie alle in den letzten zehn Jahren erlebt haben, bieten immer auch weitreichende Möglichkeiten zur Neugestaltung. Dieser Herausforderung hat sich die Schutzkommission gestellt. Sie hat mit dem Gefahrenbericht im Jahr 1996 ihre Sicht der neuen Herausforderungen und des Handlungsbedarfs dargelegt. Der Bericht wird derzeit fortgeschrieben. Leider müssen wir feststellen, dass in den letzten 5 Jahren nicht alle unsere Empfehlungen so umgesetzt werden konnten, wie wir uns dies gewünscht hätten. Es bleibt noch viel zu tun in den nächsten Jahren.

Das besondere Augenmerk der Schutzkommission galt in den letzten Jahren Fragen der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in Notfallsituationen unterschiedlicher Art. Hier gäbe es noch Vieles zu verbessern. Inwieweit es gelingt, ein tragfähiges Verbundsystem zu schaffen, das dem Versorgungsanspruch der Menschen in Ausnahmesituationen gerecht wird, bleibt der Zukunft vorbehalten. Die Schutzkommission wird die Entwicklungen sicherlich mit Aufmerksamkeit verfolgen und sich bei Bedarf zu Wort melden. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Neuauflage des Leitfadens für Katastrophenmedizin in diesen Tagen fertiggestellt wird. Ich habe von Dr. Weidringer, der diese Arbeit fachlich koordiniert hat, gerade einen Vorabdruck des Leitfadens erhalten, um ihn Herrn MinDir Rosen zu überreichen. Ich möchte

Herrn Dr. Weidringer und vor allem aber auch Ernst Rebenitsch und allen anderen, die sich ehrenamtlich für die Neuauflage engagiert haben, an dieser Stelle herzlich danken.

Die Schutzkommission hat in den letzten Jahren einen Prozess der Erneuerung eingeleitet, sowohl strukturell als auch personell. Zwei Drittel der Mitglieder wurden entpflichtet; ein Teil davon steht der Kommission weiterhin als Altmitglieder beratend zur Verfügung. Wir haben seit etwa zwei Jahren damit begonnen, neue Mitglieder zu werben. Sie werden heute Nachmittag Herrn Prof. Thoma, Freiburg, und Dr. Michels, Trier, als neue Mitglieder kennenlernen. Herzlich willkommen in der Schutzkommission! Der Prozess der Erneuerung ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Es ist leider noch nicht gelungen, eine hinreichend große Zahl neuer Mitglieder zu gewinnen, die erforderlich ist, um sicherzustellen, dass die Arbeit der Schutzkommission mit der notwendigen fachlichen Breite und Tiefe auch in Zukunft fortgeführt werden kann. Ich bitte Sie alle, dazu beizutragen, dass die erforderliche Basis baldmöglichst geschaffen werden kann.

Der Blick ist nach vorne gerichtet im Bestreben, die staatlichen und persönlichen Vorsorgemaßnahmen zum Schutze der Bevölkerung und zur Gefahrenabwehr in Ausnahmesituationen auf fachlich fundierter Grundlage zu konzipieren und zu organisieren. Die Schutzkommission wird auch in Zukunft hierzu ihren Beitrag leisten.

Ich danke Ihnen.

Klaus-Henning Rosen

**50 Jahre
Schutzkommission
- Wissenschaft im Dienst
der nationalen Vorsorge**

**Vortrag am 25. Mai 2001
in Freiburg im Breisgau**

Ich möchte heute eine Einrichtung würdigen und ihren Trägern danken, die die Bundesregierung bei der Suche nach Sicherheit vor Gefahren berät.

Dies tue ich auch im Namen von Herrn Minister Schily, der wegen einer Auslandsverpflichtung jetzt nicht hier sein kann. Er hat mich gebeten, Ihnen seine Grüße für diese Festveranstaltung zu übermitteln; Ihnen Herr Professor Dr. Scharmann als langjährigem Vorsitzenden; Frau Seifert als der sprichwörtlichen guten Seele im Hintergrund und Herrn Professor Dr. Weiss, dem Sekretär, aber auch allen Mitgliedern der Schutzkommission für Ihre Arbeit zu danken.

Er wünscht der Schutzkommission eine gute Zukunft. Wir sind, meine Damen und Herren, auf Sie und Ihre Zuarbeit angewiesen.

Dass es eine Einrichtung nach Art der ehrenamtlich arbeitenden Schutzkommission gibt, wird den wenigsten Menschen in diesem Lande bekannt sein.

Der Anstoß zu ihrer Errichtung ist, das ist gesichert, nur aus der Situation der militärischen Bedrohung zu Beginn des Kalten Krieges zu erklären: für uns heute Ältere, die der Bedrohung des Zweiten Weltkrieges entkommen waren, stand angesichts der Verschärfung der politischen Lage zwischen Ost und West am Beginn des Koreakrieges die apokalyptische Gefahr atomarer Vernichtung bedrohlich im Hintergrund.

Eine der wenigen Quellen ist ein Brief des Bundesministers des Innern, Dr. Lehr, an seinen Kollegen im Bundesministerium der Finanzen.

**Prof. Dr. Scharmann
(rechts) überreicht
dem Vertreter des BMI,
Ministerialdirigent
Rosen, den neuen
Leitfaden
„Katastrophenmedizin“
(Bericht Seite 14)**

(Foto: Roth)



Dort heißt es - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -:

„Am 21. 11. 1950 hat in meinem Ministerium ein unverbindlicher Meinungsaustausch zwischen Wissenschaftlern und Praktikern auf dem Gebiet des Luftschutzes stattgefunden, an dem insbesondere auch das Physikalische Institut der Universität Bonn durch Herrn Professor Dr. Riezler vertreten war.“

Und er kommt dann auf einen zweiten Initiator zu sprechen, der heute eher als der Stifter der Kommission in Anspruch genommen wird.

Ich zitiere weiter:

„Am 8. 1. 1951 hat sich im Max-Planck-Institut in Göttingen unter dem Vorsitz von Professor Dr. Heisenberg der <Deutsche Forschungsrat in der Deutschen Forschungsgemeinschaft> in seiner <Kommission zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen kernphysikalische, chemische und biologische Angriffe (Schutzkommission des Deutschen Forschungsrates)> mit den Problemen befasst, die sich mit der Wiedereinrichtung eines deutschen Luftschutzes ergeben.“

Hier wird beide Male ausdrücklich der Begriff „Luftschutz“ gebraucht. Und wissen Sie, wie vieler Ausschüsse sich die beiden Kommissionen bedienten, um ihre Arbeit zu erledigen: es waren - und da waren schon zwei zusammen gefasst worden - sage und schreibe 16.

Und wieviel Geld der Bundesminister des Innern von seinem Finanzkollegen für das Haushaltsjahr 1952 verlangte: „etwa 500.000,- DM“, das sind nach heutigem Geld zwischen zwei und gut drei Millionen DM.

Notabene: dies war nur fünf Jahre nach dem Ende des Reichsluftschutzes und nur zwei Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, als der Aufbau des Bundesministeriums des Innern längst nicht abgeschlossen war.

Aus der Einleitung des Briefes von Dr. Lehr wird auch deutlich, warum die etwas gewundene Ausdrucksweise und warum der Anstoß für die Gründung einer bzw. zweier Schutzkommissionen aus der Wissenschaft und nicht der Politik kam. Ich zitiere:

„Durch das Kontrollratsgesetz Nr.23 vom 4.10.46 ist es der Deutschen Bundesrepublik z.Zt. noch verboten, sich mit Luftschutzeinrichtungen und Organisationen zu befassen, soweit sie militärischen Zwecken dienen oder eine mögliche Nutzbarmachung für Kriegszwecke vorsehen. Die Vorbereitung einiger defensiver Luftschutzmaßnahmen wird dadurch jedoch nicht betroffen.

Dieser Umstand“, so Dr. Lehr, „hat dazu geführt, dass in der Öffentlichkeit das Problem des Schutzes gegen Atombomben-Explosionen und ihre Folgen in wissenschaftlichen und populären Veröffentlichungen erörtert wird, die sich größtenteils auf die im europäischen und außereuropäischen Ausland weit vorgetriebenen Forschungen stützen.“

Wenn man so will: auch hier war der Krieg wieder einmal

der Vater der Dinge, diesmal der Schutzkommission.

Ich will an dieser Stelle auch den ersten Vorsitzenden der Schutzkommission würdigen, Herrn Professor Dr. Riezler.

Wichtig für die Geschichte der Schutzkommission und mit dieser zweiten Station will ich die historische Betrachtung ihr Bewenden haben lassen, ist die reibungslose Überleitung der DFG-Kommission in die Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern zehn Jahre nach ihrer Gründung. In einer Niederschrift über die Sitzung im Bundesministerium des Innern mit den Wissenschaftlern der Schutzkommission vom 11. Januar 1962 wird berichtet, ich zitiere:

„von dem Schreiben des Herrn Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Herrn Professor Hess, vom 26. Oktober 1961“ demzufolge „der Senat der Deut-

schen Forschungsgemeinschaft am 20. Oktober 1961 beschlossen (hat), die Schutzkommission an das Bundesministerium des Innern zurückzugeben“.

Das war eine sehr salomonische Formulierung für Unlust an der Fortführung der Arbeit, weil sie, so die Begründung, nicht in die Struktur der Forschungsgemeinschaft passte. Ergebnis dieser Sitzung war dann ein Beschluss über den Fortbestand der Kommission als „Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern“ unter Leitung von Professor Dr. Riezler. Damals wurden auch die Unabhängigkeit der Kommission und ihre Struktur, etwa die Einrichtung einer Inneren Kommission, festgelegt. Es wird Ihnen nicht entgangen sein, dass wir die Kommission seit der letzten Satzungsänderung als „Schutzkommission beim Bundesminister des Innern“ führen.

50 Jahre Schutzkommission - ihre Vorsitzenden und Aktivitäten

Die Schutzkommission berät die Bundesregierung ehrenamtlich in wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fragen des Schutzes der Zivilbevölkerung. Seit ihrer Gründung wurde sie von folgenden Wissenschaftlern geführt:

Erster Vorsitzender der Schutzkommission wurde der Bonner Kernphysiker Prof. Wolfgang Riezler. Ihm folgte 1962 Prof. Wolfgang Gentner von der Universität Freiburg. Sein Nachfolger wurde von 1971 bis 1977 wieder ein Freiburger Physiker, Dr. Heinz Reichenbach. Bis 1983 hatte dann mit Prof. Dr. Franz Gross von der Uni Heidelberg erstmals ein Nicht-Physiker den Vorsitz. Vier Jahre bis 1987 war der Frankfurter Prof. Dr. Wolfgang Pohlitz Vorsitzender. Seit 1987 hat Prof. Dr. Arthur Scharmann, mit kurzzeitiger Unterbrechung 1994 durch Prof. Hettich, Aachen, den Vorsitz inne. Geschäftsführer der Schutzkommission ist Prof. Dr. Wolfgang Weiß.

Zu den Aktivitäten der Schutzkommission in der letzten Zeit gehören:

- Vollständige Überarbeitung des Leitfadens „Katastrophenmedizin“
- Fortschreibung des „Berichts über mögliche Gefahren für die Bevölkerung bei Großkatastrophen und im Verteidigungsfall (Gefahrenbericht)“
- Initiierung, fachliche Vorbereitung, Betreuung und Auswertung der Ergebnisse eines Workshops über Stressprävention und -bewältigung im Katastrophenschutz zur Identifizierung des aktuellen Forschungsbedarfs
- Intensive fachliche Unterstützung der Bearbeitung des Themenkomplexes „Warnung der Bevölkerung“
- Bearbeitung des Zivilschutzforschungsprogramms sowie Beiträge zur Erarbeitung von Leistungsbeschreibungen für Forschungsvorhaben, fachliche Stellungnahmen im Rahmen der Ausschreibungsverfahren und teilweise Mitwirkung bei der Projektbegleitung



Vertreter der Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) des Bundesverwaltungsamtes folgen den Ausführungen der Festredner. Die ZfZ ist unter anderem auch für die Betreuung der Schutzkommission zuständig. Unser Bild zeigt von rechts: Abteilungspräsident Dr. Wolfgang Brunkow, Regierungsdirektor Diethard Klitsch und Wissenschaftliche Oberrätin Dr. Dorothee Friedrich. (Foto: Roth)

Die Niederschrift über die konstituierende Sitzung der (neuen) Schutzkommission am 27. Februar 1962 dokumentiert - nicht anders als heutige Niederschriften der Kommission - in eindrucksvoller Weise das Engagement vielfältiger Disziplinen der deutschen Wissenschaft.

Die von der militärischen Nutzung des Atoms ausgehende Gefahr, ich deutete das an, ist inzwischen in den Hintergrund getreten. Auch Tschernobyl liegt bereits mehr als ein Jahrzehnt zurück, ein Castortransport erregt nur noch eine Minderheit hierzulande.

Ich will damit die Ernsthaftigkeit der Wahrnehmung einer aktuellen Gefahr nicht in Frage stellen. Vorhin sprach ich aber von der Veränderbarkeit des Gefahrbewusstseins. So hat sich auch das Selbstverständnis der Schutzkommission, bzw. der beiden am Anfang existierenden Kommissionen, verändert. Längst versteht die Kommission, was sich schon in der Sitzung zur Neugründung 1962 abzeichnete, ihren Auftrag übergreifend. Die Kommission, so will ich es formulieren, hat sich demokra-

tisiert, das hat ihrer Arbeit gut getan; die Kommission hat auch nicht die Sorge, ihre Ergebnisse könnten zum Schutz des Militärs nutzbar gemacht werden. Im Gegenteil, auch hier besteht ein erfreulicher interdisziplinärer, auch an einzelnen Personen festzumachender Austausch, der der Sache förderlich ist.

Wichtig ist mir, dass die Schutzkommission sich seit langem beim Aufspüren und Bewältigen von zivilen Großschadenlagen engagiert. Insoweit hat sie die dem Bund durch Art. 73 Nr. 1 des Grundgesetzes gesetzte Kompetenzbeschränkung sinnvoller Weise längst aufgegeben. Der im Oktober 1996 vorgelegte Gefahrenbericht und seine jetzige Fortschreibung tragen deshalb auch in der Langfassung die Überschrift „Mögliche Gefahren für die Bevölkerung bei Großkatastrophen und im Verteidigungsfall“. Die Schutzkommission, dafür bin ich ihr dankbar, hat damit mitgeholfen, den über lange Jahre gepflegten, unsäglichen Kompetenzkonflikt zwischen Bund und Ländern - hier: Zivilschutz, sprich Vorsorge für

den Kriegsfall; dort: Katastrophenschutz, sprich: Vorsorge für Alltagsgefahren - zu überwinden. Gleichzeitig haben die Länder die in der Neukonzeption des Zivilschutzes angelegte Aufgabenverlagerung positiv aufgegriffen. Konsequenz ist beispielsweise die von der Schutzkommission im Gefahrenbericht angemahnte stärkere Einbeziehung der Länder in ihre Forschungstätigkeit.

Auch mir erleichtert es meine Arbeit, wenn in meiner Amtszeit weiter zu dieser Entkrampfung beigetragen wurde. Denn wenn man Katastrophenschutz als Vorbereitung auf das Unabwendbare, wenn Sie es anders ausdrücken wollen, das Schicksal, versteht, dann macht es keinen Unterschied, ob Auslöser einer Katastrophe ein militärischer Akt ist, oder ob es sich um eine zivile Katastrophe handelt, sei sie vom Menschen oder durch die Natur verursacht. Am Ende sind immer identische Menschen in identischer Gefahr.

Ich will nicht versäumen anzufügen, dass die mit der Entspannung im Ost-West-Verhältnis einhergehenden Veränderungen im Sicherheitsgefüge der Welt nur über eine kurze Spanne auch als Entspannung für den Zivil- und Katastrophenschutz empfunden werden konnten. Inzwischen entwickeln sich neue Gefahrenpotentiale, die das Bewusstsein für militärische Gefahren wieder deutlicher ins Bewusstsein rücken lassen. Wo dieser Prozess noch nicht angekommen ist, möge das folgen.

Die Schutzkommission bleibt unverzichtbar

Daraus erwachsen auch für die Schutzkommission neue Aufgaben. Ich will sagen: die Schutzkommission bleibt für die Bundesregierung im Ansatz unverzichtbar, mag sie sich auch - so wie es in der Vergangenheit immer wieder geschehen ist - in ihrer Struktur und in ihrem Selbstverständnis verändert haben. Und es ver-

dient an dieser Stelle mit Blick auf die Politik in Erinnerung gerufen zu werden, worauf die Schutzkommission im Gefahrenbericht hinweist, - ich zitiere „dass ein Großteil der hier einschlägigen Themen nicht zu den an Universitäten und einschlägigen Forschungseinrichtungen ohnehin bearbeiteten Fragestellungen zählt“. Mit anderen Worten: man kann nicht das bei Bedarf notwendige Wissen von Seiten des Staates per Knopfdruck abrufen.

Auf die Frage nach dem Zustand des deutschen Katastrophenschutzes könnte ich mangels Zuständigkeit des Bundes, für den ich spreche, die Antwort verweigern und an die zuständigen Länder verweisen. Da ich aber nicht bereit bin, mit einer solchen Reaktion Spekulationen über Ungeheimtheiten des deutschen Föderalismus Vorschub zu leisten, würde ich antworten: ich könnte ihn mir besser vorstellen.

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: das beziehe ich nicht auf die Arbeit der sechzehn deutschen Länder, ihrer Katastrophenschutzorganisationen. Da wird Großartiges geleistet. Aber eben sechzehn Mal. Ich will damit sagen und werde das noch mit einigen Hinweisen belegen, die Zusammenarbeit könnte besser sein. Dennoch sind wir längst über den Zustand hinaus, in dem, wie ich es unlängst formuliert fand, das partnerschaftliche Miteinander von Bund und Ländern negiert oder als illegitimer Eingriffsversuch betrachtet wird.

Um einer möglichen Verstimmung der hier anwesenden Ländervertreter zu begegnen, will ich ausdrücklich hervorheben - und da halte ich mir - um es noch einmal zu loben - zugute, die mir bei Amtsantritt vermittelte Unüberwindbarkeit der Zuständigkeitsregelung mit tätiger Hilfe meiner Länderkollegen aufgelockert zu haben; - ich kann mich jedenfalls über die Zusammenarbeit auf der politi-

schen Ebene, sprich: im Arbeitskreis V - Feuerwehrangelegenheiten, Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Zivilverteidigung - der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren (IMK), nicht beklagen.

Gleichwohl wird allenthalben Unzufriedenheit mit der Situation im deutschen Katastrophenschutz laut. Ich räume ein, das Unbehagen richtet sich zunächst gegen den Bund, will sagen, gegen die Behandlung des Themas Zivilschutz.

Das ist im Ansatz unbegründet. Zivilschutz ist die aus der Zuständigkeit des Gesamtstaates für die Verteidigung abgeleitete Verpflichtung zum Schutz der Zivilbevölkerung in militärischen Krisen. Umfang und Gestalt dieser Aufgabe, ich erwähnte das bereits mehrfach, sind nicht statisch, sie richten sich vernünftigerweise an der politischen Lage aus. Und die hatte sich ab Mitte der 80er Jahre grundlegend geändert.

Die konstante Spannungslage zwischen den beiden Militärblöcken, die die Arbeit des vormaligen Bundesamtes für Zivilschutz legitimierte, gibt es nicht mehr. Es wäre widersinnig, dies bei der Wahrnehmung der Aufgabe nicht zu berücksichtigen. Also war es nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar gefordert, den Einsatz von Mitteln und die Organisation der Aufgabe zu verändern. Ergebnis war das Zivilschutzneuordnungsgesetz.

Zweifel zu äußern, ob das der große Wurf war, steht mir nicht zu. Aber die Frage muss schon erlaubt sein, warum die schon 1997 gefundene Lösung schon zwei Jahre später wieder in Frage gestellt werden konnte. Nicht ohne Grund wird der Vorwurf erhoben, die Konzeption sei nur unzureichend in die Wirklichkeit übertragen worden.

Das ungelöste Grundproblem war die nach meinem Eindruck unzureichende Koordinierung der verschiedenen Ebenen. Das unterschied den

Zivilschutz nicht vom Katastrophenschutz. Deshalb sind wir jetzt dabei, nachzuarbeiten. Nach meiner Vorstellung soll die Akademie für Notfallvorsorge und Zivilschutz, die jetzt zum Bundesverwaltungsamt gehört, bei der Entwicklung konzeptioneller Vorstellungen - national wie international - eine neue Rolle übernehmen. Das setzt eine noch engere Zusammenarbeit mit den Akteuren der Notfallvorsorge voraus - d. h. den Ländern, den Feuerwehren, vor allem aber so wichtigen Organisationen wie der Ständigen Konferenz und dem DKKV, nicht zuletzt aber mit der Wissenschaft. Beispielhaft seien erwähnt die Bund-Länder-Arbeitsgruppen, die sich derzeit beispielsweise mit dem Aufbau eines modernen Warnsystems, einem Schutzplatzkonzept oder der Kostenregelung auf Standortebene befassen. Für die mit der Materie nicht so Vertrauten: hier finanziert der Bund Leistungen der Rettungsdienste und Hilfsorganisationen, die sich dem Zivilschutz widmen und ihre Dienste und Geräte übergreifend für den Katastrophenschutz - also in Friedenszeiten - bereit halten.

Information durch deNIS

Besondere Bedeutung kommt dem Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem, kurz: deNIS, zu. Es soll Bund, Ländern, Kommunen und anderen verantwortlichen Stellen jederzeit die rasche Information über Helfer und Ressourcen ermöglichen, Geodaten speichern, ferner im Falle der Einberufung der interministeriellen Koordinierungsgruppe für großflächige Gefahrenlagen diese bewerten und - ohne der Kompetenz der örtlichen Leitstellen vorzugreifen - die Erarbeitung aktueller Lagebilder und Handlungsoptionen unterstützen. Zu den potentiellen Nutzern zählen wir auch die Wirtschaft und die Wissenschaft. Die Informationszentrale soll auch ein wichtiger Baustein in dem

sich entwickelnden europäischen Notfall-Kommunikationssystem werden. Beim Aufbau von deNIS arbeiten wir eng mit den Ländern zusammen.

Die gleiche enge Zusammenarbeit pflegen wir auch bei der Forschung, sowohl mit den Bundesländern als auch mit Schutzkommission.

Ein wichtiger Baustein in diesem konzeptionellen Verbund ist die Akademie für Notfallvorsorge und Zivilschutz (AkNZ) als Ausbildungs- und Begegnungsstätte, national wie international. Die neue Rolle der AkNZ half, ihre Schließung zu verhindern, die ja auch leichthin diskutiert wurde, als der Zivilschutz in die Bundesoberbehörde Bundesverwaltungsamt übernommen und das Bundesamt für Zivilschutz aufgelöst wurde.

Ohne dass ich die Diskussion um diese organisatorische Maßnahme im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern wieder beleben will: man sollte diesen staatsorganisatorischen Vorgang nicht überdramatisieren. Die Politik durfte - wie ich sagte - die Augen nicht davor verschließen, dass angesichts der Veränderung der Bedrohungslage dem Abbau des West-Ost-Konflikts der Zivilschutz in seiner ursprünglichen, aber auch in der 1995 konzipierten Form nicht mehr tragfähig war. Entscheidend ist vor allem: die Aufgabe „Zivilschutz“ wird auch in der Zukunft angemessen und ungeschmälert, wenn auch mit neuen Akzenten wahr genommen. Es wird Aufgabe sein, das so zu organisieren, dass bei einer Veränderung der geostrategischen Lage der Zivilschutz rasch an neue Gefahren angepasst werden und auf sie reagieren kann. Wichtig ist des Weiteren, dass am Grundgedanken der Neukonzeption, nämlich dem gemeinsamen Hilfeleistungskonzept, festgehalten wird.

Deshalb stimme ich der Bewertung dieses organisatorischen Schrittes durch das Deutsche Komitee für Kata-

strophenvorsorge nicht zu, es habe dem Bund Möglichkeiten genommen, auf die Gestaltung des Katastrophenschutzes Einfluss zu nehmen. Man kann das genau andersherum sehen: die kritische Prüfung der Haushaltsansätze setzt den Bund in die Lage, von den Ländern eine selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Einsatz der vorhandenen Mittel zu verlangen. Und das findet statt im AK V, aber auch in parallelen Runden des Bundes und der Länder, ganz aktuell in zwei Wochen in der Akademie.

Um es auf den Punkt zu bringen: die Sorge teile ich nicht, der Zivil- und Katastrophenschutz als vierte Säule des Systems der Inneren Sicherheit könnten „notleidend“ werden. Wir werden allerdings nicht alles beim alten lassen können. Die Herausforderungen liegen unter anderem beim Aufbau internationaler Katastrophenschutzstrukturen, die vom Europäischen Rat in Feira gefordert wurden, der Fortsetzung der nationalen Umsetzung der Zivilschutzkonzepte und bei der Berücksichtigung neuer Bedrohungen. Beispielhaft möchte ich hier Bioterrorismus, Seuchen und Gefahren aus modernen Technologien nennen. Hierbei setzen wir auch weiterhin auf die fachkundige Unterstützung durch die Schutzkommission.

Die Europäische Union ist hier initiativ geworden. Die in diesem Zusammenhang vorgesehenen Maßnahmen wie z. B. der Aufbau von Schnelleinsatzeinheiten und Evaluierungsteams werden auch national bei Katastrophen innerhalb der EU in hohem Maße geeignet sein und können zu einem effektiven Bevölkerungsschutz beitragen. Die Instrumente und Strukturen hierfür zu erarbeiten, wird noch erheblicher Anstrengungen bedürfen.

Allerdings sollte nicht der Eindruck aufkommen, Zivil- und Katastrophenschutz wollten sich künftig nur auf ausländische Unterstützung stützen. Nationale Vorkehrungen

bleiben auch in Zukunft die Grundlage des Bevölkerungsschutzes. Hier bleibt, wie ich wohl hinreichend deutlich gemacht habe, jenseits besserer Koordinierung und intensiverer Zusammenarbeit noch eine ganze Menge zu tun.

Die bereits erwähnten Bemühungen zur Gewährleistung der Warnung der Bevölkerung unter Berücksichtigung der technischen Entwicklungen auf dem Kommunikationssektor gehören hierzu ebenso wie die Überlegungen zur Entwicklung eines neuen Schutzplatzkonzepts oder das Nachdenken über besser abgestimmte Ausstattung mit Fahrzeugen. Die Anpassung der Struktur des Technischen Hilfswerks an die sich ändernden Rahmenbedingungen gehört ebenfalls in diesen Zusammenhang.

Bei der Beurteilung neuer Bedrohungen und technischer Entwicklungen wird uns der fortgeschriebene Gefahrenbericht - so bin ich zuversichtlich - wertvolle Hinweise geben. Das gilt sowohl für die Forschungsplanung als auch für präventive Maßnahmen, denn Vorbeugen ist allemal besser als Heilen.

Über die Beschäftigung mit diesen neuen Aufgabenfeldern sollten wir den Jubiläumsschaarakt der heutigen Veranstaltung nicht vergessen. Ich freue mich mit Ihnen auf die Gelegenheit, im Anschluss hieran auf eine fruchtbare und erfolgreiche Zusammenarbeit anstoßen zu können.

Ich schliesse mit dem nochmaligen Dank an die, die das Unternehmen Schutzkommission vorwärts getragen haben und wünsche der Schutzkommission eine weiterhin aktive Rolle bei der Vorsorge für die Bevölkerung dieses Landes.

Neue europäische Luftrettungs-Arbeitsgemeinschaft

Gründung des „AirMed Network“ in Berlin

Von Irene Kölbl, Berlin

Am 20. April 2001 haben Deutschland, Italien, die Niederlande, Österreich, die Schweiz und Spanien ihre Luftrettungsaktivitäten in Berlin zusammengeführt. Ziel des „AirMed Network“ ist die länderübergreifende Koordination von Rettungshubschraubereinsätzen und Rückholtransporten Verletzter und Kranker aus dem Ausland.

Pressekonferenz zur Gründung von „AirMed Network“: Friedrich Rehkopf (ADAC-Luftrettung GmbH), Horst Werner Leukel (ADAC-Vizepräsident für Technik), Kurt Noé-Nordberg (ÖAMTC, Österreich) und Dr. Francesc Bonet (RACC, Spanien).

(Fotos: Wagner)



Europa wächst zusammen

Mit dem Schengener Abkommen vom 14. Juni 1985 hatten die Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, Deutschland und Frankreich einen schrittweisen Abbau der Personenkontrollen an den Grenzen festgelegt. Inzwischen gilt dieser Vertrag für die Europäische Union einschließlich der Schweiz. Seit die Durchführung dieses Vertrages geregelt ist (19. Juni 1990), können die Menschen problemlos andere Länder in Europa besuchen.

Die Öffnung zielt auch für schnelle lebenserhaltende Maßnahmen zu nutzen, haben sich einige zivile Luftrettungsorganisationen auf die Fahnen geschrieben. „AirMed Network“ ist der Verbund, in dem praktisch die täglich anfallenden Leistungen der Luftrettung gebündelt sind. Auf dieser „Plattform“ haben sich die Teilnehmer eine Möglichkeit geschaffen, partnerschaftlich zusammenzuarbeiten und gemeinsam Europa zu praktizieren. Flugbetrieb, Wartung und Verwaltung sind nun vernetzt und die Versorgungsqualität in der Luftrettung gesichert.

Grundsätze

Auf Anregung der ADAC-Luftrettung GmbH haben sich die Mitglieder der neuen Arbeitsgemeinschaft darauf geeinigt, ihre europäische Kooperation nach bestimmten Vorgaben zu gestalten. Davon nicht betroffen sind die juristische und ökonomische Unabhängigkeit sowie die unternehmerische Entscheidungsfreiheit der einzelnen Teilnehmer.

„AirMed Network“ hat sich im Sinne einer Qualitätsverbesserung folgende Ziele gesetzt:

• Internationalisierung und europäische Integration in der Luftrettung

Aufgrund der Aufhebung der bestehenden Grenzen in Europa sind die Möglichkeiten einer Verbesserung der Luftrettungsaktivitäten nicht von der Hand zu weisen. Um diese qualitativen Veränderungen zu erreichen, bietet sich eine intensive Zusammenarbeit all jener Organisationen an, bei denen der Patient und seine Gesundheit im Vordergrund stehen.

Vor allem für die östlichen Länder ist eine enorme Hilfestellung erforderlich. Dort sind die internationalen Standards noch nicht gültig. Grundsätzlich empfiehlt sich eine gegenseitige Unterstützung bei der Umsetzung der „Normen“.

Noch vorhandene Barrieren im Bereich der Luftrettung sind zu eliminieren, um schnelle Hilfe, die einzige Maßgabe, zu verwirklichen.

• Initiierung und Förderung grenzüberschreitender Aktivitäten

Eine gemeinsame Ausbildung, eine länderübergreifende Job-Rotation der Rettungsflieger, periodische Treffen/Konferenzen sowie ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch tragen dazu bei, die Qualität der gebotenen Leistungen weiterzuentwickeln.

• Verbesserung von Qualität und Produktivität durch Nutzung gemeinsamer Potentiale (Synergie)

Seit beinahe fünf Jahrzehnten sind Luftretter in Europa tätig. Durch den Zusammenschluss in „AirMed Network“

fassen sie technische, medizinische und logistische Ressourcen sowie Wissen aus diesem Zeitraum zu einer Einheit zusammen. Die Gründungsmitglieder setzen derzeit insgesamt 76 Rettungshubschrauber sowie 14 Ambulanzflugzeuge ein. Darüber hinaus betreiben sie jeweils eigene Notrufzentralen.

Realisierung

Der Erfolg des Vorhabens ist eine politische Gratwanderung. Unterschiede zwischen der Europäischen Union (Schengener Abkommen, siehe oben) und Osteuropa, das Flugzeiten durch Zollbestimmungen unnötig verlängert, sind auszumerzen. Erst dann kann die Rede von dem hier avisierten Gesamteuropa sein.

Nachfolgend seien einige Maßnahmen genannt, um die Ziele zu erreichen:

Mitarbeiter der nationalen Luftrettungsorganisationen können projektbezogen kooperieren: Wenn grenzüberschreitende Einsätze ohne Schwierigkeiten funktionieren, lassen sich Luftrettungsstationen auch grenzüberschreitend führen.

Ausbildung und Training sind überaus wichtig. Die regelmäßige gemeinsame Schulung von Besatzungen trägt

Vertreter einiger Gründungsmitglieder des „AirMed Network“ vor dem ADAC-Rettungshubschrauber: Daniel Cornudella (RACC, Spanien), Wil Botman (ANWB, Niederlande), Walter Stünzi (Rega, Schweiz), Friedrich Rehkopf (ADAC-Luftrettung GmbH, Deutschland), Horst Werner Leukel (ADAC-Vizepräsident für Technik, Deutschland) und Kurt Noé-Nordberg (Direktor des ÖAMTC und Vorstand des Christopherus Flugrettungsvereins, Österreich).



länderübergreifend zu einheitlichen, vergleichbaren Standards bei. Deutschland und Österreich führen beispielsweise zusammen Trainingseinheiten der Bergrettung im Tiroler/bayerischen Grenzgebiet durch.

Anforderungen an medizinisches und technisches Gerät sind unter den Luftrettern abzustimmen und an die entsprechenden Hersteller weiterzuleiten.

Ist ein grenzüberschreitender Austausch dauerhaft nicht möglich, sind Informationsaufenthalte und Job-Rotation der Mitarbeiter einzuplanen.

Der Auftritt der Mitglieder von „AirMed Network“ in der Öffentlichkeit gegenüber Pres-

se, Wirtschaft und Politik ist vorab festzulegen. Zudem erscheint es ratsam, geschlossen zu werben.

Entwicklung

Ob sich künftig weitere Länder oder Organisationen, die Luftrettung anbieten, dieser Arbeitsgemeinschaft anschließen, lässt sich pauschal nicht beantworten. Sich zu beteiligen ist jeder eingeladen. Die Leitidee, so das Fazit von Friedrich Rehkopf, Geschäftsführer der ADAC-Luftrettung GmbH Deutschland, ist festgeschrieben: „Hier geht es darum, dass wir nicht nur in Europa leben, sondern wir wollen Europa leben!“

Europäische Luftrettung

Im Dezember 1952 führte die Rettungsflugwacht Rega in Davos, Schweiz, den ersten Hubschrauberflug der zivilen Luftrettung durch. Inzwischen sind viele Organisationen mit weit mehr als 200 Stationen in ganz Europa einsatzbereit. Neben den Helikoptern setzen sie auch Flächenflugzeuge zur Rückholung von Patienten ein.

Mit Ausnahme der Schweizer Rega haben Automobil-Clubs die Luftrettung in den Mitgliedsländern des „AirMed Network“ aufgebaut. Von 1970 bis Mitte der 90er Jahre entstanden unterschiedlichste „Anbieter“:

1970 stationierte der ADAC „Christoph 1“ in München. Heute verfügt Deutschland über das komplexeste Netz an Luftrettungs-Standorten. Von insgesamt 53 Stützpunkten leisteten im Jahr 2000, Hubschrauber des Zivilschutzes, der Bundeswehr, des ADAC, der Deutschen Rettungsflugwacht und der IFA rund 66.000-mal ärztliche Hilfe aus der Luft. Das entspricht ungefähr 180 Notfalleinsätzen pro Tag.

1983 übernahm der österreichische ÖAMTC mit der Christopherus-Luftrettung entsprechende Aktivitäten. 1985 gründete der ACI die italienische Luftrettung, die mehrere Unternehmen in staatlichem Auftrag durchführen. Die katalanische Aviser, die aus dem RACC, dem regionalen Automobil-Club, hervorging, existiert seit 1989. Medical Air Assistance, eine Tochter des niederländischen Automobil-Clubs ANWB, richtete die Lebensrettung aus der Luft im Jahr 1995 ein.

Leitfaden „Katastrophenmedizin“ neu herausgegeben

Die Schutzkommission beim Bundesminister des Innern hat den Leitfaden für die ärztliche Versorgung im Katastrophenfall neu herausgegeben. Diese Neuauflage ersetzt den 1982 aufgelegten Leitfaden von dem in den letzten 19 Jahren insgesamt 150.000 Exemplare angefordert wurden. In der Entwicklung der Katastrophenmedizin bedeuten jedoch zwei Jahrzehnte eine von Fortschritt geprägte Zeitspanne. Diesem Wandel wurde in der Neuauflage Rechnung getragen.

In einem gemeinsamen Geleitwort schreiben der Bundesminister des Innern, Otto Schily und die Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmid:

„Ramstein, Eschede, Brühl, der Sturm Lothar, Enschede und Kaprun sind beredte Beispiele dafür, dass wir trotz des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts und trotz vielfältiger Präventivmaßnahmen vor Katastrophen nicht gefeit sind. Neue Technologien bringen mitunter neue Gefährdungen mit sich. Naturereignisse ebenso wie technische Katastrophen führen uns immer wieder die menschliche Verwundbarkeit vor Augen.

Den Betroffenen einer Katastrophe die bestmögliche Hilfe zu gewähren, muss Ziel aller Gefahrenabwehrmaßnahmen sein. Der Katastrophenmedizin kommt hierbei die wichtige Funktion der medizinischen Versorgung der Betroffenen zu, einer Versorgung, die auch bei einer Vielzahl Verletzter unter schwierigsten Rahmenbedingungen effizient sein muss. Das stellt hohe und spezielle Anforderungen an Wissen und Kö-



30.000 Exemplare beträgt die Auflagenhöhe des neu herausgegebenen Leitfadens „Katastrophenmedizin“. Die Broschüre kann kostenlos unter der nachstehenden Anschrift angefordert werden:

Bundesverwaltungsamt
Zentralstelle für
Zivilschutz
Deutscherstr. 93-95
53177 Bonn

nen des medizinischen Personals, insbesondere auch an das der behandelnden Ärzte. Das erforderliche Wissen in diesen Fällen ist niemals so breitgefächert präsent, wie es von der Sache her erforderlich wäre. Dies hängt erheblich damit zusammen, dass - glücklicherweise und dank wirksamer Präventivmaßnahmen - Katastrophen mit einer großen Anzahl Verletzter sehr selten sind.

Der vorliegende Leitfaden für die ärztliche Versorgung soll einen Beitrag zur Aktualisierung und Verbreiterung der ärztlichen Wissensbasis in der Katastrophenmedizin leisten. Er gibt in kompakter Form und unter Berücksichtigung des aktuellen Erkenntnis-

stands Ratschläge und Hinweise zur Entscheidungsfindung sowie zur jeweils notwendigen Behandlung.

Es ist zu wünschen, dass der neue Leitfaden eine ebenso positive Resonanz findet wie seine Vorgänger und dass sich möglichst viele Ärzte mit dem Inhalt des Leitfadens vertraut machen um in einer Notsituation angemessen reagieren zu können.

Der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern und den engagierten Verfassern sei dafür gedankt, dass sie sich dieser anspruchsvollen humanitären Aufgabe ehrenamtlich angenommen haben.“

Das Werk des Oberspritzenkommissarius

150 Jahre Berliner Feuerwehr

Von Rainer Schramm

„Feiern det könn wa“: sagte stolz der mich begleitende Brandmeister angesichts der unübersehbaren Menschenmenge die zum Straßenfest der Berliner Feuerwehr in die gute Stube der Stadt, dem Potsdamer Platz gekommen war. In der Tat, wenn die Berliner was zum Feiern haben, dann feiern sie richtig.

Sei es die Sylvesterparty vor dem Brandenburger Tor oder die Loveparade oder wie hier das Straßenfest anlässlich des 150jährigen Bestehens der Berliner Feuerwehr. Selbst die Querelen im Berliner Senat unmittelbar vor dem Straßenfest und der Führungswechsel an der politischen Spitze der Stadt am Tag der Veranstaltung, hat die Bereitschaft der Berliner zum Feiern nicht geschmälert. 140.000 Besucher haben das Feuerwehrfest rund um den Potsdamer Platz besucht. Eines merkte man bei dieser Geburtstagsparty sofort, die Berliner lieben ihre Feuerwehr und die Berliner Feuerwehr hat keine Mühen gescheut ihre Fans an diesem Wochenende im Juni mit einem Megastraßenfest zu verwöhnen.

Schaulustige erwünscht

Auf dem gesamten Areal zwischen Marlene-Dietrich-Platz und Potsdamer Straße wurde den Schaulustigen eine gelungene Mischung aus Popfestival, Jahrmarkt, Fachmesse sowie Leistungsschau geboten und dazwischen allgegenwärtig die Berliner Feuerwehr mit teilweise sensationellen Vorführungen. Sensationell des-



Wettkampfmäßiges „Hakenleitersteigen“ wurde am Potsdamer Platz vorgeführt. Die Berliner Feuerwehr stellt in dieser Disziplin Europa- und Weltmeister.

halb, weil es im flachen Berlin doch etwas ungewöhnlich ist, wenn sich Menschen in der Technik von Hochalpinisten über die Glaswand eines 100 Meter hohen Bürogebäudes abseilen. Im Einsatz war hier der Höhenrettungsdienst (HRD) der Feuerwehr. Die Klientel des HRD kam in den letzten Jahren aus der Gruppe der Fassadenreiniger und Hochkranführer. Auf einer Vorführfläche gleich nebenan stieg plötzlich ein Feuerball auf. Eine „Fettexplosion“ als Folge des in diesem Fall falschen Löschmittels Wasser bei einer in Brand geratenen Bratpfanne. Abwechselnd wurde der Einsatz der Feuerwehr bei Wohnungsbränden, Verkehrsunfällen und dem Brand eines Holzhauses demonstriert. An einem, einer Hauswand nachempfundenen Übungsturm wurde mehrmals wettkampfmäßig das „Hakenleitersteigen“ vorgeführt. Die begeistert anfeuernden Zu-

schauer erfuhren durch den Moderator der Veranstaltung, dass die Berliner Feuerwehr in dieser Disziplin Europa- und Weltmeister stellt.

Auf anderen Aktionsflächen zeigten die Jugendfeuerwehr, die Feuerwehr-Taucher und verschiedene Rettungshundestaffeln ihr Können.

Als am frühen Samstagnachmittag ein nagelneuer Bus für die Einsatzleitung der Berliner Feuerwehr den Beginn des Fahrzeugkonvois ankündigte, waren die Zufahrtsstraßen zum Potsdamer Platz von Zuschauern dicht gesäumt. In 100 Minuten zog nun an den begeisterten Menschen 150 Jahre Berliner Feuerwehrgeschichte vorüber. Eine pferdebespannte Handdruckspritze aus der Gründungszeit der Berliner Feuerwehr und zwei Fahrzeuge die zu Beginn des vorigen Jahrhunderts beschafft wurden, dokumentierten die Fahrzeugtypen der ersten 50 Jahre.

DL 26 auf
Magirus - Deutz
M 37 L aus dem
Jahr 1936.



Es handelte sich um eine 22 Meter Drehleiter und eine Dampfdruckspritze, beide ebenfalls von Pferden gezogen. Das Ende der Fahrzeugparade der Berliner Feuerwehr bildeten die neuesten Lösch-Hilfeleistungsfahrzeuge (City-LHF 16/12) auf MAN Fahrgestellen. Dazwischen waren fast alle Fahrzeugtypen zu sehen, die im vergangenen Jahrhundert bei der Berliner Feuerwehr im Einsatz waren. Die über 40 Jahre währende Trennung der Stadt und die damit verbundene unterschiedliche Ausstattung der Feuerwehr wurde in der Fahrzeugschau gut dokumentiert.

In der Nachhut waren Fahrzeuge der Berliner Werkfeuerwehren und historische Fahrzeuge aus dem gesamten Bundesgebiet zu sehen. Beeindruckend waren hier zwei Flugplatz-Löschfahrzeuge, das eine fabrikneu von der Berliner Flughafengesellschaft das andere feldgrau gestrichen, aus Wehrmachtsbeständen und mindestens schon 60 Jahre alt.

Den Abschluß am Samstag bildete ein nächtliches Drehleiterballett und ein großes Feuerwerk.

3,39 Millionen Berliner und ihre Feuerwehr.

Den Berlinern sagt man ja gerne nach, dass sie zu Über-

treibungen neigen, aber es gibt Tatsachen, die eben unumstößlich sind. Berlin ist der Größte der drei deutschen Stadtstaaten. Auf 891 Quadratkilometern breitet sich ein schier unendliches Häusermeer aus.

Erfasst leben in Berlin 3,39 Millionen Menschen, wie viele es wirklich sind, weiß niemand so ganz genau. Mit einer drastischen Vergrößerung der Einwohnerzahl wird jedoch gerechnet. Wer mit dem Flugzeug nach Berlin-Tegel, einem der drei Berliner Flughäfen, einfliegt, kann aber auch feststellen, dass Berlin eine grüne und blaue Stadt ist. Fast ein Viertel der Stadt sind mit Wald- und Wasserflächen bedeckt. Die Stadt ist durchzogen von einer Vielzahl von Bahnlinien (733 km) und nahezu 70 Kilometern Autobahn.

Und mittendrin die Berliner Feuerwehr. Mit 4.200 hauptberuflichen Mitarbeitern ist sie die größte Feuerwehr in der Bundesrepublik und sie ist die älteste Berufsfeuerwehr Deutschlands. Durchschnittlich alle 96 Sekunden rücken Fahrzeuge der Berliner Feuerwehr aus einer der 37 Berufsfeuerwehrwachen oder bei einer der 62 Freiwilligen Feuerwehren der Stadt aus.

Bei diesen Freiwilligen Feuerwehren Berlins sind zur Un-

terstützung der Berufsfeuerwehr nochmals 1.500 ehrenamtliche Feuerwehrfrauen und -männer tätig

Vom Oberspritzenkommissarius zum Branddirektor

Vor 150 Jahren, am 1. Februar 1851 schlug die Geburtsstunde der Berliner Feuerwehr.

Der königlich preußische Polizeipräsident v. Hinckeldey beauftragte den Bauinspektor Carl-Ludwig Scabell mit dem Aufbau einer Berufsfeuerwehr für Berlin. Scabell wurde der erste und wohl auch der populärste Berliner Branddirektor. Der zum Polizeipräsidium gehörende Beamte kannte die Brandschutzverhältnisse in Berlin sehr genau, weil er als nebenberuflicher Oberspritzenkommissarius für die Wartung der vorhandenen Feuer-spritzen und die Ausbildung des Personals der sogenannten Nachtwachtspritzen zuständig war. Als Leiter der ersten Berufsfeuerwehr Deutschlands kommandierte er insgesamt 971 Löschkräfte, die über die seinerzeit modernsten Handdruckspritzen und Geräte verfügten.

1875, dem Jahr in dem Scabell in den Ruhestand getreten ist, wurden die vorhandenen Einsatzkräfte in Kompanien gegliedert und die Fahrzeuge zu „Löschzügen“ zusammengestellt. Die Umstellung des Fuhrparks von Pferdegespannen auf Automobilbetrieb wurde 1907 vollzogen.



Der Gründer der Berliner Berufsfeuerwehr: Carl-Ludwig Scabell.
(Repro: Berliner Feuerwehr)



Erinnerung an schwere Zeiten: Leichtes Löschgruppenfahrzeug der Feuerschutzpolizei Berlin aus dem Jahr 1942.

Groß-Berlin hat eine Feuerwehr

1920 trat das Groß-Berlin-Gesetz in Kraft. Durch den Zusammenschluß von bisher eigenständigen Städten und Gemeinden mussten 15 Berufs- und 65 Freiwillige Feuerwehren zusammengefasst und vereinheitlicht werden. Die Berliner Feuerwehr wurde im April 1921 erstmals eine städtische Einrichtung. Bis zu diesem Zeitpunkt gehörte sie immer noch zum Berliner Polizeipräsidium.

Aber bereits nach 12 Jahren wurde nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten

die Feuerwehr unter der Bezeichnung „Feuerlöschpolizei“ wieder der Polizei angegliedert.

Ab 1939 wurde die Feuerwehr unter dem Begriff „Feuerschutzpolizei“ vollends der Polizei angegliedert. Nach den immer häufiger werdenden Bombenangriffen der Alliierten auf die Reichshauptstadt und den verheerenden Bränden wurden Feuerwehrleute aus dem gesamten Reichsgebiet in Berlin zusammengezogen.

Stunde Null und Trennung

Längst war die Feuerschutzpolizei den Flächenbränden

und Feuerstürmen nicht mehr gewachsen, als im Mai 1945 der Spuk endlich ein Ende hatte. Viele Liegenschaften der Feuerwehr sind zerstört oder beschädigt, der Fuhrpark weitgehend vernichtet oder von den sowjetischen Besatzern requiriert. 200 Berliner Feuerwehrmänner kamen durch die Ereignisse des Krieges ums Leben. Das letzte Aufgebot rückte teilweise mit zweirädrigen Handkarren zur Brandstelle aus.

Mit vielen Provisorien wurde die Feuerwehr nach dem Krieg neu aufgebaut. 1950 entwickelte sich jedoch eine organisatorische Trennung der Feuerwehr im Ost- und im Westteil Berlins. Nach dem Mauerbau im August 1961 kam es zur endgültigen Trennung der Berliner Feuerwehr.

Mit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands war am 3. Oktober 1990 auch die Trennung der Berliner Feuerwehr beendet. Neben der Angleichung des Fahrzeug- und Gerätebestandes wird kontinuierlich die Modernisierung der Feuerwachen im ehemaligen Ostteil der Stadt fortgeführt.

Im Vorwort eines Buches das zur Geschichte der Berliner Feuerwehr erschienen ist, schreibt Landesbranddirektor Albrecht Broemme:

„In den vergangenen 150 Jahren hat es bei der Berliner Feuerwehr mehrere Phasen gegeben, in denen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besondere Leistungen abverlangt wurden. Die vergangenen zehn Jahre, in denen eine über vier Jahrzehnte auseinander gedriftete Feuerwehr wieder vereint werden musste, in denen einschneidende Personalreduzierungen zu verkraften waren, in denen die Verwaltung den aktuellen Anforderungen angepasst wurde und dabei auch mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten war, gehört zu den schwierigen Phasen in der Geschichte der Berliner Feuerwehr.“

Eine Stadt, zwei unterschiedliche Fahrzeugausstattungen. 1954 wurde dieses Löschgruppenfahrzeug beim VEB Robur in Zittau gebaut.

(Fotos: Schramm)



A + A 2001 in Düsseldorf

Sicherheitsingenieure informieren sich am Stand des Bundesverwaltungsamtes

Die Sicherheit am Arbeitsplatz mit ihren vor- und nachsorgenden Themenbereichen wird immer stärker in ihrer betriebswirtschaftlichen und nicht mehr nur in ihrer ethischen Dimension erfasst. Mittlerweile rechnen sich Vorkehrungen im Rahmen des Arbeitsschutzes durch eine Verringerung der Ausfallzeiten und durch eine Verbesserung der Arbeitsqualität. Dies war nach vier Tagen Laufzeit der Fachmesse A+A in Düsseldorf das einhellige Marktsignal.

Die A+A ist weltweit die führende Fachmesse für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und findet alle zwei Jahre in Düsseldorf statt. 1300 Aussteller informierten 69.000 Fachbesucher aus aller Welt über die neuesten Produkte und innovativen Dienstleistungen zu den Themen persönliche Schutzausrüstung, technische Sicherheitseinrichtungen und Sicherheitsorganisationen sowie Arbeitsmedizin.

Wie schon in der Vergangenheit war die Sonderschau „Treffpunkt Sicherheit“ ein besonderer Anziehungspunkt auf der A+A. Etwa 100 nichtkommerzielle Aussteller traten in dieser Sonderschau mit ihren Anliegen und ihren Angeboten im Dienstleistungsbereich auf. Auch die Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) des Bundesverwaltungsamtes hat sich mit einem ansprechenden Messestand an dieser Sonderschau beteiligt.

Ziel der Messepräsentation der ZfZ war es, die durchwegs aus den Sicherheitsbereichen von Firmen und Verwaltungen kommenden Fachbesucher über die Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes zu informieren. Den Messebesuchern sollte dabei auch nahegebracht werden, dass Kenntnisse von Mitarbeitern, die die



Links:
Eingangselement
der ZfZ-Ausstellung.

(Foto: Britz)

Unten:
Großes Interesse
zeigten die Sicherheitsingenieure
namhafter
deutscher Messen
am Ausstellungs-
stand der ZfZ.

(Foto: Tillmann)



se im Katastrophenschutz erworben haben, von großem Nutzen für den Betrieb sein können.

Ganz speziell wurde das Ausbildungsangebot der zur ZfZ gehörenden Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) dargestellt. Diese im Ahrtal liegende Schulungsstätte nimmt bei Ausbildungsfragen im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes eine einmalige Stellung in der Bundesrepublik ein. Aus der Resonanz der Messebesucher war sehr oft zu erkennen, dass diese das Leistungsangebot der AkNZ in Anspruch nehmen wollen. Von besonderem Interesse war vor allem die Thematik der Seminare und Workshops zum Selbstschutz in Arbeitsstätten.

Als Anerkennung des A+A-Messeauftrittes der ZfZ war der Besuch der Sicherheitsingenieure aller großen deutschen Messegesellschaften zu bewerten. Diese hielten sich zu einer Tagung in Düsseldorf auf. Nach einer Führung durch die Zivilschutzausstellung wurde unter den Fachleuten auch über die hohen Sicherheitsanforderungen bei deutschen Messen diskutiert. Diesem Standard in Technik und Ausstattung entspricht der ZfZ-Stand schon seit Jahren. Zum Abschluß ihres Besuches haben die Sicherheitspezialisten zum Ausdruck gebracht, dass das Bundesverwaltungsamt mit seinen Ausstellungen immer eine Bereicherung der Messen darstelle. (rs)

Vorbereitungen auf biologische Gefahren stehen erst am Anfang

Workshop an der AkNZ

Von Dieter Franke

„Katastrophenvorsorge ist eine interdisziplinäre Aufgabe“ stellte Dr. Friedhelm Bartels, amtierender Präsident der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V. (DGKM e.V.) anlässlich der Eröffnung des zweiten Workshops zum Thema „Kehren die Seuchen zurück?“ an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) des Bundesverwaltungsamtes in Ahrweiler fest. „(Neue) Gefahren durch biologische Kampfstoffe“ lautete der Untertitel der Veranstaltung. Im Frühjahr 2000 hatten DGKM e.V. und AkNZ mit dem ersten Workshop eine Diskussion angestoßen, die zu diversen Veröffentlichungen führte¹. Es zeigte sich, dass einerseits die Wahrscheinlichkeit für eine im Rahmen des Tourismus importierte hoch ansteckende Erkrankung mit vergleichsweise geringer Überlebenschance (z.B. Ebola- oder Marburg-Virus aus der Gruppe der viralen hämorrhagischen Fieber) ebenso vorhanden ist wie der kriminelle oder terroristische Einsatz von Krankheitserre-

gern, der sog. Bio-Terrorismus. Andererseits sind im Vergleich zu vielen anderen Staaten in Deutschland die planerischen, materiellen und ausbildungsmäßigen Vorkehrungen wenn überhaupt, dann nur rudimentär vorhanden.

Als Ergebnis des Workshops entstand damals eine Forderungsliste, mit der den erkannten Versäumnisse begegnet werden sollte. Dabei wurde auch deutlich, dass dies zwar auch, aber nicht vorrangig eine Frage des Geldes ist. Vielmehr müssen sich die Einsicht und die Bereitschaft durchsetzen, einer bislang ignorierten Gefahr begegnen zu wollen. Den Kopf in den Sand zu stecken, wie es in Deutschland jahrelang wider besseren Wissens geschehen ist, lässt einen zwar die Gefahr nicht sehen, sie aber dadurch nicht verschwinden. Eigentlich hätte es nicht erst der Veröffentlichungen eines sowjetischen Biowaffenexperten bedurft², um jedermann vor Augen zu führen, dass der Deckel der Büchse der Pandora angehoben ist. Interessierter und fachkundiger Zuhörer war Dr. med. Hans-Georg Faust, der für seine Arbeit als Mitglied des deutschen Bundestages zahlreiche Anregungen mitnehmen konnte.

Erkenntnisse des Bundeskriminalamtes

Die Betroffenheit, die der erste Workshop hinterlassen hatte, war Anlass zu einer Fortsetzung. So trafen sich an der AkNZ circa 80 Teilnehmer, überwiegend Mediziner aus den Bereichen Gesundheitsver-

waltung, Klinik und Rettungsdienst. Nach der Begrüßung durch Giso Schütz, den Vizepräsidenten des Bundesverwaltungsamtes, und Dr. Friedhelm Bartels referierten Kriminalhauptkommissar Bernfried Seiwert und Kriminaloberkommissar Klaus Maier vom Bundeskriminalamt (BKA) über Erkenntnisse zum Umgang mit biologischen Gefahren und Kampfstoffen. Terrorismus im Sinne des BKA bezieht sich auf fünf Tätergruppen. Zum einen fällt darunter der nationale Terrorismus von links und rechts, der sich gegen den Staat richtet. Zum zweiten betrifft es den internationalen Terrorismus, wenn er auf deutschem Boden ausgetragen wird. Ähnlich stellt sich die Gruppe der sog. Staatsterroren dar. Hierbei handelt es sich um Kriminelle, die von einem anderen Staat bei ihren Aktionen unterstützt werden. Die Drohungen des Irak gegen westliche Staaten sind ein Beispiel hierfür. Schließlich wird die Allgemein-Kriminalität da-

1) Siehe z.B.

Schultze, Dr. Reinhold (†): Kehren die Seuchen zurück?, in: Bevölkerungsschutz 2-2000

Franke, Dieter: Von der Seuche zum Kampfstoff, in: Bevölkerungsschutz 2-2000

Schulze, Dr. Stefan: Biologische Waffen in Bevölkerungsschutz 1-2001

Michels, Dr. Harald: Notwendige Planungen für Behörden und Krankenhäuser bei Epidemien und terroristischen Anschlägen mit B-Waffen in: Notfallvorsorge 2/2000, 3/2000 und 4/2000

Sohns, Dr. Thomas: Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen: Herausforderungen für Entscheidungsträger in: Notfallvorsorge 2/2000 und 3/2000

Sohns, Dr. Thomas: Schutz vor B-Waffen in den Händen von Terroristen, in: Europäische Sicherheit 5/2000 und 6/2000

2) Alibek, Ken und Stephen Handelman: Direktorium 15 in: Econ-Verlag München, Düsseldorf 1999



DGKM-Präsident Dr. Friedhelm Bartels.

zu gezählt, soweit sie A-, B- oder C-Gefahren einbezieht. Als letztes Segment sind religiös-fanatische Straftäter zu nennen.

Waren vor einigen Jahren in der dritten Gruppe noch verschiedene Vorfälle mit radioaktiven Präparaten zu registrieren, so haben diese Aktivitäten nachgelassen. Im Bereich der biologischen Stoffe ist die Anzahl der Fälle derzeit noch erheblich kleiner. Zudem handelt es sich meist um harmlose Vorfälle oder Fehleinschätzungen.

Allerdings sind Nachweise oft schwierig. Da zu den biologischen Waffen, die im Kriegswaffenkontrollgesetz aufgelistet sind, auch die zur Herstellung benötigten Geräte gehören, stellt sich eine breite Grauzone dar. Schließlich sind zur Erforschung und Produktion von Pflanzenschutzmitteln oder Pharmazeutika die gleichen Techniken erforderlich. Das BKA geht davon aus, in den nächsten Jahren zunehmend mit diesbezüglichen Verdachtsfällen konfrontiert zu werden und bereitet sich entsprechend vor.

Bioterroristische Erkenntnisse

Stabsarzt Markus Stemmler von der Sanitätsakademie der Bundeswehr verdeutlichte in seinem Vortrag, dass es schon problematisch ist, Verdacht zu schöpfen. Noch schwieriger wird es dann, den Nachweis für einen terroristischen Einsatz zu führen. So lassen sich über epidemiologische Merkmale und sonstige Hinweise Vermutungen zum Einsatz von B-Kampfstoffen anstellen, der genaue Nachweis sowohl des Stoffes oder Erregers sowie der gezielten Ausbringung fällt jedoch schwer. Dies gilt insbesondere, wenn die Urheber nicht namhaft gemacht werden können. Als wesentliche Faktoren für ein effizientes Management bei befürchtetem oder realisiertem B-Terrorangriff zählte Stemmler verschiedene Stichworte auf, die in der Diskussion hinterfragt wurden:

- Nachrichtendienstliche Hintergrundanalyse (Die Verfügbarkeit dieser Informationen für die zuständige Administration wurde kritisch gesehen)

- Kompetenzregelung für die Einsatzleitung (Gesetzliche Zuständigkeiten teils nicht eindeutig)

- Technische (Früh-)Warnsysteme (Stehen derzeit nicht zur Verfügung)

- Nachweis eines B-Angriffs (Vergleichsweise zeitaufwendig und noch nicht umfassend vorhanden)

- Medizinische Versorgung vor Ort (Durch zivile Kräfte nahezu ausgeschlossen)

- Mögliche Ziele B-terroristischer Angriffe sind vielfältig und schränken daher vorbeugende Maßnahmen ein. So kommen infrage:

- Großstädte (Großflächige ungezielte Kontamination)

- Areale mit großen Menschenansammlungen wie Sportstadien, Messegelände oder Flughäfen (Gezielte Freisetzung)

- Künstlich belüftete Gebäude oder Räume wie U-Bahnstationen, Versammlungsstätten, Verwaltungen (Gezielte Freisetzung, ggf. auf bestimmte Personengruppe bezogen)

- Einzelpersonen (Gezielter Anschlag)

Bereits heute lassen sich Beispiele zu diesen Szenarien aufli-

sten. Der Anschlag der Aum-Sekte auf die U-Bahn in Tokio erfolgte zwar mit einem chemischen Kampfstoff, die Sekte hatte aber parallel mit Milzbrandsporen und Botulinumtoxin experimentiert. Ein in London lebender Exilbulgare wurde 1978 mit Rixin vergiftet. Dieses war ihm durch eine kontaminierte Nadel, die in die Spitze eines Regenschirms eingebaut war, mitten in der Stadt appliziert. Schließlich drohte der irakische Präsident Saddam Hussein seinen Feinden mit der Freisetzung eines modifizierten Fieber-Virus (Westnil-Virus). Wenige Monate später erkrankten in den USA rund 50 Personen, von denen 4 verstarben, an eben diesem Virus. Es wurde eine Variante identifiziert, die nie zuvor in den USA aufgetreten war. In diesem Fall bleibt der Verdacht, der Beweis für einen gezielten Einsatz im Sinne des oben genannten Staatsterrorismus kann nicht geführt werden.

Stemmler mahnte zum Schluss seines Vortrags durch ein Zitat von Aldous Huxley: „Tatsachen schafft man nicht dadurch aus der Welt, dass man sie ignoriert.“

Beispiel Vereinigte Staaten

Lieutenant Colonel Dr. George W. Christopher kommt vom Medical Center Land-



Von rechts: Lt Col Dr. George W. Christopher, Peter Wiese (BF Frankfurt), MdB Dr. Hans-Georg Faust folgen dem Vortrag über Bio-Terrorismus.



Stabsarzt Dr. Markus Stemmler berichtet über Schwierigkeiten, den Nachweis für den terroristischen Einsatz von B-Kampfstoffen zu führen.

stuhl der US Army. Er berichtete über die Vorbereitungen in Städten und Krankenhäusern in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Auch Christopher wies auf die Schwierigkeiten des Nachweises hin. So wurde der Verdacht eines kriminellen Ausbringens des Erregers *Salmonella Typhimurium* 1984 in Oregon erst über ein Jahr später belegt, als ein an der Tat Beteiligter sich der Polizei offenbarte.

Biologische Stoffe sind meist leicht zu erhalten, vergleichsweise einfach in größeren Mengen herzustellen und geben dem Einsetzenden wegen der häufig mehrere Tage betragenden Inkubationszeit die Möglichkeit der Flucht. Allerdings liegt das Problem, das bislang den Einsatz noch behindert, in der Schwierigkeit, die Bakterien oder Viren so zu manipulieren, dass sie ihre Virulenz ausreichend lange behalten, als Aerosol entsprechende Strecken zurücklegen und beim Einatmen den unteren Respirationstrakt erreichen. Mit anderen Worten liegt das Problem der biologischen Kampfstoffe größtenteils in der Physik.

Das Krisenmanagement der Vereinigten Staaten von Nordamerika bezieht sich auf Planung und Vorbereitung einerseits sowie auf Vorbeugung gegen einen möglichen Einsatz

andererseits. Zuständig sind das Federal Bureau of Investigation (FBI), die Federal Emergency Management Agency (FEMA) und das US Department of Public Health mit den Centers for Disease Control and Prevention (CDC). Wichtig ist die Koordination zwischen den zuständigen Stellen auf lokaler und nationaler Ebene sowie zwischen den Strafverfolgungsbehörden, der Gesundheitsverwaltung und den Einsatzkräften. Das CDC hat dazu vier Schritte entwickelt.

1. Ausbildung und Training. Alle am Gesundheitswesen Beteiligten werden geschult und in regelmäßigen Übungen mit den entwickelten Richtlinien vertraut gemacht.

2. Überwachung. Es ist Aufgabe der lokalen Gesundheitsbehörden, epidemiologische Auffälligkeiten sofort zu erkennen und darauf zu reagieren.

3. Diagnose. Mit Schnelltests soll kurzfristig Gewissheit geschaffen werden. Dazu ist ein Netzwerk zwischen lokalen und nationalen Labors eingerichtet worden. Die Diagnosemethoden werden weiter entwickelt und sollen zu einem transportablen Labor für Schnelltests führen.

4. Abwehr.

Einem erkannten Seuchenausbruch soll massiv mit allen Mitteln begegnet werden. Das erfordert kompetente Schnelleinsatzkräfte, ausreichend Antibiotika und Impfstoffe sowie sonstiges Equipment zur Eindämmung. Ferner muss unmittelbar Informationsmaterial mit Verhaltensregeln für die Bevölkerung vorhanden sein, um panikartiges Verhalten auszuschließen.

Den Überlegungen liegen zwei potentielle Szenarien zugrunde. Zum einen ist ein verdeckter, ggf. großflächiger Einsatz eines unbekanntes Erregers vorstellbar. Zum anderen berücksichtigen die Vorbereitungen einen angekündigten oder angedrohten Anschlag etwa mit biologischen Briefbomben.

Christopher machte deutlich, dass es Pflicht des Staates ist, diesen Bedrohungen durch Ausbildung, Training und Information entgegenzutreten.

Transportprobleme bei Seuchenverdacht

Die Berufsfeuerwehr Frankfurt hat sich im Rahmen ihrer rettungsdienstlichen Aufgaben mit dem Thema Seuchen intensiv befasst. Schließlich kann gerade in einer Stadt, die via Flughafen mit allen Teilen der Erde unmittelbar verbunden ist, der Transport von hochansteckenden Patienten jederzeit erforderlich werden. Peter Wiese stellte das Konzept der BF Frankfurt vor.

Im Unterschied zu konventionellen Transporten bedürften spezielle Probleme einer Berücksichtigung:

- Vitale Bedrohung des Patienten,
- Infektionsgefahr für Kontaktpersonen, insbesondere Einsatzpersonal,
- Gefährdung der Bevölkerung,
- Hohes Angstpotential,
- Hohes Medieninteresse,
- Zusammenarbeit verschiedener Fachdienste.



In einem nach dem Konzept der BF Frankfurt zum Transport hoch ansteckender Patienten umgerüsteten KTW-4 lässt sich nur noch ein Transportplatz nutzen.

(Fotos: Franke)

Gelöst werden die technischen Probleme durch die „Entkernung“ eines RTW. Das heißt, dass alle nicht unbedingt benötigten Geräte und Einbauteile entfernt werden. Danach werden alle Löcher, Bohrungen usw. ebenso wie die Decke und die Fenster mit Folie abgeklebt. Das erfordert im Einsatz einen zweiten RTW als Materialtransporter und Servicefahrzeug für den Fall einer Panne. Ebenso gehört ein Notarzteinsatzfahrzeug in den polizeilich gesicherten Konvoi. Zum Personal gehören insgesamt vier Rettungsassistenten, ein Notarzt, ein Desinfektor, ein ärztlicher Leiter Rettungsdienst als medizinischer Einsatzleiter, ein technischer Einsatzleiter seitens der BF, ein Amtsarzt sowie ggf. weitere Fachkräfte als Berater. Teilweise ist die Atemschutztauglichkeit erforderlich. Als Schutzanzug ist Einmalmaterial ausreichend. Chemievollschutz ist für einen ggf. mehrstündigen Einsatz zu anstrengend. Zudem wäre die Bewegungsfreiheit im RTW nicht mehr gegeben.

Wiese nannte als Grundsatz für einen solchen komplizierten Transport „Erst organisieren, dann transportieren“. Nur dadurch lasse sich das Risiko für Patienten, Personal und Umwelt kontrollieren. Die Einsatzführung hat über eine zentrale Leitstelle zu erfolgen. Die Weisungsbefugnisse sind klar aufgeteilt: fachlich zuständig ist der Amtsarzt, taktisch ist der technische Einsatzleiter verantwortlich, fachübergrei-

fend hat der ärztliche Leiter Rettungsdienst das Sagen. Nach Beendigung des Transportes muss eine vorschriftsmäßige Desinfektion erfolgen, bevor der Amtsarzt den Einsatz offiziell beendet.

Persönliche Schutzausstattung

Dipl. Ing. Rolf-Dieter Erbe, Lehrbereichsleiter an der Rettungsdienstschule der Berliner Feuerwehr, beleuchtete die Vorschriften bezüglich des Körperschutzes. Im Gegensatz zur Einsatzbekleidung handelt es sich bei der Bezeichnung „Schutzkleidung“ um einen Begriff nach DIN. Der Arbeitgeber hat auf der Grundlage einer Gefährdungsanalyse die persönliche Schutzausstattung zu bestimmen und zur Verfügung zu stellen. Insgesamt gehören dazu:

- Schutzhelm,
- Schutzschuhe,
- Schutzhandschuhe,
- Schutzkleidung bezogen auf
 - Warnschutz
 - Wetterschutz und
 - Infektionsschutz
 - (ohne besondere Norm).

Infektionsschutzkleidung muss u.a. mindestens den Rumpf bedecken und, soweit es sich nicht um Einmalprodukte handelt, desinfizierbar sein. Schürze oder Overall können bereits diese Anforderungen erfüllen. Einmalhandschuhe, Mundschutz und Schutzbrille komplettieren die

Ausrüstung. Der immer wieder zu sehende Baumwollkittel gewährt mit Sicherheit keinen Infektionsschutz.

Unter bestimmten Voraussetzungen kann ein erhöhter Inkorporationsschutz erforderlich sein. Dann wären umluftabhängige Atemschutzmasken mit Feinstaubfilter oder umluftunabhängige Pressluftatmer einzusetzen. Allerdings setzen Atemfilter die Tauglichkeitsuntersuchung des Personals voraus, was üblicherweise nur bei den Feuerwehren Standard sein dürfte.

Da Infektionsgefahren oft nicht bekannt sind und daher das Verhalten in solchen Situationen zu wenig geübt wird, sind besondere Handlungsanweisungen herauszugeben. Sie sind ebenso zu trainieren wie detaillierte Desinfektions- bzw. Dekontaminationsmaßnahmen.

Kontakt mit infizierten Personen

Verhalten und Schutzmöglichkeiten gegenüber relevanten Erkrankungen, zu denen er die viralen hämorrhagischen Fieber, die Pest und die Pocken bzw. die humanen Affenpocken zählt, stellte zum Abschluss des Referateteils Dr. Jürgen May vom Institut für Tropenmedizin aus Berlin dar. Dazu müssen Kenntnisse vorhanden sein über die Symptomatik der Erkrankung, die Infektionswahrscheinlichkeit, die Übertragungswege und die Interventionsmöglichkeiten. Rettungsdienst- und klinisches

Maßnahme	a	b	c	d
Beobachtung, Körpertemperatur	+/+	+/+	+/+	+/+
Tätigkeitsverbot in Risikobereichen	+/+	+/+	±/+	-/+
Allgemeines Tätigkeitsverbot	+/+	±/+	-/±	-/±
Absonderung zu Hause	-/-	±/-	-/±	-/±
Absonderung im Krankenhaus	+/+	-/+	-/±	-/±
Abnahme einer Blutprobe (zur eventuellen späteren Verlaufsuntersuchung)	+/-	+/-	-/-	-/-
Virologische Diagnostik	±/+	-/+	-/+	-/+
Postexpositionsprophylaxe	+/+	+/+	-/±	-/±

+ = erforderlich, ± = ggf. anzuraten, - = nicht erforderlich

Dr. Jürgen May stellte die erforderlichen Überwachungsmaßnahmen für Kontaktpersonen ohne / mit Symptomen tabellarisch dar.

Versorgungspersonal zählt, je nach Art des Kontaktes zum Personal mit hohem (a), erhöhtem (b), mäßigem (c) oder geringem (d) Risiko.

Konsequenzen und Forderungen

Im Folgenden wurde in mehreren Arbeitsgruppen an verschiedenen Problematiken gearbeitet.

Eine wesentliche Frage bezog sich auf die notwendigen Vorbereitungen im öffentlichen Gesundheitswesen bzw. den Krankenhäusern bei einem Massenansturm von Infektionsspatienten. Stichwortartig ergaben sich folgende Punkte:

- Die Sondersituation „Seuchenverdacht“ gehört in den Katastrophenplan eines jeden Krankenhauses,
- Das Personal ist entsprechend zu schulen, auch bezüglich der rechtlichen Grundlagen,
- Personalverstärkung und Personalumverteilung sind zu planen. Dabei gehört es zur sozialen Verpflichtung des Arbeitgebers, bei Quarantänemaßnahmen die familiäre Situation des Personals zu berücksichtigen,
- Belegungspläne sind aufzustellen, Personal und Material für Umräumarbeiten und Schleusen vorzuhalten,
- Spezifische medizinische Vorräte sind in den Kompetenzzentren vorzuhalten,
- Entsorgung, Transport von Proben, relevante Labors sind zu eruieren,

- Kommunikationstechnik einschließlich Internet muss auch im Quarantänebereich vorhanden sein,

- Umgang mit persönlicher Schutzausstattung und standardisierten Geräte muss regelmäßig geübt werden (können),

- Koordinierte Zusammenarbeit ist zu regeln und zu üben mit regionalen Krisenstäben, Gesundheitsverwaltung, Polizei, Rettungsdienst,

- Öffentlichkeitsarbeit allgemein sowie insbesondere mit Angehörigen von Patienten muss koordiniert und über Hotlines/Bürgertelefon abgesichert werden,

- Eine Infektionsbettenübersicht muss zentral verfügbar gemacht werden,

- Für den Fall frühzeitig erkannter einzelner Infektionen muss eine Containerlösung nutzbar gemacht werden, um den Behandlungsplatz zum Betroffenen zu bringen und dadurch das Krankenhaus clean zu halten. Ob provisorisch hergerichtete Schulen eine Alternative darstellen, wurde strittig diskutiert. Allerdings müssen in Abhängigkeit vom Szenarium auch unorthodoxe Lösungen verfolgt werden,

- Niedergelassene Ärzte und klinische Ambulanzen sind bezüglich der Infektionskrankheiten zu sensibilisieren und fortzubilden,

- Die Steckbriefe des Robert-Koch-Instituts zu Infektionskrankheiten müssen bekannter gemacht werden,

- Jedes Rettungsdienstfahrzeug ist mit Infektionsschutz-

sets für das Personal auszustatten. Diese sind bereits für circa 50,00 bis 60,00 DM zu erhalten. Dazu ist ein Zusatzvorrat für den Massenansturm anzulegen. Die Kosten müssen von den Kassen bzw. den Ländern übernommen werden.

In einem praktischen Teil wurde versucht, einen KTW-4 älterer Bauart aus dem Bestand des erweiterten Katastrophenschutzes nach den Kriterien der Frankfurter Berufsfeuerwehr für den Infektionstransport herzurichten. Letztlich muss dieser Versuch als gescheitert eingestuft werden. Die innere Dachverkleidung, die innenliegende Anbringung der Heckklappenscharniere und der Mechanismus der Seitentür machen eine komplette Abklebung unmöglich. Selbst bei der eingeschränkten Lösung verbleibt nur noch ein Transportplatz. „Als Materialtransporter zu gebrauchen“ lautete das eher beschönigende Urteil für den Krankentransportwagen.

Realismus zeigen

Dr. Friedhelm Bartels stellte dem Workshop zum Abschluss eine gute Note aus. Er forderte ein nationales Informationsnetz, mit dem die bislang eher zufällig zu erhaltenen Kenntnisse von BND, BKA, Bundeswehr und sonstigen Forschungseinrichtungen den Praktikern bekannt gemacht werden. Bartels forderte in Anknüpfung an den Vortrag über die amerikanische Strategie eine deutliche Verstärkung von Ausbildung, Training und Kommunikation. Der biologischen Gefahr, egal welchen Ursprungs sie sein mag, muss offensiv begegnet werden. „Wir wollen keine Angst machen, aber wir wollen darstellen, dass eine angemessene Behandlung und dass Schutz für unsere Helfer Geld kosten.“

Gefahrenabwehr bei Einsätzen mit Gefährlichen Stoffen und Gütern

Jürgen Schreiber, ASB Bremen

Vorbemerkung

Bei Schadensereignissen mit Beteiligung von Gefährlichen Stoffen und Gütern (GSG) ist das Vorgehen in der Einsatz-Ablauf-Organisation vom Grundsatz her immer gleich. Dies gilt zunächst unabhängig davon, ob es sich um biologische bzw. chemische Gefährdung handelt und ob diese durch einen punktuellen Unfall, örtlich begrenzte oder überregionale Großschadenslagen verursacht wurde. Die Erkundung muss in jedem Fall Erkenntnisse zu den Aspekten liefern:

- In welcher Art und in welchem Umfang liegen Gefahren und Schäden tatsächlich vor oder sind zumindest nicht auszuschließen? (Abb. 1)

- Wer oder was (Menschen, Tiere, Sachwerte, Umwelt/Allgemeingüter sowie laufende Prozesse des täglichen Lebens) ist gefährdet oder geschädigt?

- In welchen Mechanismen wirken die beteiligten Medien in Reinmengen oder auch in Zubereitungen (dies ist ein wesentlicher Anhaltspunkt, um das von den Stoffen ausgehende Gefahrenpotential feststellen zu können).

Diesem System der Schadens- und Gefahrensituation ist dann die im Vorfeld geplante, organisierte Gefahrenabwehr gegenüber gestellt. Sie muss an die herrschende Situation angepasst und nach einsatztaktischen Erfordernissen eingesetzt werden. Entsprechend zeitlich/organisatorisch zu differenzierende Einsatzphasen werden Einsatzkräften der täglichen Vorhaltung in der Gefahrenabwehr nach Maßgabe der definierten Hilfsfrist die ersten Maßnahmen vor Ort vorbehalten sein. Erst wenn sie das Ausmaß und die Eigenschaften der vorgefundenen Gefahrensituation erkundet und beurteilt haben, ist es möglich, im Bedarfsfall eine darüber hinausgehende Gefahrenabwehr erforderlichenfalls unter Beteiligung aller Fachdienste gezielt einzusetzen. Gerade in der Phase des ersten Augenscheins an der Einsatzstelle sind im Rahmen der Erkundungen erste qualitative und quantitative Stoffnachweise einzuholen, um chemische Gefahren schnell zu erkennen. Die Feuerwehren halten hierfür ausgebildetes und ausgestattetes Personal vor. Das Vorgehen der Feuerweh-

ren in der GSG-Einsatzbearbeitung ist derzeit u.a. in der Feuerwehr-Dienstvorschrift FwDV 14 geregelt. Neue Dienstvorschriften hierzu sind im Entstehen. Das Referat 10 (Umweltschutz) des Technisch-Wissenschaftlichen Beirats der vfdb erarbeitet derzeit die Richtlinie 10/05 - Gefahrstoffnachweis im Feuerwehreinsatz - mit den Teilen 1-Nachweisteknik (Stand 05.2001 liegt vor), 2-Nachweistaktik sowie 3-Auswertung und Interpretation.

Neben diesen taktisch-technischen Aufgaben ist natürlich medizinische und humanitäre Hilfe für einzelne betroffene Personen zu leisten oder, entsprechend der Schadensdimension, für viele Betroffene der Hilfeleistungsbedarf zu ermitteln und mit Maßnahmen zu belegen. Zunächst muss in dieser ersten Einsatzphase der entstandene Schaden für Personen frühestmöglich erkannt werden. Nur so kann den zuerst eingesetzten Rettungsdienstkräften, die bei großen Einsatzlagen sicher schnell an ihre Leistungsgrenze geführt werden, schnellstmöglich eine Ergänzung durch SEG'en des Sanitäts-, Rettungs- und Betreuungsdienstes zur Seite gestellt werden.

Mit definierten Analyseparametern lassen sich Fragen zur Situation sowie die Ordnung von Kräften, Raum und Zeit finden (Abb. 2).

Ebenso werden Präventivmaßnahmen erforderlich

- zum Schutz der Betroffenen im Schadensbereich,
- zur Sicherung der Bürger im Umfeld des Geschehens



Abb. 1: Beispielsammlung von Wirkmechanismen bei Gefahrstoffen.



- A - Situation:**
 Was ist für wieviel Betroffene geschehen
 Was ist wessen Betroffenheit?
 Was muss für wen getan werden?
 Was gefährdet Betroffene und Helfer?
- B - Kräfteordnung:**
 Wer kann was mit welcher Kapazität tun?
 Wer ist Ansprechpartner?
 Wer muss wann versorgt / abgelöscht werden?
- C - Raumordnung:**
 Wo befindet sich was / wer?
 Wo soll was für wen eingerichtet werden?
- D - Zeitordnung:**
 Wann muss wer wie versorgt werden?
 Wann benötige ich dafür was?

Abb. 2: Analyseparameter für medizinisch-humanitäre Hilfeleistung

(z.B. durch Evakuierung) sowie

- zum Schutz der Personen im Schadensbereich vor weiteren Schäden.

Die Aufgaben der medizinischen und humanitären Hilfeleistung sind den Rettungs-, Sanitäts- und Betreuungsdiensten zugeordnet. Grundsätzlich werden diese zeitgleich mit Kräften aus dem Bereich Brandschutz / Technische Hilfe vor Ort tätig. Eine räumliche Trennung der Einheiten erfolgt nur durch fachspezifische Belange oder aufgrund bestehender Gefahren im GSG-Einsatz.

Raumordnungsprinzip

Damit an gemeinsamen Einsatzstellen eine einheitliche Raumordnung organisiert ist, wird eine Trennung der Bereiche Wirkzone, Gefahrenzone, Absperrbereich, Umfeld durchgeführt.

Die Wirkzone ist der Bereich, in dem chemische/ biologische Gefahren wirken.

Die Gefahrenzone ist der Bereich, in dem die Gefahren, die von den Stoffen ausgehen nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden können. Dieser Bereich muss messtechnisch festgelegt und ständig überwacht werden. Die Grenze zum Absperrbereich ist in jedem Fall zu markieren.

Der Absperrbereich ist die Entwicklungsfläche der Ge-

fahrenabwehr, einerseits begrenzt durch die Gefahrenzone, andererseits abgegrenzt zum Umfeld.

Das Umfeld letztlich ist die Region um die Einsatzstelle, die nicht direkt von dem Ereignis betroffen ist, sehr wohl aber durch infrastrukturelle und logistische Abläufe als einbezogen gilt. Eine Vielzahl der nötigen Betreuungsabläufe finden in diesem Gebiet statt. Das Schema in Abb. 2 verdeutlicht die räumliche Zuordnung von Aufgaben an der Einsatzstelle.

Schutz der Einsatzkräfte

Wie in allen Einsatzgeschehen ist auch hier größtmöglicher Schutz für die Einsatzkräfte sicherzustellen. Als Schutzmaßnahmen kommen auch in einer GSG-Einsatzlage vor allem in Betracht:

- die Verwendung sicherer Technik,
- eine sichere Arbeitsorganisation und
- die räumlich-zeitliche Trennung der Arbeitsabläufe von der Gefährdungssituation.

Wirken diese Elemente des Arbeitsschutzsystems zusammen, können sie das höchste Maß an Sicherheit erzielen.

Soll eine Gewichtung der Maßnahmen erfolgen, hat die zeitlich-räumliche Trennung der Einsatz Tätigkeiten von der tatsächlichen Gefahrensituation die höchste Wertigkeit. Dies ist durch die deutliche Darstellung der äußeren Grenze der Gefahrenzone möglich, die nur mit angemessener persönlicher Schutzausrüstung überschritten werden kann. Das hat möglicherweise zur

Folge, dass die Betreuung und medizinische Versorgung Betroffener und Verletzter nur außerhalb der Gefahrenzone und nach erfolgter Dekontamination erfolgen kann.

Die Verwendung sicherer Technik ist in allen Bereichen der Gefahrenabwehr erforderlich. In diesem Zusammenhang sind die besonderen Anforderungen aufgrund der bestehenden Gefahren, z.B. Explosions- oder Brandgefahr, Einsturzgefahr, Resistenz gegen die Wirkung vorhandener Gefahrstoffe zu berücksichtigen.

Die Anwendung einer sicheren Arbeitsorganisation ist in der Gefahrenabwehr immer von der Einsatzsituation abhängig. Dies setzt bei den Führungskräften ein hohes Maß an technisch-taktischem Geschick, Führungskompetenz und Verantwortungsbewusstsein voraus. Hohe Prozessqualität, optimaler Trainingszustand und Sicherheit in der Anwendung der Unfall-Verhütungs-Vorschriften (UVV) durch die Mannschaften müssen vor deren Einsatz in der Gefahrenabwehr sichergestellt werden.

Hierzu zählt selbstverständlich auch die Bereitstellung und Nutzung vollständiger persönlicher Schutzausrüstung. Mit (in Abhängigkeit von der Aufgabenstellung) steigenden Anforderungen daran wachsen auch die Ansprüche an gesundheitliche Eignung des Einsatzpersonals, an dessen fachspezifische Ausbildung im Umgang mit der Schutzausrüstung und an das taktisch-organisatorische Vorgehen in der Gefahrensituation.

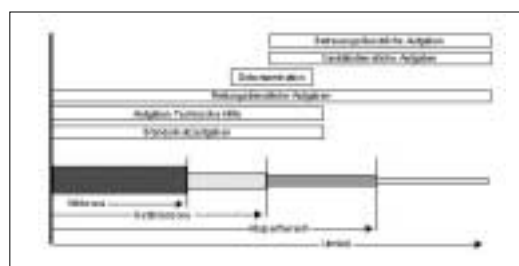


Abb. 3: Raumordnungsprinzip im GSG-Einsatz

Grundsätzliche Persönliche Schutzausrüstung (PSA)

Um den Gefahren im GSG-Einsatz nicht nur mit technischen und organisatorischen Maßnahmen entgegen treten zu müssen, ist die PSA der Einsatzkräfte des Rettungs-, Sanitäts- und Betreuungsdienstes, die hier zum Einsatz kommen sollen, der persönlichen Mindestausrüstung der Feuerwehren gemäß UVV-Feuerwehren anzupassen, weil damit ein Grundschutz gegen die allgemein einsatzüblichen Gefahren (AAAA-C-EEEE) besteht. Helfer der Fachdienste sind derzeit oft mit rettungsdienstüblicher Schutzausrüstung oder der KatS-PSA ausgerüstet, die diesem Anspruch nicht immer genügt. Grundschutz ist in diesem Sinne erreicht, wenn ein Schutzanzug, ein Feuerwehrhelm mit Nackenschutz, Feuerwehr-Schutzhandschuhe, Feuerwehr-Sicherheitsschuhwerk gemäß nationaler oder europäischer Normung zur Verfügung gestellt werden. Jeder Helfer ist zum Tragen der PSA verpflichtet, sobald er im Absperrbereich der Einsatzstelle tätig wird. Darüber hinausgehende Vorgaben durch fachspezifische UVV (z.B. Hygiene) sind ebenfalls einzuhalten.

Spezielle Persönliche Schutzausrüstung

Wird ein Helfereinsatz in der Gefahrenzone eines GSG-Einsatzes erforderlich, so ist hier eine spezielle Schutzausrüstung anzulegen. Das Maß des speziellen Schutzes wird von der Einsatzleitung definiert. Zweck dieser Schutzausrüstung ist ein geeigneter Inkorporations- und Kontaminationsschutz. Die Verwendung von Atemschutztechnik erfordert neben der gesundheitlichen Eignung des eingesetzten Helfers (nach den arbeitsmedizinischen Grundsätzen G26.2 oder G26.3) seine fachliche Ausbildung und ein ständiges Training mit den Geräten und der ergänzenden technischen Ausrüstung. Der



Oben:
Abb. 4: Beispiel PSA-Grundausrüstung

Unten:
Abb. 5: Beispiel für spezielle persönliche Schutzausrüstung



größtmögliche Kontaminationsschutz wird durch das Anlegen von Chemikalien-Schutz-Anzügen gemäß vfdb-Richtlinie möglich. Auch hierfür ist eine spezifische Ausbildung erforderlich. Derzeit kann davon ausgegangen werden, dass die Rettungs-, Sanitäts- und Betreuungsdienste nicht über solche spezielle PSA verfügen.

Persönliche Schutzausrüstung und Sonderschutzausrüstung

Darüber hinaus gehende Schutzausrüstungen werden für den Rettungs-, Sanitäts- und Betreuungsdienst nicht erforderlich, da hier andere Fachdienste mit speziellen Aufgaben Nutzer sind. Beispiele für die Sonderschutzausrüstung sind besondere Flammschutzanzüge und tiefkaltresistente Chemikalienschutzanzüge.

Einsatzstellenmanagement zur Eigensicherung

Nach allgemeiner Einschätzung ist mit PSA natürlich

nicht sichergestellt, dass kein Helfer einen Einsatzunfall erleidet. Die derzeit bei den Sanitäts- und Betreuungseinheiten im Katastrophenschutz verwendete AC-Schutzausrüstung wird hinlänglich für die tägliche Gefahrenabwehr als unvollständig und für die Wirk- und Gefahrenzone als nicht verwendbar angesehen. Der Rettungsdienst verfügt im Regelfall über keine Schutzausrüstung für den Einsatz in einer GSG-Gefahrenzone. Dies macht auch die Überlegung erforderlich, ob die technische Ausrüstung der Einheiten zum Spüren und Messen der ABC-Gefahren und die AC-Schutzausrüstung bei diesen Einheiten richtig untergebracht ist oder nicht besser verwandt werden kann.

Bei größeren Einsatzszenarien ist die sichere Einschätzung der Lage möglicherweise noch nicht abgeschlossen, wenn die Einheiten eingebunden werden. Das entbindet die Einsatzverantwortlichen aber nicht von der Sorgfaltspflicht, dem eingesetzten Helfer den größtmöglichen Schutz zukommen zu lassen.

Angesichts der derzeit vorhandenen Schutzausrüstung ist der Einsatz von Kräften des Rettungs-, Sanitäts- und Betreuungsdienstes ausschließlich im Absperrbereich und im Umfeld, in jedem Fall außerhalb der Gefahrenzone möglich.

Für die taktisch-technischen Einsatzkräfte sind an jeder GSG-Einsatzstelle Vorkehrungen auch zur Eigensicherung des im Gefahrenbereich eingesetzten Personals zu treffen. Bisher erfolgt diese wichtige Sicherungsfunktion durch Bereitstellung von Sicherungstrupps. Diese Teileinheiten verfügen über die identische Schutzausrüstung wie die bereits in der Gefahrenzone eingesetzten Kräfte. Mit vorbereiteter technischer Ausrüstung und entsprechender Sicherungstaktik werden die Einsatzkräfte gesichert. Im Bedarfsfall erhalten sie Unterstützung, indem sie fachgerecht

aus der Gefahrenzone gebracht werden. Erste medizinische Versorgung kann dann durch Rettungsdienstseinheiten erfolgen. Diese Rettungskräfte allerdings sind im Regelfall nicht extra für diese Aufgabe ausgerüstet und ausgebildet.

Dies führt zu der Forderung, dass eine eigene Struktur aufzubauen, die bei Stadtstaaten auf Landesebene, sonst auf der Ebene der Regierungsbezirke vorzuhalten ist und mit einer möglichst standardisierten, weitreichenden Bevorratung an Antidota, Dekontaminationskapazität und physischer-psychischer Versorgungskompetenz auszustatten ist. Der Einsatz dieser Einheiten unter Mitwirkung der Hilfsorganisationen sollte an den Einsatz der Feuerwehren zur Bearbeitung von GSG-Lagen gebunden sein, damit ein Zusammenwirken schon an den Einsatzstellen der täglichen Gefahrenabwehr gewährleistet ist. Besonders deutlich muss nochmals erwähnt werden, dass diese Sicherungsfunktion ausschließlich für die eingesetzten Kräfte der Gefahrenabwehr aufgebaut und im gesamten Einsatzablauf vorgehalten werden soll.

Fachdienstfunktionen des Rettungs-, Sanitäts- und Betreuungsdienstes im GSG-Einsatz

Rettungsdienst

Die Funktionen des Rettungsdienstes beziehen sich auf die in den Rettungsdienstgesetzen der Länder definierten Aufgaben. Hiernach sind durch entsprechend geschulte Ärzte und Assistenzpersonal bei verletzten und erkrankten Personen lebensrettende Maßnahmen durchzuführen, die Transportfähigkeit herzustellen und der qualifizierte Transport in weiterbehandelnde Kliniken durchzuführen.

Die Besonderheit eines GSG-Einsatzes ist, dass der Rettungsdienst seine Einsatzaufgaben innerhalb der Gefahrenzone nicht durchführen

kann. Dort, wo Berufsfeuerwehren im Rettungsdienst tätig sind, ist die qualifizierte Versorgung der Verletzten unter Berücksichtigung der Einschränkungen durch PSA sichergestellt. In allen anderen Fällen ist der Rettungsdienst darauf angewiesen, aus nötiger Entfernung Erkundungsmaßnahmen durchzuführen und die Kräfte im Gefahrenbereich aus der Distanz zu Maßnahmen anzuleiten. Dies macht die Unvollkommenheit des heutigen Systems der rettungsdienstlichen Gefahrenabwehr im GSG-Einsatz deutlich.

Vor allem bei großen Einsatzlagen mit GSG beschränken sich alle anderen rettungsdienstlichen Maßnahmen auf Errichtung einer Behandlungsstelle für den Einsatz, wenn Verletzte nach erfolgter Dekontamination die Gefahrenzone verlassen. Erst hier kann der Rettungsdienst (dann eng verzahnt mit dem Sanitätsdienst und dem Betreuungsdienst) tätig werden. Ist die Transportfähigkeit der Verletzten durch Dekontamination und medizinische Versorgung hergestellt, stellt der Rettungsdienst die erforderliche personelle und technische Kapazität für die qualifizierte Durchführung des Transportes. Diese Aufgabe bedingt in einem GSG-Einsatz möglicherweise eine umfangreiche Vorbereitung. Wenn Verletzte zu Isolierstationen oder in andere Spezialeinrichtungen transportiert werden müssen, ist der regionale Rettungsdienst oftmals durch luftgebundene Rettungsmittel oder Sonderverfahren für den Infektionstransport zu ergänzen.

Dekontaminationssichtung

Besonders wichtig für die Einsatz-Ablaufsteuerung der medizinisch-humanitären Einsatzaufgaben ist die Durchführung einer Dekontaminationssichtung. Hiermit wird festgelegt, in welcher Reihenfolge Verletzte der Dekontamination zugeführt werden sollen. Sinnvoll ist zunächst eine Tren-

nung der liegepflichtigen und nicht liegepflichtigen Personen, damit der geänderte Ablauf und erhöhte Zeitaufwand bei der Dekontamination Liegender berücksichtigt wird. Weiterhin ist es die Aufgabe des Sichtungsarztes, entsprechend der voraussichtlichen Outcome-Situation, die Reihenfolge der Verletzten im Ablauf festzulegen.

Sanitätsdienst (gemäß Raumordnung)

Der Sanitätsdienst ist bei isolierter Betrachtung das Bindeglied zwischen der Vorbereitung Betroffener und Verletzter zur Dekontamination auf der unreinen Seite der Gefahrenzone und der Weiterversorgung entweder durch den Betreuungsdienst oder durch endbehandelnde medizinische Einrichtungen des Umfeldes. Will man den Arbeitsbereich des Sanitätsdienstes beschreiben, so beginnt er an den Übergabepunkten aus der Gefahrenzone mit der Bereitstellung geeigneter Ersatzkleidung für Betroffene und begleitet die Personendekontamination im sauberen Bereich. Es werden Behandlungsstellen oder / und ein Behandlungsplatz (Verbandplatz) aufgebaut. Nach Inbetriebnahme erfolgt neben der Behandlung der Betroffenen gemäß ärztlicher Anweisung auch die Registratur der Verletzten. Die Behandlung der Verletzten erfolgt so lange, bis sie einer Weiterbehandlung zugeführt werden können. Dies ist dann auch der Übergabepunkt für die Verletzten an die Transporteinheiten des Rettungs- oder Sanitätsdienstes aus dem Umfeld der Einsatzstelle.

Derzeit sind Sanitäts- und Betreuungsdienstleistungen auch für die Verwendung zur Durchführung der Personendekontamination vorgesehen. Grundsätzlich ist das konzeptionell zu überdenken. Eine Lösung kann hier die generelle Aufgabenüberstellung an die Einheiten des Technischen Hilfswerkes sein, die derzeit

Einheiten zur weitreichenden technischen Hilfe vorhalten und entsprechend der Verwendung ihre Helfer auch mit spezieller persönlicher Schutzausrüstung ausrüsten und qualifizieren.

Betreuungsdienst (gemäß Raumordnung)

Der Betreuungsdienst hat im GSG-Einsatz die Funktion, vor, während und nach der Dekontamination neben der sozialen Betreuung bei psychischer Extrembelastung die Unterbringung und Verpflegung der Betroffenen in jeder Phase des Einsatzes durchzuführen. Je nach der Dimension des Einsatzes ist der Aufwand hierfür teilweise erheblich. Logistische und infrastrukturelle Anforderungen müssen im Vorfeld eines Einsatzes bearbeitet sein, zudem müssen Ausgabegüter, Ausstattungen der Unterkünfte und Raumplanungen bereit stehen und ständig einsatzfähig gehalten werden.

Fachdienstübergreifende Delegation

Für den GSG-Einsatz ist hier nochmals deutlich zu machen, dass wichtige Funktionen wie die Erstversorgung Verletzter und die Vorbereitung ihrer Dekontamination innerhalb der Wirk- und Gefahrenzone durch den Rettungs-, Sanitäts- und Betreuungsdienst derzeit nicht möglich ist. Diese Lücke muss zur Zeit durch fachdienstübergreifende Delegation dieser Aufgaben an diejenigen Fachdienste (Feuerwehr, THW) geschlossen werden, die in der Gefahrenzone tätig sind. Bedingung hierfür ist die Einführung einer sanitätsdienstlichen Basisqualifikation (Sanitäts-Ersthelfer) eingesetzter taktisch-technischer Kräfte in der Gefahrenzone.

Zusätzlich muss eine Koordinationsfunktion der medizinisch-humanitären Fachdienste für die Ablaufsteuerung der sanitätsdienstlichen und be-

treuungsdienstlichen Maßnahmen in der Gefahrenzone aufgebaut werden. Neben einer speziell den taktisch-technischen Belangen einer GSG-Einsatzlage angepassten Weiterbildung sollen Personen, die diese Aufgabe wahrnehmen, auch eine Führungsausbildung der Hilfsorganisationen absolviert haben. Dieser Funktion muß ein Ansprechpartner der Feuerweereinheit in diesem Einsatzraum benannt werden.

Eine weitere Voraussetzung ist die erprobte und trainierte Zusammenarbeit aller beteiligten Fachdienste innerhalb eines regionalen Einsatzbereiches unter der Leitung der seit langem bewährten Führungsorganisation. An der Gefahrenabwehrplanung müssen die Stabebenen der HVB, kompetente Fachberater, Vertreter der Hilfsorganisationen, der Feuerwehren, des THW, der ärztliche Leiter Rettungsdienste, Sprecher der LNA-Gruppen und der zuständigen Gesund-

Um Sie zu bestehen,
machen Trickdiebe auch
„Hausbesuche“.

**Wer Blumen
sprechen
läßt, ist
nicht immer
ein Rosen-
kavalier...**

Lassen Sie grundsätzlich
keine Fremden
in Ihre Wohnung!



Wir wollen,
daß Sie sicher leben.
Ihre Polizei.

AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-
SAMARITER-BUND



DEUTSCHE
LEBENS-
RETTUNGS-
GESELLSCHAFT



DEUTSCHER
FEUERWEHR-
VERBAND



DEUTSCHES
ROTES KREUZ



JOHANNITER-
UNFALL-HILFE



MALTESER-
HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITS-
GEMEINSCHAFTEN DER
HELFER IN DEN REGIE-
EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN
DES KATASTROPHENSCHUTZES
IN DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND E.V.
(ARKAT)



TECHNISCHES
HILFSWERK



Die Sonder-Einsatz-Gruppe bei Gefahrgutunfällen

Mögliche Organisation und Voraussetzungen für eine Implementierung

Einsatzstellen mit einer Gefährdung durch die Wirkmechanismen von Chemikalien, z. B. Unfälle mit Gefährlichen Stoffen und Gütern (GSG), stellen Rettungs- und Sanitätsdienst vor eine besonders schwierige Aufgabe:

Wegen der Wirkung der freigesetzten Chemikalien bedarf diese Einsatzstelle einer besonderen Raumordnung. Wirk- und Gefahrenzone werden deutlich gekennzeichnet, der Absperrbereich grenzt die Einsatzstelle vom Umfeld ab. Müssen Helfer in der Wirk- oder Gefahrenzone tätig werden, ist das Tragen einer persönlichen Schutzausrüstung (PSA) zwingend erforderlich.

Rettungs- und Sanitätsdienst sind in aller Regel nicht ausgerüstet und ausgebildet, um in der Wirk- oder Gefahrenzone einer GSG-Einsatzstelle tätig zu werden. Betroffene erhalten dort nur dann eine rettungsdienstliche Erstversorgung, wenn Einsatzkräfte der technischen Gefahrenabwehr aufgrund ihrer Rettungsdienst- oder Sanitätsausbildung eine medizinische Versorgung durchführen können. Darum erfolgt eine medizinische Versorgung meistens erst mit erheblichem Zeitverzug, nachdem Verletzte dekontaminiert und aus dem Gefahrenbereich geschleust wurden. Darüber hinaus sind diagnostische und therapeutische Maßnahmen in der Gefahrenzone durch die persönliche Schutzausrüstung der Einsatzkräfte (Atemschutz, Chemikalien-Schutz-Anzug) stark beeinträchtigt.

Sind mehrere Betroffene an einer GSG-Einsatzstelle verletzt, kann der medizinische

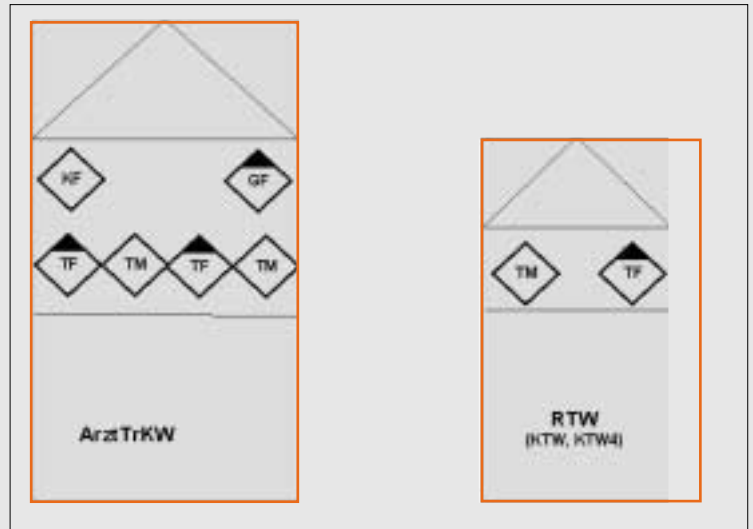


Abb. 1: Beispiel der personellen und materiellen Dimension einer SEG-GSG.

Leiter vor Ort (NA, LNA) nur von der Absperrung der Gefahrenzone aus die Betroffenen sichten und die Reihenfolge ihrer Dekontamination festlegen. Auch steht ihm kein RD-Personal zur Verfügung, an das er diese Aufgabe delegieren oder das er mit diagnostischen Aufgaben beauftragen könnte.

Im Falle einer plötzlichen akuten Erkrankung wegen der physischen Belastung durch PSA oder eines Eigenunfalls der Einsatzkräfte in der GSG-Gefahrenzone ist das gleiche Verfahren der Ausschleusung erforderlich, das die medizinische Versorgung verzögert.

Lösungsansatz SEG-GSG

Soll eine medizinische Versorgung Betroffener schon in der Wirk- und Gefahrenzone einer GSG-Einsatzstelle erfolgen, kann die Implementierung einer sanitäts- und rettungsdienstlichen Sonder-Ein-

satz-Gruppe eine Möglichkeit für die Hilfsorganisationen sein, sich in dem bisher nicht optimal ausgefüllten Tätigkeitsfeld der Gefahrenabwehr einzubringen. Im Folgenden soll durch die Darstellung der Aufgaben, der möglichen Organisation und der Voraussetzungen für eine Implementierung einer SEG-GSG die Diskussionen innerhalb der Hilfsorganisationen über eine solche Beteiligung angestoßen werden.

Der Einsatz der SEG-GSG hat folgende grundsätzliche Zielsetzung:

- Medizinische Versorgung von Verletzten in Gegenwart chemischer Gefahren.
- Unterstützung bei der ärztlichen Dekontaminations-sichtung und Betreuung der Betroffenen während der Dekontamination.
- Sicherung aller Einsatzkräfte durch Bereitstellung ei-

Arbeiter-Samariter-Bund

nes medizinischen Eingreifkaders.

Für diese Aufgaben sind von der SEG-GSG die personellen, technischen, logistischen und organisatorischen Voraussetzungen zu erbringen. Die SEG-GSG unterstellt sich dem Einsatzleiter vor Ort und erhält von ihm auch die Einsatzaufträge.

Organisation

Für den Aufbau und den Betrieb einer SEG-GSG müssen zunächst Standortfragen geklärt sein. Häufig werden die Gefahrgutzüge der Feuerwehren, z. B. auf Kreisebene von verschiedenen Standorten, zusammengezogen, um die bereits vor Ort tätigen Feuerwehreinheiten zu unterstützen. So ergibt sich ein weiträumiger Einsatzbereich, der als Muster für den Zuständigkeitsbereich einer SEG-GSG gelten kann.

Diskussionsbasis ist hier eine SEG in Gruppenstärke (1/7/8), technisch mit einer Behandlungskomponente (ArztTrKW) und einer Transportkomponente (RTW, KTW, KTW4) ausgestattet (Abb. 1). Wesentlich für den Einsatzablauf der SEG ist, dass die Transportkomponente der Einheit zunächst nicht für den Transport Verletzter, sondern für deren Versorgung auf der „sauberen Seite“ der Einsatzstelle in dem Absperrbereich dienen soll. Der ArztTrKW transportiert das Personal und Material für den Einsatz im Gefahrenbereich und ein Materialdepot zur Bereitstellung außerhalb dieses Bereiches.

Während die Transportkomponente der SEG-GSG normativ gemäß DIN, EN oder STAN ausgerüstet sein sollte, sind an den ArztTrKW besondere Anforderungen gestellt. Es empfiehlt sich, ein Zelt, eine Vielzahl von Tragen und andere Ausrüstungsgegenstände durch besonderes Versorgungsmaterial (z. B. Trinkwasser, Versorgungssets Atmung, Kreislauf, Verbrennungen) so-

wie Antidota und Therapeutika bei Chemieunfällen zu ersetzen. Einsatzunterlagen, Entsorgungsbehälter, Ersatzkleidung und ggf. Infektionsschutzsets für Einsätze mit hochkontagiösem Material sollten nicht fehlen.

Das Personal muss mit PSA gemäß UVV-Feuerwehren ausgerüstet sein. Die Sonder-Schutzausrüstung (z. B. Atemschutz, Chemikalienschutz) sollte von den Gefahrgutzügen der Feuerwehren bereitgestellt werden können.

Abb. 2: Beispiel einer Ausbildungsstruktur der SEG-GSG.

Funktion	Fachausbildung	Zusatzausbildung
Gruppenführer	RA	AT-Geräteträger, CSA-Träger, Führungsausbildung
Truppführer	RA oder RS	AT-Geräteträger CSA-Geräteträger Führungs-Grundausbildung
Truppmann	Sanitätsdienst- helfer	AT-Geräteträger, CSA-Geräteträger,
Kraftfahrer	Sanitätsdienst- helfer	AT-Geräteträger, CSA-Geräteträger,

Ausbildung

Alle Mitglieder der SEG-GSG müssen die gesundheitliche Eignung nach dem arbeitsmedizinischen Grundsatz G26-III erfüllen und als Atemschutz-Geräteträger und CSA-Träger nach Richtlinien der Feuerwehr ausgebildet sein. Neben der Fachausbildung im Sanitäts- und Rettungsdienst ist eine medizinische und technische Fort- und Weiterbildung im Bereich der Chemie-Gefahrenabwehr wünschenswert. Für den Gruppenführer ist eine Führungsausbildung der Hilfsorganisationen (Unterführer-/Führerausbildung oder integrierte Führungsausbildung, z. B. Führen von Einheiten, Grundausbildung und Aufbaulehrgang des ASB) erforderlich (Abb. 2).

Zusammenarbeit mit der Gefahrenabwehr

Für den Einsatz einer SEG-GSG ist eine konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten

der Gefahrenabwehr auf Standortebene erforderlich. Die Feuerwehren müssen die Fachausbildung für Atemschutz und CSA-Träger durchführen und vor allem die Einsatzrüstung zur Verfügung stellen. Die Träger der Gefahrenabwehr müssen die SEG-GSG finanzieren, den nötigen Rechtsrahmen schaffen und die Einbindung in die Alarm- und Ausrückordnung durchführen. Die Hilfsorganisationen müssen ihre Einsatzbereitschaft sicherstellen. Ärzte und Fachbe-

rater für die Abwehr von chemischen Gefahren müssen Fachfortbildungen durchführen. Alle beteiligten Einsatzkräfte müssen das Zusammenwirken regelmäßig trainieren, damit ein optimierter Ablauf sichergestellt ist.

Die wichtigste Voraussetzung für das Entstehen einer SEG-GSG und die erfolgreiche Zusammenarbeit mit allen Beteiligten bei der medizinischen Versorgung Betroffener an GSG-Einsatzstellen, ist die Bereitschaft des Personals der Hilfsorganisationen, sich ehrenamtlich hierfür zu engagieren, auszubilden und einzusetzen.

Jürgen Schreiber
Leiter Fachausbildung
Führen von Einheiten
ASB Bremen





Die Deutsche Jugendfeuerwehr – ein spritziges Team

17. Deutscher Jugendfeuerwehrtag im Saarland

245.000 Kinder und Jugendliche zählt die Deutsche Jugendfeuerwehr (DJF) im Deutschen Feuerwehr Verband (DFV) derzeit in 16.300 Gruppen. Zum 17. Deutschen Jugendfeuerwehrtag vom 30.08.2001 – 02.09.2001 in Saarlouis und Dillingen erwarten die Veranstalter 15.000 Gäste, Besucher und Teilnehmer.

Aktionen, Spaß, Information und Mitbestimmung wird die DJF als Nachwuchsorganisation des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) bei ihrem Verbandstag vom 30.08. – 02.09.2001 im „königlichen“ Saarlouis und der Stahl-Stadt Dillingen ihren Besuchern bieten.

Höhepunkte dabei sind: die Mega-Disco am 31.08.2001 in der Dillinger Eissporthalle mit der Gruppe „Rollsplit“, eine jugendpädagogische Messe am 31.08.2001 und 01.09.2001 in der Stadthalle Dillingen, der eigentliche Verbandstag am Samstag, den 01. September 2001, ebenfalls in der Dillinger Stadthalle und ein Aktions- und Erlebnis-Event am selben

Tag rund um den „Großen Markt“ in Saarlouis. Dabei sind unter anderem der Kabarettist Detlef Schönauer alias „Jacques Bistro“, der Liedermacher „Eddi Zauberfinger“ und der Artist Willi Himbert. Jugendfeuerwehren aus allen Bundesländern begeistern mit Bühnenbeiträgen, Spielen und Aktionen rund um das Thema „Feuer und Wasser“.

Mitmachen lohnt sich auch, weil eine Tombola des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) mit attraktiven Preisen zum Jugendspektakel lockt. Der Tombola-Erlös kommt der



Jeder Handgriff muss sitzen! Jugendfeuerwehr im Wettkampffieber. (Foto: Cramer)

Stiftung „Hilfe für Helfer“ zugute, die sich um Feuerwehrmensch nach traumatischen Einsatzerfahrungen kümmert. Krönender Abschluss des Mitmach-Festes in Saarlouis ist eine vierstündige Bühnenshow gestaltet durch das Jugendradio „Unser Ding“ des Saarländischen Rundfunks und der Pop-Gruppe „GLOW“.

Zu dem alle 4 Jahre stattfindenden Großereignis der Deutschen Jugendfeuerwehr erwartet die Deutsche Jugendfeuerwehr rund 15.000 Besucher, Gäste und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet und dem angrenzenden Ausland. Schirmherrin der Veranstaltung ist Bundesministerin Dr. Christine Berg-

Viel Spaß für wenig Geld!

„Aktionspaket 1“ für 75,- DM (Anreise Do., 30.08 zum Abendessen, Abreise So., 02.09. nach dem Mittagessen),

„Aktionspaket 2“ für 62,50 DM, (Anreise Fr., 31.08 zum Mittagessen – Abreise So. 02.09. nach dem Mittagessen),

„Aktionspaket 3“ für 47,50 DM, (Anreise Fr., 31.08. zum Mittagessen – Abreise Sa. 01.09. nach dem Abendessen),

„Aktionspaket 4“ für 27,00 DM, (eintägig, Fr., 31.08 oder Sa., 01.09, inklusive Mittag- u. Abendessen, ohne Übernachtung)

Die Übernachtung erfolgt in Gemeinschaftsunterkünften.

Anmelden kann man sich bei:

**Deutsche Jugendfeuerwehr, Sekretariat,
Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn,**

Telefon 0228 / 952910, E-mail: djf.bonn@t-online.de

mann, die persönlich in Saarlouis und Dillingen anwesend sein wird.

Also, Rucksack packen, Schlafsack und Isomatte zusammen rollen und los zum 17. Deutschen Jugendfeuerwehrtag vom 30.08.2001 -

02.09.2001 nach Saarlouis und Dillingen! Bei eigener Anreise sind die Kosten für das Erlebnis-Wochenende günstig.

Weitere Informationen findet man unter: www.jugendfeuerwehr.de

Franz-Peter Cramer

Bauordnungen neu gefasst werden.

DFV-Präsident Schäuble: „Überlassen Sie die Beurteilung und Überwachung der Gefahr nicht selbst ernannten und dem Auftraggeber verpflichteten Sachverständigen und Sicherheitsplanern - verlassen Sie sich lieber auf die Feuerwehr und die Fachbehörden in den Kommunen, den Landkreisen oder bei der Landesregierung, denn dort wird viel Wissen und Erfahrung in die Planungen eingebracht und vorbeu-

Feuerwehren eröffnen bundesweite Aktionswoche

Verbandspräsident Schäuble: „Installieren Sie Rauchmelder!“

Mehr als 600 Menschen sterben in Deutschland jährlich bei Bränden, 6000 werden schwer verletzt. „Installieren Sie Rauchmelder, denn Rauchmelder retten Leben!“ appelliert deshalb Gerald Schäuble, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV). In Ihrer bundesweiten Aktionswoche wollen Deutschlands Feuerwehren für die kleinen Lebensretter werben.

Schäuble forderte bei der Auftaktveranstaltung am Hestag in Dietzenbach: „Die Möglichkeiten zur Früherkennung der Brandgefahr müssen einen neuen Stellenwert bekommen.“

Dafür will Hessens Innenminister Volker Bouffier sorgen. Er sagte den Feuerwehren seine Unterstützung zu. Vorbilder sind für Bouffier die Vereinigten Staaten mit Rauchmeldern in mehr als 80 Prozent und Schweden mit den stillen Wächtern in mehr als 50 Prozent der Privathaushalte.

Bouffier: „Vielleicht gelingt es uns, eine so kreuzverknüpfte Sache so auf den Weg zu bringen, aber vielleicht müssen wir im Sinne der Gefahrenabwehr über eine Gesetzesinitiative nachdenken. Mir wäre es lieber ohne - weil es auf der Hand liegt, dass es eine sinnvolle Sache ist. Wenn wir das Thema Rauchmelder so unter die Leute bekommen, dass es gesetzlichen oder bürokratischen Aufwandes nicht bedarf,



DFV Präsident Gerald Schäuble plädiert für Vorsorge durch Rauchmelder.

(Foto: Schramm)

dann haben wir gemeinsam Großes vollbracht.“

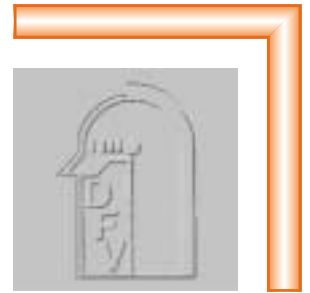
Die Feuerwehren setzen auf eine wirkungsvolle Lösung. Ralf Ackermann, DFV-Vizepräsident und Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Hessen: „Die Zahl der Brandtoten ließe sich erheblich reduzieren, wie die Zahlen aus anderen Ländern zeigen, die gesetzliche Regelungen haben.“ Er habe die Hoffnung, „dass dieses wichtige Thema ‚Rauchmelder helfen Leben retten‘ auch beherzt angegangen wird“.

Darüber hinaus hat der DFV anlässlich seiner Aktionswoche an Behörden und Politiker appelliert, die vorbeugende Gefahrenabwehr nicht aufzuweichen, wenn

gend an die Abwehr von Gefahren gedacht.“

In dem von den Vereinten Nationen ausgerufenen „Jahr der Freiwilligen“ forderte Schäuble zudem, die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu verbessern. In Deutschland sind mehr als eine Million Männer und Frauen in 24 700 Freiwilligen Feuerwehren aktiv. Der Staat müsse das Ehrenamt neu bewerten, „seine fiskalischen Interessen einstellen und Rahmenbedingungen schaffen, die das Ehrenamt tragen und auch in Zukunft attraktiv und möglich machen“. Schäuble erinnerte in dem Zusammenhang an das Motto der Aktionswoche: „Feuerwehr - ohne uns wird's brenzlig.“

(sö)





Rotes Kreuz weiter zuständig für Suchdienst

Neue Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium des Innern
und dem Deutschen Roten Kreuz

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) ist weiterhin zuständig für den Suchdienst in Deutschland. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem DRK und dem Bundesministerium des Innern (BMI) wurde am 8. Juni 2001 von DRK-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Knut Ipsen und der Staatssekretärin im BMI, Brigitte Zypries, in Bonn unterzeichnet.

In die neue Suchdienst-Vereinbarung sind die klassischen Nachforschungsaufgaben im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg aufgenommen worden. Insbesondere wurde dem DRK-Suchdienst die Nachforschung nach Kriegs- und Zivilgefangenen und nach Wehrmachtsvermissten und Zivilverschleppten des zweiten Weltkrieges übertragen. Nachgeforscht werden soll auch nach Insassen der ehemaligen sowjetischen Speziallager in der früheren SBZ bzw. DDR.

Darüber hinaus enthält die Vereinbarung Aufgaben im Bereich der Familienzusammenführung von Deutschen und deren Angehörigen aus den Aussiedlungsgebieten auf der Grundlage der verschiedenen gesetzlichen Möglichkeiten. Übertragen wurde dem DRK auch die Aufgabe eines Hilfs- und Beratungsdienstes (materielle und gesundheitsfürsorgereiche Hilfen) für deutschstämmige Personen und deren Familien die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht ausreisen können oder wollen sowie der Suche nach Personen, die durch Katastrophen, Konflikte oder andere Ereignisse mit politischem Hintergrund von einander getrennt wurden.

Der DRK-Suchdienst ist auch über 55 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach wie vor in großem Umfang mit der Aufarbeitung der Folgen beschäftigt. So sind

z. B. immer noch rd. 1,4 Millionen der dem DRK-Suchdienst gemeldeten Schicksale von deutschen Wehrmachtsangehörigen und Zivilverschollenen ungeklärt. Die Angehörigen, von denen ein großer Teil die Vermissten noch persönlich gekannt haben, wissen nicht, was aus ihnen geworden ist.

Ferner bitten deutsche Volkzugehörige, die in den ehemaligen Ostblockstaaten leben, den DRK-Suchdienst um Hilfe bei der Suche nach ihrer eigenen Identität oder bei der Suche nach ihren Angehörigen, von denen sie zum Teil seit Kriegsende durch Vertreibung, Verschleppung und Zwangsumsiedlung oder durch Ausreise getrennt sind, sowie um Hilfe bei der Familienzusammenführung und um Hilfen zum Lebensunterhalt bzw. um Gesundheitshilfen.

Die Bundesregierung ist sich der hohen Verantwortung für diese Menschen, die immer noch unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges leiden, bewusst und fördert deshalb die Arbeit des DRK-Suchdienstes, basierend auf der sogenannten Suchdienst-Vereinbarung, die am 28. Mai 1958 zwischen dem damaligen Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Übergegangen in der Zwischenzeit in das Bundesministerium des Innern) und dem damaligen Präsidenten des DRK, Dr. Heinrich Weitz, unterzeichnet wurde.

Da diese Vereinbarung nach über 40 Jahren einer inhaltlichen und redaktionellen Überarbeitung bzw. Aktualisierung bedurfte, haben das Bundesministerium des Innern und die Suchdienst-Leitstelle im DRK-Generalsekretariat in enger Zusammenarbeit mit den DRK-Suchdiensten Hamburg und München eine neue Suchdienst-Vereinbarung erar-

beitet, die den aktuellen Gegebenheiten Rechnung trägt und die nach wie vor wichtige humanitäre Arbeit des DRK-Suchdienstes für die nächsten Jahre auf ein sicheres Fundament stellt.

Die neue Vereinbarung sieht auch vor, dass der DRK-Suchdienst bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben auf der Grundlage der Gegenseitigkeit eng mit anderen amtlichen Suchdiensten (Kirchlicher Suchdienst, Internationaler Suchdienst) und Einrichtungen mit angrenzender Aufgabenstellung (Deutsche Dienststelle – WAST, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge) zusammenarbeitet.

DRK begrüßt Zuwanderungsbericht

Das DRK begrüßt die bislang erste systematische, unverkrampfte Auseinandersetzung auf politischer Ebene mit dem Thema Zuwanderung, ihrer Regelung und Gestaltung. Der von der Unabhängigen Kommission Zuwanderung vorgestellte Bericht, läßt einen breiten gesellschaftlichen Konsens erwarten. Das DRK unterstreicht insbesondere das Bekenntnis zu humanitären Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber Verfolgten und Flüchtlingen.

Das DRK befürwortet die Anerkennung der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Spätaussiedlern, deren Zuzug nicht weiter beschränkt werden soll. Es unterstützt die Forderung nach der Schaffung von Rahmenbedingungen für die Förderung der Integration von Zuwanderern.

Kirchentagspräsident Dolde spricht Johannitern seinen Dank aus



Mit rund 700 Helfern waren die Johanniter während der Dauer des 29. Evangelischen Kirchentages in Frankfurt/M. im Einsatz.

3.708 Beförderungen führte der Behindertenfahrdienst der Johanniter, der täglich im Zweischichtbetrieb angeboten wurde, auf dem 29. Evangelischen Kirchentag in Frankfurt/Main durch. Der Behindertenfahrdienst funktionierte dabei reibungslos. Die Wartezeiten betragen durchschnittlich unter 10 Minuten. Zeicheneten sich vereinzelt verkehrsbedingte Verspätungen ab, wurde die Organisationsleitung des Kirchentages sofort prophylaktisch informiert. Insgesamt äußerten sich daher alle Beteiligten, insbesondere die Kirchentagsleitung und die Behinderten äußerst positiv über diese Leistung und beschrieben diese als die beste seit 10 Jahren.

400 Mitarbeiter sorgten für den Sanitäts- und Rettungsdienst an allen Veranstaltungsorten des Kirchentages. Die Einsatzstrategie, Einsatzabschnitte zu bilden und die jeweiligen Abschnittsleiter eigenverantwortlich zur Verfügung stehendes Personal und Material koordinieren zu lassen, hat sich hierbei über die gesamte Länge der Veranstaltung bewährt. Während nach Auskunft der Organisationsleitung innerhalb von vier Tagen 150.000 Menschen den Kirchentag besuchten, mußten die Johanniter rund 170 Notfalleinsätze fahren und fast 1100-mal medizinische Hilfe leisten.

Zusätzlich bot die Johanniter-Jugend mit 165 Freiwilligen eine speziellen Begleit- und Schiebedienst für Menschen mit Behinderungen an. Das



Der Behindertenfahrdienst der Johanniter funktionierte reibungslos.

Engagement der Jugendlichen war dabei so hoch, dass sie in Zusammenarbeit mit der Organisationsleitung auch im Behindertenfahrdienst als Begleiter eingesetzt wurden.

Einsatzleiter Günther Lohre freute sich über den problemlosen Verlauf. „Unsere Helferinnen und Helfer haben hier in Frankfurt besonderes Engagement und eine hohe Leistungsbereitschaft gezeigt“, so Lohre. Insgesamt waren die Johanniterinnen und Johanniter fast 25.000 Stunden im Einsatz, selbstverständlich ehrenamtlich. Seinen besonderen Dank sprach Lohre der Johanniter-Jugend aus, die mit Begeisterung und viel Herzblut ihre Dienste wahrgenommen habe.

Viel Lob gab es auch von Seiten der Organisationsleitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Die Zusammenarbeit auf allen Dienstebenen hätte von Anfang an hervorragend geklappt, sagte der Kirchentagsgeschäftsführer Hartwig Bodmann. Die Johanniter hätten sich sehr einsatz- und dienstleistungsorientiert

gezeigt. „An den Johannitern schätze ich ihre besondere Motivation“, so Bodmann wörtlich. Keine Frage für Bodmann, das die Johanniter auch beim ökumenischen Kirchentag in Berlin 2003 wieder mit dabei sind.

Jürgen Wanat, 45, Kirchentagsbeauftragter der JUH:

Aus meiner Sicht war dies ein hervorragender Einsatz, der beste in den vergangenen zehn Jahren. Dies ist mein sechster Kirchentag, das erste Mal war ich in München als Einsatzleiter dabei. Veranstaltungen habe ich mir leider keine ansehen können. Ich bin genau zweimal über den Markt der Möglichkeiten gegangen. Von Dienstag bis Sonntag habe ich jeden Tag 17 Stunden gearbeitet. Im Vergleich zu anderen Kirchentagen war die Stimmung hier sehr gelöst, das gilt sowohl für die Teilnehmer als auch für die Organisationsleitung.

14 Malteser in der Wüste

Im Auftrag des Auswärtigen Amtes in Kuwait



Seit knapp 6 Jahren stellt der Malteser Auslandsdienst das offizielle deutsche medizinische Kontingent der UN-Friedensmission UNIKOM (United Nations Iraq Kuwait Observation Mission). Im Auftrag des Auswärtigen Amtes wird alle sechs Monate ein neues Team der Malteser nach Kuwait entsandt.

Seit dem Ende des Golfkrieges 1991 ist es Aufgabe von UNIKOM, die Sicherheit und die Unverletzlichkeit der 210 Kilometer langen Grenze zwischen dem Irak und Kuwait einschließlich der Wasserwege der nördlichen Spitze des persischen Golfes zu überwachen. In der Mission arbeiten ca. 1.300 Militärs und 200 Zivilisten aus 53 Nationen. Das Hauptquartier der Mission liegt direkt nördlich der Grenze auf irakischem Gebiet. Hier befindet sich auch das kleine Hospital der Malteser. Behandlungsräume, ein Operationssaal sowie zehn stationäre Betten ermöglichen eine Behandlung, die deutlich über eine Grundversorgung hinausgeht.

Zum Auftrag des German-Medical-Teams gehören die medizinische Versorgung aller UN-Angehörigen, die Überwachung und Betreuung aller medizinischer Belange in der Mission sowie humanitäre Hilfe für die einheimische Bevölkerung. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, sind fünf Ärzte und Ärztinnen, zwei Krankenschwestern und sieben Rettungsassistenten in dem großen Einsatzgebiet ständig unterwegs.

Neben der Krankenbehandlung führen sie Hygieneinspektionen durch und halten Erste-Hilfe-Kurse in englischer Sprache. Zwei Rettungsassistenten sind rund um die Uhr auf

Humanitäre Hilfe für die einheimische Bevölkerung gehört auch zu den Aufgaben des German-Medical-Teams der Malteser.



Außenposten in der Wüste stationiert, um schneller vor Ort zu sein, wenn sich wieder einmal ein Minenunglück oder ein Autounfall in der Wüste ereignet. Dann fahren sie zum Unfallort, leisten die Erstver-



Erste-Hilfe-Ausbildung bei über 40° im Schatten. (Fotos: MHD)

sorgung und alarmieren den Rettungshubschrauber, der mit dem Notarzt und einem weiteren Rettungsassistenten aus dem Hauptquartier kommt. Von den Minenunglücken sind meist irakische Nomaden betroffen, die ihren Kamelen auf jahrhundertealten Routen folgen.

Durch die nunmehr seit fast zehn Jahren bestehenden Sanktionen gegen den Irak ist das Gesundheitswesen für die Bevölkerung in diesem Land

weitgehend zusammengebrochen. Ist das Verhältnis zwischen der UNO und dem Irak wieder einmal sehr gespannt, wird den Patienten häufig der Zugang zu dem kleinen Malteserhospital verwehrt.

Nicht nur solche Ereignisse stellen für das Team eine erhebliche Belastung dar. Auch die Abgeschiedenheit und die extremen klimatischen Bedingungen - in den Sommermonaten gibt es Temperaturen selten unter 40 Grad und oft bis zu 62 Grad im Schatten - machen den Einsatz der Malteser zu einer besonderen Herausforderung. Auch Improvisationstalent ist in der medizinischen Station gefragt, wenn zum Beispiel Blutkonserven benötigt werden oder drei Minenopfer gleichzeitig transportiert und behandelt werden müssen.

Das Kennenlernen fremder Kulturen und der Kontakt mit einer Vielzahl von Nationen machen jedoch den Reiz dieses Einsatzes aus. Neben dem Kontakt mit Kollegen des kuwaitischen Rettungsdienstes und der lokalen Krankenhäuser schwärmen die Mitarbeiter von der reibungslosen Zusammenarbeit mit den Militärs aus aller Welt. Als einziges ziviles Kontingent in der Mission hat sich GerMed inzwischen einen hervorragenden Ruf erarbeitet.

Zehn Jahre Regieeinheit Oberspreewald-Lausitz



Weiterbildung ist unverzichtbar: Die Helfer der ABC-Gruppe bei der Ausbildung im Gelände.

Alljährlich zum ersten Septemberwochenende begeben die Helfer und Helferinnen der Einheiten des Zivil- und Katastrophenschutzes im Landkreis Oberspreewald-Lausitz ihren „Tag des Helfers“.

Der Bevölkerung wird das breite Spektrum der vorhandenen Einsatzfahrzeuge, der Ausrüstungen und Geräte sowie die Vielfalt der fachdienstbezogenen Aufgaben öffentlich präsentiert.

In diesem Jahr wird der „Tag des Helfers“ am 08. September 2001 für die Kommunale Regieeinheit des Landkreises Oberspreewald-Lausitz zu einem besonderen Tag. Die Helfer und Helferinnen dieser Einheit feiern ihr 10-jähriges Bestehen.

Im Jahre 1991 wurden die noch aus der ehemaligen Zivilverteidigung der DDR stammenden Einsatzfahrzeuge und Ausrüstungen von ihnen übernommen und in der Regie des Landkreises Oberspreewald-Lausitz bis heute genutzt. Seit Herbst 1997 ist die Regieeinheit im Katastrophenschutzzentrum Großräschen untergebracht.

Es wurde eine Fernmelde-, Dekontaminations-, Instandsetzungs- und Verpflegungsgruppe mit einer Stärke von 50 Helfern aufgebaut.

In den zurückliegenden zehn Jahren ihrer Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz haben die Helfer und Helferinnen

der Kommunalen Regieeinheit mit Unterstützung des Landkreises ihre Einsatzmöglichkeiten stetig fortentwickeln können.

1997 im Katastropheneinsatz an der Oder bewährten sich die Helfer bei der Deichsicherung, Evakuierung und den ihnen zugewiesenen logistischen Aufgaben.

Neben der fachdienstbezogenen Standortausbildung werden integrierte Ausbildungs- und Übungsveranstaltungen mit anderen Katastrophenschutzeinheiten des Landkreises durchgeführt. So findet unter der Leitung der Fernmeldegruppe der Kommunalen Regieeinheit alle 2 Jahre eine gemeinsame Fernmeldeübung der Einheiten des Zivil- und Katastrophenschutzes des Landkreises statt.

Zweck dieser Übungen ist es, die Einsatzfahrzeuge der Kommunalen Regieeinheit, des Sanitätsdienstes und des Betreuungsdienstes nach Koordinaten der topografischen Karte zu verschiedenen Einsatz- und Bereitstellungsräumen im gesamten Landkreis in Marsch zu setzen. Den Abschluss der meist nächtlichen Übung bilden kommunikationsfördernde Beiträge der Verpflegungsgruppe.

Mit der Aufstellung der ABC-Schutz-Komponenten durch den Bund und der damit verbundenen Neuzuweisung

von Einsatzfahrzeugen und Technik hat sich auch bei der Kommunalen Regieeinheit des Landkreises Oberspreewald-Lausitz ein erweitertes Profil ergeben.

Aufgrund des bestehenden chemischen Gefahrenpotentials, bestimmt durch den BASF-Standort Schwarzheide, hatte das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg der Kommunalen Regieeinheit für den Aufbau einer ABC-Einheit im Landkreis, eine Gruppe Dekontamination-Geräte sowie eine ABC-Erkundungsgruppe einschließlich der zugehörigen Einsatzfahrzeuge zugewiesen. Diese Entscheidung wurde dadurch begünstigt, dass die Helfer der Dekontaminationsgruppe der Kommunalen Regieeinheit bereits mit den Aufgaben im ABC-Schutz vertraut waren und über einen entsprechenden Ausbildungsstand verfügten.

Auch die Fernmeldegruppe der Kommunalen Regieeinheit wird seit der Inbetriebnahme der modernsten Test- und Rennstrecke im Landkreis Oberspreewald-Lausitz, dem Eurospeedway/Lausitzring, zunehmend zur Absicherung von Großveranstaltungen mit mehr als 50.000 Besuchern eingesetzt.

Die Helfer der Fernmeldegruppe dienen der Unterstützung der Einsatzleitung vor Ort bei Großschadensfällen. Über die funk- und fernmeldetechnische Unterstützung hinaus, ist eine Bildübertragung des Einsatzgeschehens möglich. Gerade durch die häufige Einbindung von Einsatzkräften der Kommunalen Regieeinheit in sicherheitsrelevante Veranstaltungen im Landkreis ist diese Einheit in den vergangenen Jahren zu einem festen und öffentlich anerkannten Bestandteil der Gefahrenvorsorge avanciert.

Die Helferinnen und Helfer der Kommunalen Regieeinheit sind in dem 1995 gegründeten ARKAT im Land Brandenburg e.V. organisiert.

C. Klein, Senftenberg





Humanitäre Soforthilfe mit Langzeitwirkung

Kein Widerspruch für das THW in Indien

Humanitäre Soforthilfe und die Nachhaltigkeit von Hilfsmaßnahmen müssen kein Widerspruch sein, im Gegenteil. Dies belegt der Einsatz des THW in Indien. Was als Einsatz der Schnelleinsatz Einheit für Bergungseinsätze (SEEBA) wenige Stunden nach dem verheerenden Erdbeben im Januar in der indischen Provinz Gujarat begann, wird voraussichtlich im August nach rund einem halben Jahr einen hervorragenden Abschluss finden.

Die Arbeiten waren ebenso unterschiedlich wie die Auftraggeber und die Geldgeber, die das THW in Indien einsetzen. Dennoch zeigt die sinnvolle Abfolge der Einsatzschwerpunkte deutlich die Vielfalt der Einsatzoptionen des Technischen Hilfswerkes - nicht zuletzt als Instrument der Bundesregierung für die Humanitäre Hilfe im Ausland.

Und wenn dann der letzte der rund 130 THW-Angehörigen von seinem Einsatz in der Region um Bhuj zurückgekehrt ist, kann man ruhigen Gewissens sagen, dass den Menschen im Erdbebengebiet nachhaltig geholfen werden konnte, auch wenn das Schicksal der Menschen in Indien längst durch andere Schlagzeilen aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verdrängt wurde.

Einsatzablauf

Doch nun zur Chronologie des Einsatzes: Zwei Tage nach dem Beben treffen 25 THW-Erdebenexperten mit sechs Rettungshunden und Tonnen hochmoderner technischer

Ausstattung mit einer eigens gecharterten Iljuschin in Indien ein. Komplettiert wird die Mannschaft einen Tag später durch fünf weitere THW-Helfer, die auf Wunsch der indischen Regierung weitere Rettungsausstattung in das Erdbebengebiet bringen. Finanziert wird der rund einwöchige Einsatz aus den Mitteln des Arbeitsstabes Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes.

Die THW-Helfer befreien zwei Menschen lebend in mehrstündigen und schwierigen Rettungsaktionen aus meterhohen Betonrömmern. Beinahe parallel beginnen Infrastruktur- und Wasserexperten des THW mit einer kurzen Erkundung möglicher Anschlussprojekte. Knapp zehn Tage nach dem Beben erhält das THW den Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung (BMZ), gemeinsam mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) die Trinkwasseraufbereitung zu übernehmen. Mit den Arbeiten kann ohne Verzögerung begonnen werden, da die Trinkwasserexperten auf die gesamte in Bhuj verbliebene Campausstattung der SEEBA sowie mehrere Fahrzeuge zurückgreifen können.

Verlängerung wurde notwendig

Aus den ursprünglich anvisierten 100 Tagen sind inzwischen mehrere Monate geworden. Aufgrund der schlimmen Situation im Einsatzland und guten Leistungen des THW ist der Auftrag der ehrenamtlichen Helfer aus Deutschland erweitert und verlängert worden.



170.000 Liter Trinkwasser für öffentliche Einrichtungen liefern täglich die ehrenamtlichen Helfer des THW. (Foto: Betzelt)



Zwei Tage nach dem Erdbeben suchten 25 THW-Erdbebenexperten mit Rettungshunden und Spezialgeräten nach Verschütteten. (Foto: Weber)

Mit mobilen und aus Deutschland mitgeführten Trinkwasseraufbereitungsanlagen produzieren die ehrenamtlichen Helfer noch bis Ende August täglich rund 170.000 Liter Wasser für Hospitäler, Schulen und Großküchen. Von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurde das THW-Team in Bhuj inzwischen zur „Leading Agency“ ernannt. In dieser Funktion berät es andere Organisationen und übernimmt für sie die Wasseranalyse im THW-eigenen Labor. Verteilt wird das lebensnotwendige Wasser in angemieteten Tanklastwagen von einheimischen Arbeitskräften an 30 verschiedene Anlieferungsstellen in Bhuj und Anjar.

Zusammenarbeit mit der WHO

Damit auch nach der Rückkehr der THW-Helfer die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung sichergestellt ist, erhalten 60 Dörfer und Kleinstädte mit über 300.000 Menschen im Erdbebengebiet zur Zeit ein automatisches Chlorierungssystem. Auf der Grundlage eines Ende Mai in Bhuj mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) abgeschlossenen „Memorandum of Understanding“ über-

nimmt die WHO die Auswahl der Standorte nach Dringlichkeit, ein THW-Experte koordiniert den Einbau der Anlagen unter Einbeziehung einheimischer Firmen.

Die Bauaufsicht führt das THW auch beim Bau einer Wasserleitung in der Stadt Anjar. Eine etwa 400 Meter lange Wasserleitung wird in einer überdurchschnittlich armen und vom Erdbeben schwer getroffenen Dorfgemeinschaft einzelne Haushalte mit Trinkwasser versorgen. Das Wasser wird aus einer, ebenfalls vom THW bestellten, Filtrationsanlage in Anjar stammen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit ist die Rekonstruktion der Filterstation in Bhuj, die durch das Erdbeben völlig zerstört worden war. Hierbei handelt es sich zweifellos um das Teilprojekt mit der größten Nachhaltigkeit, denn diese Anlage wird über viele Jahre sicherstellen, dass den Menschen in Bhuj sicheres Trinkwasser zur Verfügung stehen wird.

Die Übergabe dieser Anlage wird offiziell am 23. Juli 2001 erfolgen und zu einem feierlichen Höhepunkt der Aktivitäten der Bundesregierung aber auch der internationalen Gemeinschaft zur Hilfe für das Erdbebengebiet werden.

Erster THW-Jahresbericht erschienen

Ab sofort ist über die THW-Leitung der Jahresbericht 2000 der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk kostenlos zu beziehen. Beginnend mit dem Jubiläumsjahr 2000 soll nun jährlich rückblickend über das Leistungs- und Einsatzspektrum des THW im In- und Ausland, über Ausbildung, Ausstattung, Kosten und vieles mehr berichtet werden. Gemäß dem Anspruch, die Aktivitäten des gesamten THW darzustellen, haben auch die THW-Jugend e.V. und die THW-Bundesvereinigung e.V. in dem 43 Seiten umfassenden Werk Gelegenheit, ihre Sicht auf das zurückliegende Jahr zu publizieren.



Eine Online-Version des Jahresberichtes finden Sie unter www.thw.de.

Ihre Bestellung für den Jahresbericht richten Sie bitte per Mail

(referat.f5@thw.de) oder per Fax (0228/940-1144) an die THW-Leitung.



Fehlfunktionen bei Pressluftatmern

Das Bundesministerium des Innern hat mit einem Warnhinweis auf Fehlfunktionen im Einsatz von Lungenautomaten aufmerksam gemacht.

Nach Erkenntnissen die das Ministerium von der Feuerwehr Hamburg erhalten hat, kann es bei der Pflege von Lungenautomaten mit nicht geeigneten Reinigungs-, Desinfektions- und Fettungsmitteln zu Fehlfunktionen kommen. Bedingt durch die Verwendung von Ultraschallreinigungsverfahren, ist es in einigen Fällen zu einer Entfettung und damit zu einer Erhöhung der Reibungswiderstände in den Lungenautomaten gekommen. Die Folge war ein Versagen der Lungenautomaten im Einsatz.

Im Rahmen der ergänzenden Ausstattung des Katastrophenschutzes hat der Bund Pressluftatmer vom Typ D 300 beschafft. Auch bei diesen Geräten könnten Grundsätzlich die beschriebenen Fehlfunktionen auftreten.

Das Ministerium weist ausdrücklich darauf hin, dass zur Reinigung und Desinfektion der vom Bund beschafften Pressluftatmer nur die vom Hersteller vorgeschriebenen und im Rahmen der Zertifizierung der PSA geprüften Mittel und Verfahren zur Anwendung kommen dürfen.

An der Spritze Spitze

In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Jugendgruppen und auch die der Feuerwehranwärter unter 18 Jahren in Bayern nahezu verdoppelt. Zum 31.12.2000 gab es in Bayern 3.928 Jugendgruppen mit 40.170 Mitgliedern.

Darunter waren 8.014 Mädchen, also 577 mehr als noch 1999. Bayern hat damit



bundesweit mit Abstand die meisten FW-Jugendgruppen und auch die meisten FW-Anwärter. Innenminister Dr. Günther Beckstein: „Bayerns Jungfeuerwehren sind an der Spritze Spitze.“

Dass sich immer mehr Jugendliche für den Feuerwehrnachwuchs begeistern, hängt sicher mit dem hohen Engagement der Betreuer und der tiefen Verwurzelung der freiwilligen Feuerwehren in Bayern zusammen.“

Innenminister bei der Luftrettungsstaffel Bayern

„Die Luftrettungsstaffel ist ein aus dem System des bayerischen Katastrophenschutzes nicht wegzudenkender Bestandteil“, betonte der bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich ihrer diesjährigen Einsatzübung in Nürnberg. Im vergangenen Jahr ordneten die Katastrophenschutzbehörden landesweit 89 Einsätze zur Luftbeobachtung mit einer Gesamtflugzeit von über 130 Stunden an. Darüber hinaus führte die Luftrettungsstaffel über 7.000 Beobachtungsflüge mit einer Gesamtflugzeit von knapp 6.000 Stunden unentgeltlich durch. Die rund 400 ehrenamtlich tätigen Pilotinnen und Piloten, mit ihren über 150 Flächenflugzeugen nebst 8 Hubschraubern sind als „Fliegendes Auge“ der bayerischen

Katastrophenschutzbehörden unentbehrlich.

In der bereits 1968 mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern aufgestellten Luftrettungsstaffel Bayern e.V. sind Luftsportvereine und Fliegerclubs zusammengefasst, die bei Bedarf ihre privaten Luftfahrzeuge den Katastrophenschutzbehörden im Freistaat auf Anforderung zur Verfügung stellen. Damit wurde diesen ein Instrumentarium an die Hand gegeben, das in dieser Form in der Bundesrepublik Deutschland beispielhaft ist. Die Behörden können seither flächendeckend bei Bedarf jederzeit zum Selbstkostenpreis über Luftfahrzeuge verfügen, ohne selbst Luftfahrzeuge vorhalten zu müssen.

In Mittelfranken sind 30 Piloten mit Flächenflugzeugen und ein Hubschrauber „stationiert“. Einer der örtlichen Schwerpunkte der Luftbeobachtungsflüge ist der Nürnberger Reichswald, der schlecht einsehbar und durch vielfältige Freizeitaktivitäten der Bevölkerung gerade in den Trockenperioden gefährdet ist. Gerade dort ist die Sicht von oben von eminenter Bedeutung. Erfahrungen der letzten 30 Jahre zeigen eindeutig, wie wichtig die Luftrettungsstaffel für den Schutz und Erhalt des Waldes geworden ist. Durch frühzeitige Schadenserkenkung und -bekämpfung gelingt es, das Schadensausmaß beträchtlich einzuschränken.

Die Luftrettungsstaffel leistet auch in anderen Fällen wertvolle Hilfe. Beckstein nannte vor allem die Führung von Einsatzfahrzeugen bei der Waldbrandbekämpfung, die Luftbeobachtung von sonstigen großflächigen Schadenslagen und die Gewässerüberwachung. Außerdem werden die Flugzeuge der Luftrettungsstaffel im Rahmen der Forstschadenserkenkung, der Luftbildarchäologie sowie dem Transport wichtiger Medikamente und zur Beförderung von Personen (z. B. Sachverständigen) eingesetzt.

15 Jahre nach Tschernobyl - Tipps vom BfS

Am 26. April 2001 jährte sich zum 15. Mal das Unglück von Tschernobyl. In diesem damals sowjetischen, heute ukrainischen Kernkraftwerk hat sich der folgenschwerste Unfall in der Geschichte der Kernenergie ereignet. Aus diesem Anlass hat das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) zwei neue Informationsblätter aus der Reihe „Strahlenthemen“ herausgegeben:

1. „Notfallvorsorge des BfS“ und
2. „Die Kontamination von Lebensmitteln durch den Reaktorunfall von Tschernobyl“

Der Reaktorunfall von Tschernobyl hat erneut die Bedeutung einer nationalen Vorsorge für radiologische Notfälle gezeigt und zu einer grundlegenden Neugestaltung des Systems der Notfallvorsorge in der Bundesrepublik Deutschland geführt. Damit können einerseits die Folgen von Störfällen rasch eingeschätzt und andererseits deren Auswirkungen auf die Umwelt langfristig verfolgt werden.

Die Freisetzung und Ausbreitung großer Mengen radioaktiver Stoffe haben gravierende Folgen für die Gesundheit und die Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung in der Ukraine, Weißrussland und Russland. Im übrigen Europa sind hohe Kontaminationen anzutreffen - vor allem in Mittelschweden und Südfinnland sowie in Süddeutschland, Österreich, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und in Oberitalien.

Die auf den Boden abgelagerte Radioaktivität führte und führt noch heute zu einer Kontamination von Lebensmitteln - vorwiegend mit dem Radionuklid Cäsium 137 (Cs-137). Diese Kontamination fällt für verschiedene Lebens-

mittel unterschiedlich aus und weist große regionale Schwankungen auf. Während der Gehalt an Cs-137 in landwirtschaftlichen Produkten schnell wieder zurückging, sind in Pilzen und Waldfrüchten sowie in Wildfleisch auch immer wieder höhere Aktivitätskonzentrationen anzutreffen - vor allem in belasteten Regionen.

Bei der Ernährung kann die Strahlenbelastung in hohem Maß durch eigenes Verhalten beeinflusst werden. Wer seine persönliche Strahlenbelastung so gering wie möglich halten will, sollte deshalb auf den Verzehr übermäßig belasteter Produkte z. B. bestimmter Pilze und Wild verzichten.

Die Informationsblätter sind im Internet unter www.bfs.de zugänglich.

ZfZ auf der FLORIAN in Cottbus



Das Bundesverwaltungsamt ist mit seiner „Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ)“ auf der Fachmesse FLORIAN in Cottbus vertreten.

Vom 13. bis 15. September zeigt die ZfZ auf dieser Fachmesse für das Feuerwehr- und Rettungswesen seine Ausstellung über Zivil- und Katastrophenschutz.

Die Schirmherrschaft über die Messe hat Brandenburgs Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe übernommen. Stolpe unterstrich die Wichtigkeit der Messe, da in den neuen Bundesländern immer noch ein Nachholbedarf an modernen Geräten, Fahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen bestehe.

Berlins Regierender Bürgermeister verwies auf den herausragenden Beitrag der FLORIAN bei der Erfüllung so wichtiger gesellschaftlicher Erfordernisse wie dem Schutz von Leib und Gut.

Die einzige ostdeutsche Branchenmesse startete 1997 in Dresden und fand 1999 in Erfurt statt.

Das Bundesverwaltungsamt will durch seine Messebeteiligung auf die vielfältigen Möglichkeiten der Bürger hinweisen, durch ehrenamtliches Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz einen unbezahlbaren Beitrag für das Allgemeinwohl zu leisten.

Notrufsäule, Handy und Co.

Seit rund drei Jahrzehnten säumen sie die Autobahn: die orangefarbenen Notrufsäulen mit dem schwarzen Telefonhörersymbol. Durch Handy und Telematik haben sie Unterstützung bekommen. Aber nicht nur das. Seit 1999 ist das alte Notrufsäulensystem in privater Hand und wird Schritt für Schritt modernisiert. Betreiber sind die Autoversicherer im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV).

Wenn der Wagen streikt, kann man sich nach wie vor per Notrufsäule Hilfe herbeiholen. Der schwarze Hinweispfeil auf den Leitpfosten zeigt die Richtung, in die man laufen muss. Zur nächsten Säule ist es höchstens einen Kilometer weit. Was neu ist: Die Notrufe landen nicht mehr bei der Autobahnmeisterei, sondern

bei einem Call Center der Versicherungswirtschaft in Hamburg. Hier wird der Standort des Anrufers automatisch angezeigt.

Die neuen Säulen haben zwei Tasten. Mit der linken, gelben, meldet man die Panne. Der im Call Center eingegangene Hilferuf wird dann sofort an den gewünschten Partner, zum Beispiel den Automobilclub, weitergeleitet. Die rechte, rote Taste dient allein dem Unfallnotruf. Das Call Center verbindet den Anrufer unmittelbar mit der zuständigen Polizei oder Rettungsleitstelle.

Auch wenn die Notrufsäule nach wie vor lebenswichtig ist, ein Trend zeichnet sich bereits ab: Wer unterwegs ist und Hilfe benötigt, greift zunehmend zum Handy. Mit dem Handy kann man unter den bekannten Notrufnummern 110 oder 112 gebührenfrei und schnell von überall her Hilfe herbeirufen.

Dasselbe gilt für die neue Telefonnummer der Autoversicherer. Sie lautet: 0800-6 68 36 63 und verbindet direkt mit dem Call Center. Hinter der Nummer verbirgt sich der Name NOTFON D. Drückt man beim Handy nach der 0800 die entsprechenden Buchstaben, so wählt man automatisch die Notrufnummer.

Der Notruf vom Handy hat einen Nachteil: Die Anrufer wissen häufig nicht genau, wo sie sind. So vergeht wertvolle Zeit, die im Notfall Leben retten kann.

Orientierung bieten in einem solchen Fall die so genannten Stationszeichen. Diese stehen im Abstand von 200 m an allen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Wenn man die Buchstaben und Zahlen auf diesem Zeichen durchgibt, weiß die Rettungsstelle sofort, wo man ist. Eine flächendeckende Ausstattung der Autobahnen mit Stationszeichen ist derzeit noch nicht gewährleistet.

Falls Sie unterwegs ein Mobiltelefon nutzen: Merken Sie sich die Notrufnummern oder speichern Sie sie gleich ein.

Neu auf dem Markt sind Telematikdienste, die den eigenen Pkw direkt mit der Notrufzentrale verbinden. Der ADAC zum Beispiel bietet seinen Mitgliedern inzwischen diesen Dienst unter dem Namen Telematic-Service-Kit (TSK) an. TSK ist ein Bordcomputer, der über eine eingebaute Freisprecheinrichtung wie eine Notrufsäule im Auto arbeitet. Mit Hilfe einer GPS-Satellitenantenne kann die Service-Zentrale des ADAC die Position des Fahrzeugs genau orten und schnell Hilfe schicken. Solche Geräte werden auch von einigen Autoherstellern angeboten, sie sind allerdings nicht billig.

(Deutscher Verkehrs-sicherheitsrat e.V., Bonn)

Hilfe aus der Luft bei Gefahrgut-Transportunfällen

Hilfe aus der Luft bei Transportunfällen mit Gefahrgütern wird künftig eine Kooperation des militärischen Such- und Rettungsdienstes (SAR) der Bundeswehr und den Werkfeuerwehren des Transport-Unfall-Informations- und Hilfeleistungssystems (TUIS) der deutschen Chemie ermöglichen. Hierzu haben die chemische Industrie und die Bundeswehr vereinbart, dass TUIS bei einem schweren Notfall einen SAR-Hubschrauber anfordern kann. Voraussetzung ist, dass bei einem Gefahrgut-Transportunfall umfangreiche Personen-, Sach- oder Umweltschäden drohen, die nur durch einen besonders schnellen Einsatz wirksam bekämpft werden könne. „Wir haben diese Zusammenarbeit angeregt, um bei einem Transportunfall mit Chemikalien unserer Produktverantwortung noch schneller als bisher nachzukommen und so Schäden für Mensch und Umwelt zu vermeiden, zu reduzieren oder auszuschlie-



Bei mir hat's geklingelt

Natürlich habe ich eine Freisprechanlage im Auto. Aber zum Telefonieren fahre ich auf einen Parkplatz: Denn entweder konzentriere ich mich aufs Fahren oder aufs Telefonieren. Beides zusammen geht nicht.

DVA
Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V.

BG
Die gemeinnützige Berufsgenossenschaft

ßen“, sagte Volker Lambrecht, Vorsitzender des Arbeitskreises TUIS des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI). Oberstleutnant Volker Lepkowski, Leiter des SAR-Dienstes, begrüßt diese Kooperation: „Hilfeleistungen der Bundeswehr sind bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen und im Rahmen der dringenden Nothilfe zulässig. Das Gleiche gilt für die Abwehr von Gefährdungen, die durch eine unmittelbar bevorstehende Katastrophenlage entstehen können. Dies ist bei den Stufen 2 und 3 von TUIS der Fall. Deshalb unterstützen wir mit unseren SAR-Mitteln auf Anfor-

derung die TUIS-Werkfeuerwehren.“

Der SAR-Dienst der Bundeswehr besteht seit 1959. Er leistet Hilfe für alle in Not geratenen Luftfahrzeuge, unterstützt den Seenotrettungsdienst und den zivilen Rettungsdienst sowie den Rettungsdienst der Länder in der Luftrettung durch Bereitstellung von Rettungshubschraubern. Seit seinem Bestehen hat der SAR-Dienst über 245.000 Einsätze geflogen.

TUIS-Hilfe sehr gefragt!

Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienste haben im Jahr 2000 bei Gefahrgutunfällen verstärkt die Hilfe des Transport-Unfall-Information- und Hilfeleistungssystems TUIS der deutschen chemischen Industrie angefordert. Das ist das Ergebnis der jährlichen Umfrage des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) bei den 130 TUIS-Mitgliedsunternehmen. An der Umfrage nahmen 120 TUIS-Firmen teil. Besonders erfreulich ist, dass auch die Rettungsdienste bei Transportunfällen mit Chemikalien immer häufiger auf TUIS zurückgreifen.

Im Jahr 2000 leisteten die TUIS-Werkfeuerwehren bei insgesamt 1.280 Einsätzen (1999: 1.173) bundesweit freiwillige Hilfe. Die Werkfeuerwehren rückten in 229 Notfällen aus; das sind sieben Stufe-3-Einsätze mehr als im Jahr zuvor. 59 Mal half ein TUIS-Berater direkt vor Ort (1999: 55). Und die Zahl der telefonischen Auskünfte stieg im Vergleich zum Jahr 1999 von 896 auf 992. Seit seiner Gründung hat TUIS in mehr als 14.000 Fällen geholfen.

Die Umfrage hat gezeigt, dass sich die öffentlichen Einsatzkräfte in der telefonischen Beratung vor allem die Richtigkeit der getroffenen Maß-

nahmen bestätigen lassen. Auch Fragen zu toxikologischen Eigenschaften der transportierten Produkte werden verstärkt gestellt. Steigendes Interesse ist auch bei Fragen zur Gefahrgut-Entsorgung nach Unfällen zu verzeichnen.

Die häufigste Hilfeleistung bei Stufe-3-Einsätzen ist der Ersatz schadhafter Dichtungen beziehungsweise das Abdichten von Anschluss-Armaturen. An zweiter Stelle steht das Umpumpen der Ladung von nicht mehr fahrfähigen Fahrzeugen, gefolgt von der Aufnahme der Ladung. Spektuläre Brände dagegen gehören zu den seltenen Ereignissen.

Seit 1982 leistet TUIS mit seinen Werkfeuerwehren und Fachleuten bei Transport- und Lagerunfällen mit chemischen Produkten schnelle, sachgerechte und unbürokratische Hilfe. Und zwar rund um die Uhr und an 365 Tagen. Öffentliche Dienststellen wie Feuerwehr, Polizei oder andere Katastrophenschutz Helfer sowie die Deutsche Bahn AG können bei den TUIS-Mitgliedsfirmen telefonische Beratung (Stufe 1), Experten am Unfallort (Stufe 2) und technische Hilfe durch Einsatzgeräte und speziell geschultes Personal der Werkfeuerwehr anfordern (Stufe 3). Die telefonische Beratung ist kostenlos. Die Leistungen der Stufen 2 und 3 werden den betroffenen Haftpflicht- oder Transportversicherern in Rechnung gestellt.

BfS untersucht Krebsgeschehen um AKW

Einer Pressemeldung des Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), Wolfram König, ist zu entnehmen, dass das BfS weiterhin das Auftreten von Krebs in der Umgebung von Atomkraftwerken

untersucht. Das ist das Ergebnis eines Dialogs mit den Internationalen Ärzten gegen den Atomkrieg (IPPNW) und dem Umweltinstitut München. Anlass für das Treffen waren unterschiedliche Bewertungen der Ergebnisse von Studien zum Auftreten von Kinderkrebs in der Umgebung bayerischer Atomkraftwerke. Demnach wurde festgestellt, dass im Umfeld bayerischer Atomkraftwerke die Krebshäufigkeit bei Kindern um mehr als 20 Prozent erhöht ist. Ob die erhöhte Krebsrate im Zusammenhang mit den Emissionen der Kernkraftwerke stehen, haben aber die bisherigen Untersuchungen nicht nachweisen können.

In diesem Zusammenhang werden demnächst die Ergebnisse der im Auftrag des Bayerischen Umweltministeriums fortgesetzten Studie „Inzidenz und Mortalität bösartiger Neubildungen in Bayern“ veröffentlicht.

Darüber hinaus wird auch die spezielle Beobachtung um Atomkraftwerke in Fünf-Jahres-Abständen fortgesetzt und auf alle deutschen Standorte ausgedehnt. Das BfS wird für den jetzt anstehenden Zeitraum eine entsprechende Studie vergeben, deren Ergebnisse im kommenden Jahr vorliegen sollen.

Zusätzlich sollen die Ursachen für das gehäufte Auftreten von Tumoren bei Kindern durch eine Fallkontrollstudie erforscht werden. Über die bei beiden Studien anzuwendende Methodik wird das BfS zwei Arbeitsgruppen mit Beteiligung externer Wissenschaftler einrichten.

BfS, IPPNW und Umweltinstitut erwarten von den oben genannten Studien und den angekündigten Ergebnissen einer weiteren bereits laufenden Fallkontrollstudie im norddeutschen Raum eine Klärung der erhöhten Krebsraten.



MEINUNGEN WEIHNOMMEN

„Haben wir eine Krise der Krisenstäbe?“ Ausgabe 2-01

Die Autoren haben die Problematik treffend beschrieben und ich kann die Defizite in den angesprochenen Bereichen gut nachvollziehen.

Wer aufmerksam Einsatz- und Übungsberichte von Großschadenslagen auswertet, stellt fest, dass fast ausschließlich von hervorragenden Abläufen gesprochen wird. Werden schwache Großeinsätze und Übungen nicht veröffentlicht?

Nur wer selbstkritisch sein Katastrophenmanagement auf den Prüfstand stellt und auch willens ist unbequeme Wege zu gehen, wird seine Strukturen effektiv verbessern können.

Es ist dringend nötig auf Länderebene einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Weiterhin muss den Führungskräften eine qualifizierte Fortbildung für Führungsaufgaben bei Großschadenslagen unter möglichst realistischen Bedingungen, zusätzlich zur Basisausbildung, angeboten werden. Hier sind gemeinsame Anstrengungen aller Ausbildungsressourcen des Bundes und der Länder nötig.

Abschließend bleibt festzustellen, dass wir jederzeit mit einer Großschadenslage konfrontiert werden können und hierauf zielgerichtet reagieren müssen. Hierzu gehört neben der Technik auch die entsprechende Ausbildung und Routine. Wer denkt, es wird schon nichts passieren, der wird bittere Erfahrungen machen.

*KBI Roland Albert
63808 Haibach*

Zur Ausgabe 2-01

Die interessante Ausführung von Rainer Schramm und Pe-

ter Trunk brachte hier schon Licht ins Dunkel. Zum einen wurde der Leserschaft einmal deutlich gezeigt, wie sich aus einer Illustrierten ein anerkanntes, gut aufgemachtes und noch dazu günstiges Magazin entwickelt. Zum anderen war aber auch zwischen den Zeilen zu lesen, welche Höhen und Tiefen das Organ und damit der Zivil- und Katastrophenschutz gemacht hat. So erfreulich es heute auch ist, dass die Bundesrepublik Deutschland seit nunmehr 56 Jahren im Frieden lebt, so befremdend ist es für mich, dass der Gedanke an einen funktionierenden Katastrophenschutz immer mehr an den Rand der Gesellschaft gerückt wird.

Gut überlegt sind die Beiträge über die Baunormen, Notfallversorgung und Krisenstäbe. Soweit ich dies als einfacher Oberfeuerwehrmann und Rettungssanitäter beurteilen kann, sprechen Sie hier wirklich Themen aus der Praxis an.

Ein heißes Eisen hat Paul Claes angefasst. Das Image der Feuerwehr ist in vielerlei Hinsicht angeschlagen. Ich gebe dem Hauptbrandmeister dahingehend Recht, dass ein positives Auftreten in der Öffentlichkeit das A und O ist. Frappierend ist doch, so finde ich, dass gerade der Alkohol unser Image in den Dreck zieht. Und um auf die Stellungnahme nochmals einzugehen: Was, wenn die Führung selbst eine Messlatte vorgibt, sich aber nicht daran hält?

*Wolfgang J. Rotzsche
85635 Höhenkirchen*

„Die Helferprognose des THW“. Ausgabe 2-01

Die vom THW probagierte „Unabhängigkeit von der

Wehrdienstfreistellung“ möchte ich so nicht stehen lassen.

In der heutigen „Spaß(Fun)gesellschaft“ wird es immer schwerer, Jugendliche für ein Ehrenamt zu gewinnen. Es gibt Städte mit großen Freizeitangeboten, in denen die Hilfsorganisationen Personalprobleme haben. Feuerwehren in Städten mit 25.000 Einwohnern und 30 Aktiven sind nicht selten, ebenso THW-Züge, die eigentlich nur noch verstärkte Gruppen sind.

Jugendliche sehen in der Freistellung durchaus einen Gegenwert für ihre Dienstleistung im KatS. Glücklicherweise bleiben immer wieder Helfer nach ihrer Mindestverpflichtungszeit dem Katastrophenschutz erhalten, bei weitem aber nicht in ausreichendem Maße.

Unsere Erfahrung zur Helferreaktivierung ist, dass Leute die erst einmal weg sind, fast nie mehr zurückkommen. Zu groß sind anderweitige Verpflichtungen

Unser Zug (30 Helfer) besteht aus drei Freiwilligen, sieben Althelfern, der Rest alles Freigestellte vom Wehrdienst. Zustimmung möchte ich der These, dass sich 80% der Freigestellten mit dem Katastrophenschutz anfreunden können.

Mein Fazit lautet: Ohne Jugendarbeit und wehrdienstfreistellung könnten wir unsere Fahrzeuge nicht einmal aus der Garage bewegen.

*Dieter Schwannecke
38558 Biberstein*

Anm. der Redaktion:

Wir bedanken uns für ihre Zuschriften und bitten um Verständnis für die vorgenommenen Kürzungen.

Für Sie gelesen

Einsatz für den Rettungshubschrauber

Von Karl Neno und
Gunter Carloff
Kisterkall Verlag GmbH,
51127 Köln

„Einsatz für den Rettungshubschrauber“ ist der Titel eines soeben im Kisterkall Verlag, Köln, erschienen Buches, das sich mit dem Einsatz des Zivilschutzhubschraubers „Christoph 3“ befasst.

Die Autoren des Buches, Karl Neno und Gunter Carloff, sind seit Jahrzehnten der Luftrettung mit dem Hubschrauber eng verbunden. Karl Neno ist 22 Jahre lang als Luftrettungsassistent mitgeflogen und hat während der Einsätze aufregend ergreifende, aber auch schöne Situationen fotografiert. Gunter Carloff ist Polizeidirektor in der Fliegergruppe des Bundesgrenzschutzes. Er ist Rettungspilot seit den ersten Tagen der „Christoph“-Luftrettung.

Neun weitere Autoren haben dazu beigetragen, dass ein äußerst informatives und spannendes Buch entstanden ist.

Das aufwendig ausgestattete Buch beinhaltet über 400 Farbfotos auf 319 Seiten. Durch Aufnahmen die aus dem Cockpit des Hubschraubers fotografiert wurden, kombiniert mit Luftbildern und Fotos der Einsatzsituation am Boden, wird dem Betrachter der Bilder das Gefühl des „Dabeiseins“ vermittelt.

Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher, der als Bundesinnenminister 1971 mit „Christoph 3“ den ersten Zivilschutzhubschrauber in der Bundesrepublik, als Rettungstransporthubschrauber Indienst gestellt hat, verfasste das Geleitwort zu diesem außergewöhnlichen Buch.

Genscher schreibt unter anderem: „Dieses Buch lebt von jenen Erfahrungen aus erster Hand, die erstmals so umfangreich dokumentiert werden, dass sie nicht nur für die von Berufs wegen Interessierten ei-

ne erstklassige Informationsquelle bieten“.

Übungshandbuch für den Katastrophenschutz

Von Winfried Glass
Walhalla Fachverlag,
93042 Regensburg

Technische und taktische Organisationsübungen im Team sind im Katastrophenschutz von entscheidender Bedeutung, um die Führungsfähigkeiten von Mitarbeitern zu schulen.

Das Übungs-Handbuch ist für Fachkräfte der unteren Führungsebene eine unentbehrliche Arbeits- und Ausbildungshilfe. Damit können für Einsatzeinheiten von 50 bis 300 Teilnehmern taktische Übungen selbst angelegt, durchgeführt und ausgewertet werden. Der besondere Vorteil des Leitfadens liegt darin, verbands- und fachübergreifend zu schulen. Bei gemeinsamen Ausbildungsveranstaltungen bleiben Technik und Methodik für jede Seite gleich und verständlich.

Vom Übungsauftrag über die Einzelheiten der Organisation bis hin zum eigentlichen Ablauf einschließlich Auswertung gibt das Handbuch eine praxisnahe und in allen Schritten nachvollziehbare Anleitung. Arbeitshilfen wie Check- und Überwachungslisten, konkrete Übungsthemen und eine Liste der „Standardfehler“, die nicht passieren dürfen, machen es leicht, ein vollständiges Ausbildungsprogramm auszuarbeiten.

Autoreninformation: Winfried Glass ist Oberstleutnant d.R., freiberuflicher Fachjournalist und Sachverständiger für Bevölkerungsschutz, Notfallvorsorge und Gefahrenabwehr; langjähriger Referent für Zivil- und Katastrophenschutz im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes; ehem. Bundesgeschäftsführer des Deutschen Feuerwehrverbandes e.V., zuständig für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im

Deutschen Komitee für Katastrophenvorsorge e.V.; namhafter Fachautor.

„Dienststelle Marienthal“

Von Andreas Magdanz
Erschienen im Eigenverlag,
52064 Aachen
www.dienststellemarienthal.de

Hinter der amtlichen Bezeichnung „Dienststelle Marienthal“ verbirgt sich der 25 km südlich von Bonn gelegene ehemalige Regierungsbunker der Bundesrepublik Deutschland.

Im Jahr 1998 gelang es dem Aachener Photographen Andreas Magdanz, die streng gesicherte und mit 3 Milliarden DM Baukosten vermutlich kostspieligsten Wehrarchitektur der deutschen Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg in einem Zeitraum von sieben Monaten zu dokumentieren.

Aus den über 1000 Fotografien des Bunkers hat Magdanz im Selbstverlag einen großformatigen Bildband mit 100 ausgewählten Aufnahmen geschaffen. Bilder die das Einzigartige und die Präzision der Anlage widerspiegeln.

Durch seine Bilder von Räumen, unendlich langen Gängen, tonnenschweren Drucktüren und einzelnen Gegenständen schuf Magdanz erstmals eine Dokumentation der Dienststelle Marienthal, die mit 25.000 Türen zu den größten Bunkeranlagen der Welt zählte. Das Buch ist ein Zeitzeugnis deutscher Nachkriegsgeschichte.

Wörterbuch Gefahrgut

Von Michael A. Titz
ecomед Verlagsgesellschaft,
86899 Landsberg

Im Umgang mit Gefahrgütern, sei es im Transportgewerbe oder während des Einsatzes im Katastrophenschutz sind die exakten Kenntnisse der fremdsprachigen Begrifflich-

FÜR SIE GELESEN

Für Sie gelesen

keiten von großer Bedeutung. Oft fehlt die Zeit, auf einen gefahrgutkundigen Übersetzer zu warten. Das in der ecomed verlagsgesellschaft erschienene Wörterbuch *Gefahrgut* schließt mit seinen jeweils über 15.000 Begriffen in jeder Sprachrichtung diese Lücke. Mit seiner Hilfe ist man nun in der Lage, Aufschriften, Hinweise und ähnliches exakt zu verstehen.

Der Autor, Michael A. Titz, ist ein exzellenter Kenner des Gefahrgutbereichs. Aus der aktiven Seefahrt kommend, hat er in die Konzeption dieses Wörterbuches all seine Erfahrungen aus der Praxis einfließen lassen. Anstatt einer unterschiedslosen Hintereinanderreihung von Übersetzungsvarianten hat der Autor bewußt nach Anwendungsbereichen, z.B. Gefahrklassen, Verpackung oder Tank differenziert.

Fachwissen Feuerwehr

Neue Broschürenreihe der ecomed Verlagsgesellschaft, 89899 Landsberg

Fachwissen Feuerwehr, unter diesem Oberbegriff startet die ecomed Verlagsgesellschaft eine neue Broschürenreihe, die alle Themen behandeln wird, die für die Arbeit der Feuerwehr wichtig sind. Pro Jahr sind vier Broschüren geplant. Themen werden u.a. sein: Fahrzeugkunde, Gerätekunde (von den Löschgeräten bis zu den Sondergeräten), Einsatzplanung und Einsatzleitung. Ziel der Reihe ist es, den Feuerwehrangehörigen schnell und präzise den heutigen Wissensstand zu vermitteln, damit sie sicher und wirkungsvoll ihre Aufgaben erfüllen können.

Die Broschürenreihe richtet sich sowohl an die Feuerwehrangehörigen, die erstmals in das Thema Feuerwehr „einsteigen“ als auch an diejenigen, die sich beruflich oder im Rahmen der Freiwilligen Feuerwehren tiefgehend mit die-

sen Themen beschäftigen, bzw. die ihr Wissen „aufpolieren“ möchten. Der Aufbau der Broschüren entspricht weitgehend der Gliederung der Feuerwehr-Dienstvorschrift FwDV 2/2 „Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehr - Musterausbildungspläne“.

150 Jahre Berliner Feuerwehr

Verlag FKF-Media e.V., Sedanstr. 8 13581 Berlin

Fünfzehn der namhaften Berliner Text- und Bild-Autoren im Feuerwehrbereich haben sich in mehr als einjähriger Arbeit mit dem Gestern und dem Heute der Berliner Feuerwehr auseinandergesetzt.

Auf 178 Seiten werden die vielen Facetten der Berliner Feuerwehr auf erfrischende Art dargestellt. Themen sind u.a. besondere Einsätze aus 150 Jahren, der Alltag der Berliner Feuerwehr heute, die historische Entwicklung des Rettungsdienstes, des Technischen Dienstes, der Leitstelle, des Höhenrettungsdienstes, der Brandschutzerziehung sowie der Freiwilligen und der Jugendfeuerwehr. Technikfreaks werden die historische Entwicklung der Löschfahrzeuge, der Schutzkleidung, des Technischen Dienstes und der Berliner Löschboote besonders interessieren.

Die Festschrift zum 150jährigen Jubiläum der Berliner Feuerwehr will nicht mehr, als einen Beitrag zu Erinnerung leisten. Sie ist kein Lehrbuch in Feuerwehrgeschichte. Sie erhebt keinen Anspruch auf historisch-wissenschaftliche Richtigkeit oder Vollständigkeit. Diese Festschrift hat nur das bescheidene Ziel, an 150 Jahre Berliner Feuerwehr zu erinnern.

Angesichts des Umfangs und der Qualität dieses Festbuches ist der Preis von DM 19,- mehr als fair.

KOPF NUSS

So wird's gemacht:

Das Lösungswort ergibt sich - in richtiger Reihenfolge - aus den Buchstaben in den farbigen Feldern. Schreiben Sie die Lösung auf eine Postkarte und senden Sie diese bis zum 30.09.2001 (Poststempel) an:

Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivildienst - Preisrätsel -
Deutschherrenstraße 93-95
53177 Bonn

Unter allen richtigen Lösungen werden folgende Preise ausgelost:

1. ein Autofeuermelder
2. eine Löschdecke
3. ein Rauchmelder
- 4.-10. je ein Infopaket

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitarbeiter des BVA und deren Angehörige dürfen nicht teilnehmen.

Die Lösung des Rätsels aus Heft 2/2001 lautete:

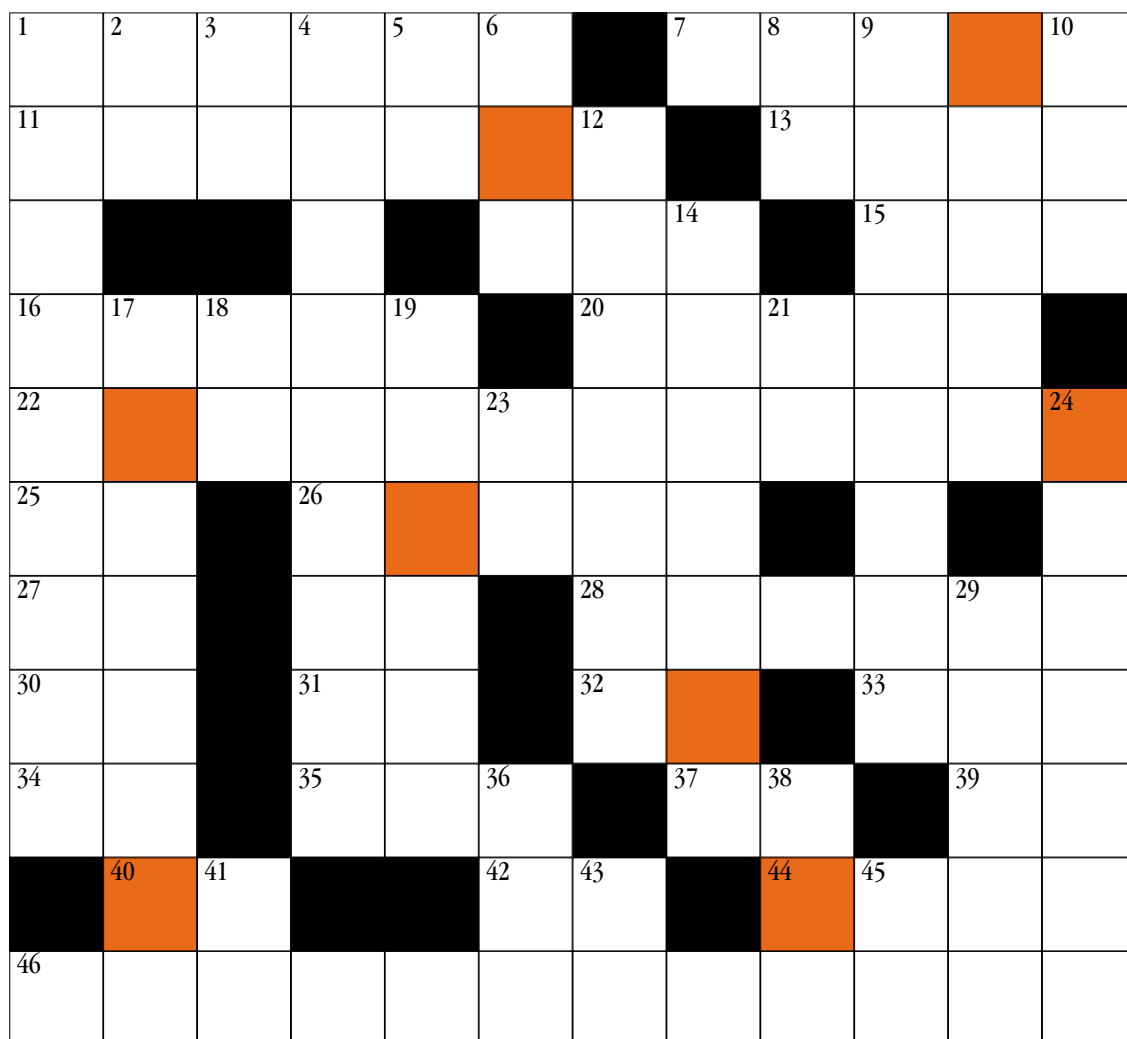
L A G E K A R T E

Als Gewinner wurden ermittelt:

1. Preis
Hansjörg Böhme
Borna
2. Preis
Angelika Dürr
Wachtberg
3. Preis
Karl Heer
Künzelsau

Die übrigen Gewinner werden per Post benachrichtigt.

Kopfnuss



KOPFNUSS

WAAGERECHT:

- 1 Führt das LF-16 TS mit und macht manchmal ein guter Freund
- 7 Lucky Lukes Unterbringungsort für die Daltons
- 11 Staat im Staat Südafrika
- 13 Für sie war Waterloo kein Untergang
- 15 Fremdsprachlicher Ausdruck, bei dem die Katze flüchtet
- 16 Alfred lässt Fortschritte im Frieden belohnen
- 20 Wird angebaut, um verbrannt zu werden
- 22 Befehl an ein Möbelstück, etwas zu verfassen
- 25 Auf diesen Wert kommt es der Haut an
- 26 Beherrschte mal einen Teil von Nordwestkleinasien
- 27 To be or not to be für ihn, sie oder es
- 28 Italienische Spezialität
- 30 Formation aus Sanitätern und Betreuern
- 31 Nicht Ä und nicht Ü
- 32 Danach kommt Euro
- 33 Gibt es mit Lauf, Renn oder Drei, und manche haben es ab
- 34 Periodisch 103
- 35 Clemens-Land
- 37 Kurz vor dem Tod kürzt der Arzt so ab
- 39 Verpflegungseinheit für Diabetiker
- 40 Diese acht Doppelstunden wurden vom Bund bezuschusst
- 42 Zwischen-Gebieten-Zug
- 44 "So it is, man", sagte der Bergbauer
- 46 Jahreszeitlich bezogene Kontaktelemente für Autos

SENKRECHT:

- 1 Übung auf höherer Ebene ohne Truppenbewegung
- 2 Ähnlich 31 waagerecht
- 3 Insbesondere hier soll 46 waagerecht helfen
- 4 Da geht dem THW ein Licht auf
- 5 Und, so sagt es der Lateiner
- 6 Das Gegenteil wäre alt, niedrig und ausländisch, kurz ANA
- 8 Steht für einen Teil des Kochsalzes
- 9 Lebenswichtige Flüssigkeit nach dem Gebrauch
- 10 Etwas kälter und es wird Reif
- 12 Verzierung für die Ruhestätte der Waffe des Ritters
- 14 Familienname Mandarine
- 17 Tierische Schinderei
- 18 Kurzform eines ausgesprochen weiblichen Kleidungsstücks
- 19 Diesen Chef gibt es auch als Dreh oder Einsatz
- 21 So lateral sind viele Hilfeleistungsabkommen
- 23 Die so bezeichnete Card sichert zu, dass der Besitzer derselbe ist
- 24 Die Einsatzleitung soll nicht nur reden sondern auch dieses
- 29 Sieht französisch aus, auch wenn es sich an der Ostsee befindet
- 36 So spricht der König von sich
- 38 1101 griechisch
- 41 Facharzt, dem das Ohr fehlt
- 43 So überschreibt der Arzt die Spalte mit wichtigen Kontrollwerten des Hypertoniepatienten
- 45 Hier gibt es viel Modisches aus Leder

Terminkalender

Termine 2001

29. August 2001: Deutscher Jugendfeuerwehrtag
Ort: Saarlouis

Info: Deutsche Jugendfeuerwehr,
Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

8. September 2001: „Tag des Helfers“ im Landkreis Oberspreewald-Lausitz mit 10jährigem Bestehen der Regieeinheit.

13.-15. September 2001:

Fachmesse „Florian 2001“

Ort: Cottbus

Info: Ortec Messe Dresden GmbH
Bertold-Brecht-Allee 24
01309 Dresden

Hinweis:

Die Zentralstelle für Zivildschutz des Bundesverwaltungsamtes beteiligt sich an der Florian 2001 als Aussteller.

15. September 2001: „Zukunft des flächendeckenden Brandschutzes“

Ort: Erzhausen

Info: Landkreis Darmstadt-Dieburg
Brandschutz Tel.: (06071)693910

24. -29. September 2001: Intensiv- Ausbildung zum Brandschutzbeauftragten.

Ort: Essen

Info: Haus der Technik e. V.
Hollestr. 1, 45127 Essen
Tel.: (0201) 1803-247

24.-26. September 2001: 2. Forum „Naturkatastrophen“ des DKKV
Ort: Leipzig

Info: Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e.V.
Tulpenfeld 4, 53113 Bonn

25. September 2001:

„VdS Fachtagung „Brandschutz im Betrieb“

Ort: Köln

Info: VdS Schadenverhütung, Pasteurstr. 17a, 50735 Köln
Tel.: (0221) 7766-480 Fax: -499

26. und 27. September 2001: „VdS-Fachtagung „Brandschutz und neues Baurecht“

Ort: Köln

Info: VdS-Schadenverhütung, Pasteurstr. 17a, 50735 Köln
Tel.: (0221) 7766-480 Fax: -499

1. und 2. Oktober 2001: Braunschweiger Brandschutz-Tage '01

Ort: Stadthalle Braunschweig

Info: TU Braunschweig - IBMB
Postfach 3329, 38023 Braunschweig

20. Oktober 2001: Meditox-Fachtagung 2001 „Gefahrstoffunfälle“

Ort: Theodor-Heuss-Kaserne, Stuttgart

Info: DRF

Raiffeisenstr. 32, 70794 Filderstadt

27. und 28. Oktober 2001: Kongress „Rettungsdienst Aktuell“ für Personal im Rettungsdienst.

Ort: Bergheim

Info: Feuer- und Rettungswache Bergheim, Kongressbüro,
Zeppelinstr. 21, 50126 Bergheim
e-mail: Rettungsdienst.Aktuell@bergheim.de

2.- 4. November 2001: Treffen der „Funkamateure in Hilfsorganisationen“

Ort: Landespolizeischule Sachsen, Außenstelle Dommitzsch
Info: www.qsl.net/ig-fih.de

9.-10. November 2001: Seminar „Brandschutzerziehung in Kindergärten und Schulen“

Ort: Menden

Info: Bals Brandschutzerziehung
Horlecke 1, 58706 Menden
Tel.: (02373)689721

10. November 2001: Workshop 01 „Brandschutzerziehung und -aufklärung“ von vfdB und DFV

Ort: Karlsruhe

Info: vfdB 09106 Chemnitz

1. Dezember 2001: 4. Internationales Rettungshunde-Forum

Ort: Messe Stuttgart

Info: Wolfgang Straub, ASB-Rettungshundezug, Mauserstraße 20, 70469 Stuttgart

*

Termine 2002

26. und 27. Januar 2002: 12. Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften
Ort: Hinterzarten

Info: Deutscher Feuerwehrverband,
Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn
Internet: www.feuerwehrlanglauf.de

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Postfach 20 03 51, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverwaltungsamt, Zentralstelle für Zivildschutz, Deutschherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:

Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivildschutz
Internet: <http://www.bva.bund.de>
E-Mail: redaktion@bzs.bund400.de

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredakteur: Hans-Walter Roth
Telefon (02 28) 940-1100

Redaktion: Tel. (0228) 940-1164
Rainer Schramm 940-1151
Alexander Krapf 940-1105
Telefax (02 28) 940 - 2981

Layout: Astrid Öhlschläger
Alexander Krapf

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Werbedruck GmbH
Horst Schreckhase
Postfach 1233
34283 Spangenberg
Telefon (0 56 63) 94 94
Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50
Abonnement jährlich DM 14,-
zzgl. Porto und Versandkosten.
Mitteilungen zum Versand bitte ausschließlich an den Verlag richten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jendsch

Heute: Tanklöschfahrzeug (TLF 8) des ABC-Zuges

Der „Blick zurück in die „Fahrzeuggeschichte des Katastrophenschutzes“ des letzten Beitrages über den Unimog 404 S soll an dieser Stelle ein wenig erweitert werden, stand doch das Tanklöschfahrzeug auf Basis des Unimog nicht nur den Feuerwehren zur Verfügung, sondern auch den ABC-Einheiten des Katastrophenschutzes.

Das Tanklöschfahrzeug wurde bei den „Dekontaminationsgruppen 1 und 2“ als „Entgiftungsfahrzeug“ (EF), später ersatzweise als „Tankwasserfahrzeug“ (regulär TW 30 mit zwei mobilen Tanks) sowie als Transportfahrzeug (siehe Vorbild) eingesetzt.

Die Fahrzeuge waren mit einem 800-Liter-Löschwassertank ausgestattet und für eine Besatzung von drei Mann vorgesehen.

Das Modell

Das TLF 8-Modell auf Mercedes-Benz Unimog S 404 wurde von der Firma Roco nunmehr auch als ABC-Farbvariante (BestellNr. 1641) herausgebracht.

Das Fahrzeug im Maßstab 1:87/HO ist weitgehend vorbildgerecht und braucht eigentlich nur noch geringfügig farblich dem Vorbild angepasst werden, nachdem die dem Modell beigefügten Teile (Rückspiegel, Aufbaureling, Trittstufen, Rückstrahler) angebracht sind.

Eine Lackierung von Aufbau und Fahrerhaus in Reinorange (RAL 2004) wird empfohlen, Stoßstangen und Kotflügel können im Lieferzu-



Vorbild des TLF 8 auf Unimog S 404 eines ABC-Zuges (zur Beachtung: mit Hänger!).

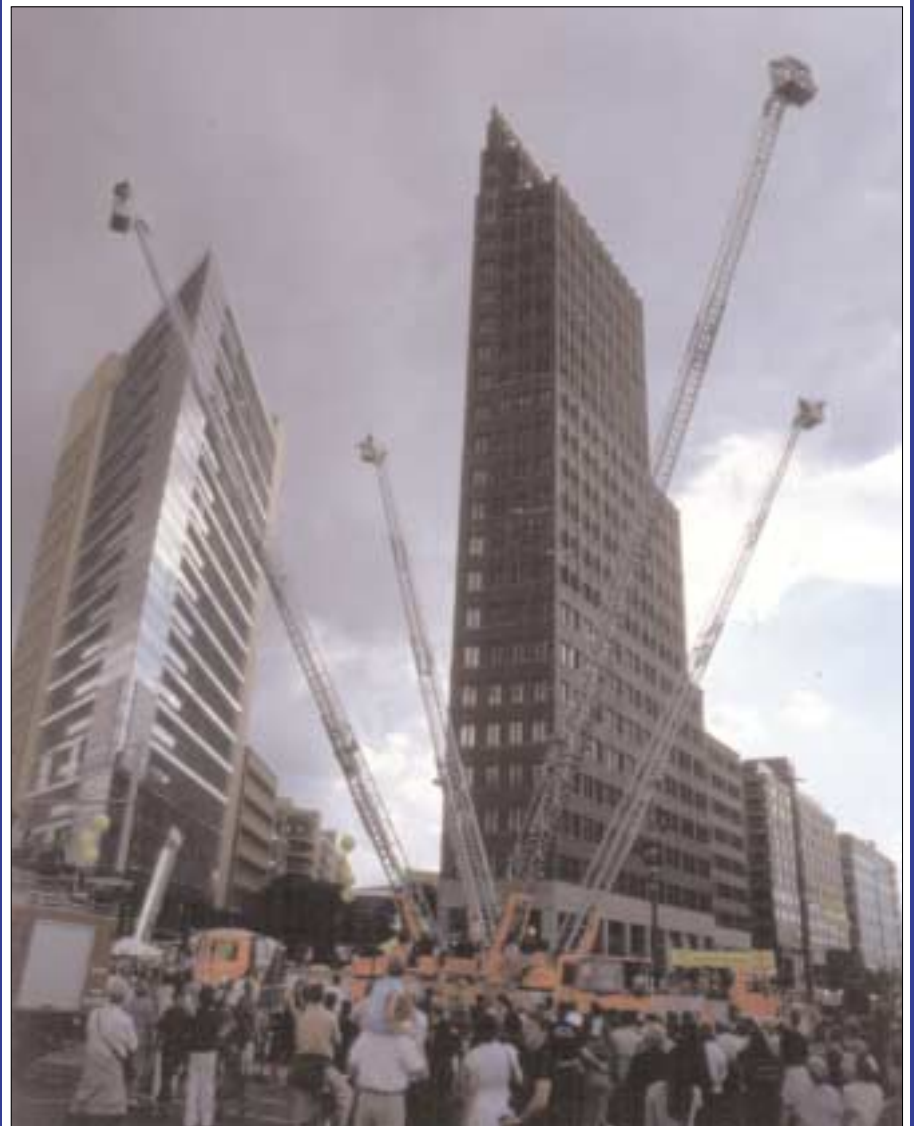


Das vorbildgerechte Modell in 1:87/HO.

stand belassen oder in Schwarz lackiert werden.

Im Detail farblich abgesetzt werden Scheibenwischer, Rückspiegel (orange/schwarz, Glas silber) und letztendlich Blinker und Rückstrahler (orange, rot).

Von den Firmen Roco, Preiser und Müller stehen vorbildgerechte Beschriftungssätze für Fahrzeuge des Katastrophenschutzes zur Verfügung.



Vor 150 Jahren wurde in Berlin die erste Berufsfeuerwehr im damaligen deutschen Bund gegründet. Berlin hat damit nicht nur die älteste, sondern mit rund 4200 Mitarbeitern auch die größte Berufsfeuerwehr in Deutschland. Nach ihrer Gründung war die Berliner Feuerwehr immer Maßstab bei der Bildung neuer Berufsfeuerwehren in den Großstädten der damaligen Zeit. Deshalb wollen die Berliner auch Vorbild sein, wenn es um die Jubiläumsfeierlichkeiten geht. Neben dem obligatorischen Festakt gab es eine Reihe von feuerwehrsportlichen Veranstaltungen, ein europäisches Jugendlager, die Teilnahme an der Loveparade und ein großes Feuerwehrfest rund um den Potsdamer Platz. Dort war auch ein gelungenes Ballet mit vier Drehleitern (Bild) zu bewundern.

Unseren Bericht über den Geburtstag der Berliner Feuerwehr in diesem Heft (ab Seite 15) verbinden wir mit Glückwünschen nicht nur an die Berliner, sondern auch an alle anderen Feuerwehren in Deutschland die in diesem Jahr ein Gründungsjubiläum feiern. Vor 90 Jahren wurde die Berufsfeuerwehr in Saarbrücken gegründet. Seit 100 Jahren bestehen zum Beispiel die Berufsfeuerwehren in Dortmund und Mönchengladbach. (rs)

(Fotos: Stefan Wagner)